



# MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Weißrussland und Polen – Ländervergleich mit  
besonderem Blick auf zivilgesellschaftliche  
Einflussfaktoren während der Transformation“

verfasst von / submitted by

Frederic Philipp Jung, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree  
of

Master of Arts

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on  
the student record sheet:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /  
degree programme as it appears on  
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft /  
Political Science UG2002

Betreut von / Supervisor:

Doz. tit. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll







**„Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit“**

(Marcel Proust, zitiert nach Francois/Schulze 2001:14)



# Inhaltsverzeichnis

A Einleitung .....	7
1 Forschungsfrage .....	7
2 Relevante Theorien .....	9
3 Aufbau der Arbeit.....	11
B Theoretische Grundlagen.....	13
1 Transformationsdefinition .....	13
2 Dilemma der Gleichzeitigkeit .....	15
3 Demokratie-Definition .....	17
4 Transformationsstrategien.....	18
5 Analyserahmen .....	20
5.1 Wirtschaft.....	20
5.2 Politik.....	21
5.3 Sozialwesen .....	22
5.4 Kultur .....	23
5.5 Zivilgesellschaft .....	23
C Geschichtlicher Hintergrund .....	25
1 Geschichte Polens .....	25
2 Geschichte Weißrusslands .....	29
3 Geschichte der Sowjetunion .....	30
3.1 Polen in der Sowjetunion und danach .....	36
3.2 Weißrussland in der Sowjetunion und danach .....	40
4 Zusammenfassung .....	43
D Ländervergleich .....	46
1 Polen .....	46
1.1 Wirtschaft.....	46
1.1.1 Binnenwirtschaft .....	46
1.1.2 Außenwirtschaft.....	48
1.2 Politik.....	49
1.2.1 Innenpolitik .....	49
1.2.2 Außenpolitik.....	52
1.3 Kultur .....	53

1.4 Sozialwesen .....	55
1.5 Zivilgesellschaft in Polen.....	59
2 Weißrussland.....	61
2.1 Wirtschaft.....	62
2.1.1 Binnenwirtschaft .....	63
2.1.2 Außenwirtschaft .....	64
2.2 Politik.....	66
2.2.1 Innenpolitik.....	66
2.2.2 Außenpolitik .....	68
2.3 Kultur .....	70
2.4 Sozialwesen .....	72
2.5 Zivilgesellschaft in Weißrussland.....	75
3 Ländervergleich .....	78
3.1 Ausgangslage - historischer Vergleich .....	78
3.2 Vergleich Wirtschaft .....	80
3.3 Vergleich Politik .....	82
3.4 Vergleich Kultur .....	84
3.5 Vergleich Sozialwesen .....	85
3.6 Zivilgesellschaftlicher Vergleich.....	87
E Zusammenfassung.....	89
F Literaturnachweise .....	92
G Anhang .....	99
Abstract (deutsch) .....	99
Abstract (english).....	100
Curriculum Vitae.....	101

## **Abkürzungsverzeichnis**

BSSR Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik

(auch: Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik)

DDR Deutsche Demokratische Republik

EU Europäische Union

GUS Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

IWF Internationaler Währungsfonds

KPdSU Kommunistische Partei der Sowjetunion

NATO North Atlantic Treaty Organization

NGO Nichtregierungsorganisation

OSZE Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

PZPR Polnische Vereinigte Arbeiterpartei

RGW Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

UdSSR Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

USA United States of America

UNO United Nations Organization

(deutsch: Organisation der Vereinten Nationen)

SU Sowjetunion



## **A Einleitung**

### **1 Forschungsfrage**

Die Renaissance und der Siegeszug der Demokratie nach 1989, haben der Diskussion über Ausgangspunkte und Erfolgsbedingungen, von Demokratie, einen neuen Schub gegeben. Auseinandersetzungen der Systeme in der Welt, konzentrierten sich vor 1989 an erster Stelle mit zu erfüllenden Mindeststandards wie den freien, demokratischen, geheimen Wahlen, der Gewaltenteilung, der freien Presse, oder der Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte.

Nach 1989 entsand eine neue, auf zwei Ebenen verlaufende Diskussion. Einerseits wurde, besonders in westlich entwickelten Demokratien, darüber diskutiert, wie die Gesellschaft sich aktiv an der Demokratie beteiligen könnte, um diese zu fördern und der Partizipationskrise entgegenwirken zu können. Demgegenüber entstand im Zuge der vierten Demokratisierungswelle, eine Debatte über Transformationsprozesse im 20. Jahrhundert. Diese zweite Ebene lässt sich wiederum in verschiedene Themenfelder unterteilen. Dabei stehen, neben einer Institutionalisierung eines demokratischen Minimums, vor allem die Ausprägungen einer engagierten Zivilgesellschaft im Vordergrund.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991, standen alle ehemaligen Mitgliedsstaaten der gleichen Herausforderung gegenüber. Neue Staaten mussten geschaffen werden, um die Gesellschaften Rahmenbedingungen liefern zu können, mit denen ein Zusammenhalt bestehen kann. Einige lösten dieses Problem, aus Sicht der westlich entwickelten Demokratien, zufriedenstellend, andere, welche aus einer ähnlichen Ausgangslage gestartet waren, nicht. So schaffte es Polen sich, mit einer parlamentarischen Demokratie als Regierungsform, zu einem Mitglied der Europäischen Union und vollwertigem Partner zu entwickeln, wohingegen Weißrussland, von vielen Medien als „letzte Diktatur Europas“ (vgl. Timmermann 1997: 1) bezeichnet, sich zu einer autoritären Präsidentialrepublik entwickelte. Diese unterschiedlichen Entwicklungen führen zwangsläufig zu der Frage, wie sich zwei ähnliche Gesellschaften, mit einer teilweise gemeinsamen Geschichte, so unterschiedlich entwickeln konnten und zeigt auch, dass Demokratisierungsprozesse nicht

selbstverständlich sind. Die einsetzende Transformation muss nicht zwangsläufig zum Erfolg führen, sie kann sich durchaus auch zurückentwickeln.

Musterschülern wie Polen oder Ungarn, stehen Länder wie Weißrussland und Moldawien gegenüber, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in einer Krise stecken und oft als Synonym für Reformunfähigkeit herangezogen werden. Dabei bleibt allerdings nur allzu oft die Frage nach dem Grund dieser Reformunfähigkeit unbeantwortet, obgleich Musterschüler und stagnierte Staaten in vielen Bereichen aus einer ähnlichen Ausgangslage ihre Wandlungsprozesse gestartet haben.

Neben der Transformationstheorie, soll die liberale Konzeption der Zivilgesellschaft als Analyseinstrument, in dieser Arbeit, dienen, um die doch so unterschiedlichen Entwicklungen beider Ländern untersuchen zu können. Die daraus resultierende Forschungsfrage lautet: *Wieso entwickelten sich Polen und Weißrussland so unterschiedlich und welchen Einfluss hatten die jeweiligen Zivilgesellschaften auf diesen Prozess?*

Als zeitlicher Analyserahmen scheinen das Jahr 1985, dem Beginn der Gorbatschow-Ära und das Jahr 2004, dem EU-Beitritt Polen und dem im selben Jahr abgehaltenen Referendum in Weißrussland, in dem sich der autokratische Herrscher Aleksander Lukaschenko seine Amtszeit, durch Verfassungsänderung, verlängern lassen konnte, am besten geeignet zu sein. Des Weiteren wurde bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen in Weißrussland, kein einziger Oppositionskandidat gewählt. Allerdings muss, um die Ausgangslage beider Länder besser verstehen zu können, im historischen Rückblick, ein längerer Zeitraum betrachtet werden.

Im Folgenden muss noch kurz auf die Bezeichnung des Landes eingegangen werden, um einen einheitlichen Stil gewährleisten zu können. Im deutschsprachigen Raum gab und gibt es schon immer unterschiedliche Bezeichnungen für die Region Weißrussland. Bezeichnungen wie Weißruthenien, welches noch bis in die 1940er Jahre verwendet wurde und Belorussland, werden heute so gut wie nicht mehr gebraucht und gelten als veraltet. Da Weißruthenien vor allem im Dritten Reich gebraucht wurde und Belorussland in der früheren DDR, sind beide Bezeichnungen heute auch nicht mehr angebracht. Eingebürgert hat sich, im deutschen Sprachgebrauch die Bezeichnung Weißrussland, so verwendet jedoch das deutsche Auswärtige Amt oftmals auch den Begriff Belarus. Auch auf Landkarten oder in wissenschaftlicher Literatur ist die Bezeichnung Weißrussland zu

finden, deshalb wird in dieser Arbeit einheitlich mit dieser Bezeichnung gearbeitet (vgl. Gieler 2013: 18).

Um den Lesefluss nicht zu unterbrechen, wird in dieser Arbeit die männliche Form verwendet, allerdings sind in der Regel, beide Geschlechter gemeint.

## **2 Relevante Theorien**

Zwar wurde die frühere Ordnung der Zentralverwaltungswirtschaft in vielen Studien untersucht und analysiert, nicht aber die Transformationsprozesse an sich, oder zumindest nur ungenügend. Die Theorien der Wirtschaftssysteme, oder andere entwicklungstheoretische Ansätzen, darunter auch die Konvergenztheorie, haben zu dieser Frage noch nichts Wesentliches beitragen können (vgl. Ahrens 1994: S110f). Allerdings scheint nicht nur die mangelnde Bereitschaft der Wissenschaft, Untersuchungen zu diesem Thema durchzuführen, der Hauptgrund am Fehlen einer allgemeingültigen Theorie der Transformation zu sein, auch die oftmals eingeschränkte Sicht der Wissenschaft scheint damit im Zusammenhang zu stehen. Dies zeigt sich, wenn man die Transformation aus Sicht von verschiedenen Disziplinen betrachtet. In wirtschaftlichen Untersuchungen wird die Transformation nur als ein Wechsel des Wirtschaftssystems dargestellt, wohingegen in der Politikwissenschaft nur der Demokratisierungsprozess beleuchtet wird. Die Sozialwissenschaften haben scheinbar nur ein Interesse am gesellschaftlichen Wandel (vgl. Haarland/ Niessen 1997: 16). Es wird der Eindruck erweckt, dass die Interdependenz der unterschiedlichen Ebenen von Transformation durchaus erkannt wurde, allerdings hat sich noch keine allgemeingültige Theorie herauskristallisieren können.

Zwar ist keine komplette Theorie zur Transformation in Osteuropa vorhanden, allerdings liefern einige ökonomische Erklärungsversuche, Ansätze, die je nach theoretischer Betrachtung unterschiedliche Aspekte hervorheben. Die Evolutionstheorie beschreibt den Markt als einen aus der Evolution resultierenden Prozess und verlässt sich in ihren Ansichten auf die Marktkräfte. Die neue Institutionsökonomie betrachtet nur die Institutionen und das Handeln der Wirtschaftssubjekte. Im Ordoliberalismus dreht sich alles um die Ordnungspolitik, wobei hier das Marktpreissystem im Vordergrund steht, sowie die Auflösung der Marktzutrittsbarrieren, oder die Vertragsfreiheit. Die Theorien Neoliberalismus und des Postkeynesianismus machen die Unterschiede der Theorien nochmals deutlich. In ersterer, wird die Ansicht vertreten, dass das System der Marktwirtschaft zu jeder Zeit stabil ist, sollte es dennoch zu Fehlern kommen, sind diese

auf Eingriffe des Staates zurückzuführen. Im Postkeynesianismus wird besonders auf den instabilen Charakter eines Marktes hingewiesen, der den Staat zum Eingriff zwingt, damit Stabilität gewährleistet werden kann (vgl. Haarland/ Niessen 1998: 17).

Diese wirtschaftlichen Theorien haben allerdings alle gemeinsam, dass sie in ihren Ansätzen stecken bleiben und nicht dynamisch sind. Sie machen zum Beispiel überhaupt keine Aussage über den Privatisierungsverlauf. Genauso wenig über die Abfolge der Transformation, den Zeitraum, oder die anfallenden Kosten (vgl. Wagener 1992: 389ff).

Die politikwissenschaftlichen Theorien weisen ähnliche Defizite auf. Die von Talcott Parsons entwickelte Systemtheorie etwa beschäftigt sich in ihren Ansätzen nicht mit Regierungen und stellt diese als *black box* da, die nicht weiter untersucht werden. Weder die Institutionen, noch die Prozesse finden in dieser Theorie eine besondere Beachtung. Sie werden lediglich als *Agent* betrachtet, der *inputs* und *outputs* verbindet. Zwar kann eine solche Perspektive durchaus auch als Vorteil betrachtet werden, weil Regierungen als ideologiefrei und ohne eine kulturelle Voreingenommenheit untersucht werden können, allerdings wirkt sich diese Betrachtung im Zustandekommen der *outputs* besonders negativ auf die Theorie aus, da somit ein Defizit in der Erklärungskraft einer solchen systemtheoretischen Analyse entsteht (vgl. Jahn 2013: 260).

Seymour Martin Lipsets Modernisierungstheorie ist wiederum an das Entstehen einer wohlhabenden Mittelschicht gebunden. Sie schafft es nur unzureichend, den Modernisierungsstandards nachzugehen. Auch fehlen bei dieser Theorie, besonders in unterentwickelten Gesellschaften, die Fragen nach der Einleitung, oder den Ursachen von Demokratisierungsprozessen. Ein weiterer Punkt ist der fehlende Erklärungsansatz für den Zusammenbruch von hochentwickelten sozioökonomischen Gesellschaften. Auch auf demokratiefördernde und –hinderliche kulturelle sowie religiöse Kontexte, die, wie wir später noch sehen werden, besonders in Polen eine große Rolle gespielt haben, liefert diese Theorie keine fundierten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Auch Angaben zum genauen Zeitpunkt des Demokratisierungsbeginns, kann diese Theorie nicht liefern, sondern nur zu langfristigen und globalen Durchschnittstrends. Die Ursache dieser Defizite scheint in den aristotelischen Fixierungen dieser Theorie, auf der mäßigen und partizipationsbereiten Mittelschicht zu liegen und keine Erklärung für günstige und ungünstige Akteurskonstellationen und Handlungssituationen auf die Durchsetzungschance von Demokratie zu haben.

Zum Schluss muss noch angemerkt werden, dass es dieser Theorie nicht gelingt, Aussagen über mögliche, demokratieförderliche oder –hinderliche, politische institutionelle Arrangements zu machen (vgl. Merkel 1999: 89).

Auch die Akteurstheorie weist Defizite auf. Sie betrachtet die Mikroebene des Systems, lässt allerdings Massenbeteiligungen oder politische Institutionen unbeachtet. Auch internationale Einflüsse spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Die Theorie der rationalen Entscheidung wird beispielweise von wirtschaftswissenschaftlicher Seite als ausreichend angesehen, von Soziologen und Politikwissenschaftlern hingegen, wegen des verwendeten methodologischen Individualismus, als unzureichend betrachtet. Für die Politikwissenschaft und die Soziologie ist diese Theorie zu modellhaft.

Welche der Theorien nun in dieser Arbeit verwendet werden, wird im Kapitel B Theoretische Grundlagen festgelegt.

### **3 Aufbau der Arbeit**

Im Kapitel B Theoretische Grundlagen werden neben der Transformationstheorie auch die Worte Transformation und Demokratie definiert. Dabei sollen eben jene Theorie, die später in der Arbeit verwendet wird, sowie die dafür notwendigen theoretischen Begriffe festgelegt werden, um im weiteren Verlauf nicht weiter darauf eingehen zu müssen und dem Leser ein Verständnis für die notwendigen Theorien und die Vokabeln zu liefern.

Im Kapitel C Geschichtlicher Hintergrund wird die Geschichte Polens, Weißrusslands und der Sowjetunion (SU) genauer beleuchtet. Dabei wird einerseits eine kurze Einführung in die Geschichte vor der Zugehörigkeit zum sowjetischen Staatenbund geliefert und anschließend die Zeit während der Mitgliedschaft in diesem, bis zur Auflösung der SU. Des Weiteren wird sich noch ein Unterkapitel mit der allgemeinen Geschichte der Sowjetunion befassen. Als Endzeitpunkt scheint, wie schon beschrieben, für diese Arbeit, das Jahr 2004 am besten geeignet zu sein, da mit dem EU-Beitritt Polens, der Weg der Transformation für dieses Land als abgeschlossen angesehen werden kann. In Weißrussland wurde mit dem erfolgreichen Referendum dagegen, der Weg für eine nicht enden wollende Amtszeit, des Alleinherrschers Aljaksandr Lukaschenko zementiert.

Im Hauptteil, dem Ländervergleich, werden zuerst beide Länder einzeln analysiert, in Bezug auf ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung. Anschließend werden die Einflussfaktoren Sozialwesen, Kultur und Zivilgesellschaft, auf die Transformation in

---

Polen und Weißrussland untersucht. Darauf folgend werden beide Länder miteinander verglichen, um Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede in ihrer Entwicklung aufdecken zu können. Der wirtschaftliche, sowie der politische Teil werden gesondert in Binnen- und Außenwirtschaft, sowie Innen- und Außenpolitik aufgeteilt. Die Entwicklung im Bereich Sozialwesen deckt Teile der wirtschaftlichen und politischen Veränderung mit ab. Es stehen hier neben der Untersuchung des Gesundheitssystems, besonders die Bereiche Armut und Sozialsystem im Vordergrund. Der Kulturelle sowie der Bereich der Zivilgesellschaft sind ebenfalls eng miteinander verbunden. Beim kulturellen Zweig steht die Interaktion der Gesellschaft im Mittelpunkt. Die menschlichen Handlungsstrukturen sollen hier Aufschluss auf den Umgang innerhalb der Bevölkerung geben. Der Teil Zivilgesellschaft soll den Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NGO), oder der Kirche auf den Transformationsprozess wiedergeben, ob dieser vorhanden war, oder nicht. Im Anschluss an die Einzelbetrachtung sollen beide Länder miteinander verglichen werden, bevor im Resümee die Ergebnisse ausgewertet werden.

## **B Theoretische Grundlagen**

### **1 Transformationsdefinition**

Nicht nur die Suche nach einer allgemeingültigen Theorie der Transformation gestaltet sich also schwierig, auch die Definition der Wörter Transformation, sowie der Demokratiebegriff können nicht so einfach erklärt werden. Beginnen wir mit dem Transformationsbegriff.

Wirtschaftlich könnte man den Begriff der Transformation als Substitutionen bezeichnen, welche ordnungskonstruierende Merkmale durch andere ersetzt, die eine vorhandene Ordnung, oder Teilordnung, ablösen. Das Ziel dieser vollständigen Transformation zu einer Marktwirtschaft soll wenigstens erkennbar sein (vgl. Bohnet/ Ohly 1992: 28f). In dieser Definition bleiben allerdings die Ziele und wer über diese entscheidet offen. Zusätzlich fehlt die Bestimmung der spontanen Ordnungsbildung (vgl. Arnold 1994: 43). Es könnte folglich jede Veränderung der Wirtschaftsordnung als Transformation begriffen werden, was aber sicherlich nicht immer zutreffen ist (vgl. Ahrens 1994: 114).

Diese rein wirtschaftswissenschaftliche Definition von Transformation greift Norbert Klotten auf und erweitert sie um den Aspekt der politischen Elite. Dabei versteht er Transformation, als einen Prozess, ausgelöst durch das politische Handeln, oder durch einen aus der Politik angestoßenen Gestaltungswillen, der durch ordnungskonstruierender Merkmale und Substitutionen von anderen, einen qualitativen Sprung bewirkt, der das vorhandene System ablöst und durch ein neues ersetzt (vgl. Klotten 1991: 8f). Allerdings ist auch diese Definition unvollständig, da Klotten als Auslöser des Transformationsprozesses, allein politische Kräfte verantwortlich macht. Dagegen spricht wiederum die Theorie der Verfügungsrechte (property-rights-Theorie), die besagt, dass neue Ordnung auch spontan entstehen kann (vgl. Arnold 1994:43). Zusätzlich vernachlässigt diese Definition eine wechselseitige Abhängigkeit, die auf gesellschaftlicher Ebene besteht. Klotten verpasst es auch, in seiner Theorie, genaue Ziele der Transformation zu definieren und bezieht sich nur auf den zeitlichen Aspekt (vgl. Arnold 1994: 45).

Eine rein wirtschaftswissenschaftliche Begriffsbestimmung scheint also komplett ausgeschlossen zu sein, da diese, zu viele für die Transformation relevante Punkte ignoriert. Auch der von Klotten definierte Begriff, der zwar die Politik durchaus mit einbezieht, kann wegen einiger Schwächen, nicht verwendet werden. Die Transformation findet eben nicht nur in einem Bereich statt, sondern ist ein interdisziplinärer Vorgang.

Deshalb scheint die Begriffsbestimmung von Herbert Biermann (1996) am besten geeignet zu sein. Bei diesen ist die Transformation ein Gestaltungsprozess, der von einer Ideologie bestimmt wird und schrittweise, sowie reihenfolgenabhängig und grundlegend ein offenes System verändert. Zum einen in verschiedenartige Elemente, aber zum anderen auch in unterschiedlichen und mannigfaltigen Relationen innerhalb dieser Elemente als Inhalt hat und die Möglichkeit offen lässt, dass neue Relationen entstehen können (vgl. Biermann 1996: 78). Mit Elementen meint Biermann nicht nur Institutionen, wie Unternehmen und Parteien, sondern auch einzelne Haushalte, oder Teilmärkte. Zusätzlich gehören auch einzelne Wirtschaftssubjekte für Biermann zu dieser Gruppe hinzu. Als Relationen versteht er dabei die unterschiedlichen und vielgestalteten Beziehungen innerhalb dieser Elemente, sowie deren Interaktion untereinander. Des Weiteren schließt er in den Begriff der Transformation eine Umgestaltung der Gesellschaft ein und zwar in den Bereichen Politik, Kultur-Mental, sowie aus ökonomischer und sozialer Sicht (vgl. Biermann 1996: 74). Biermanns Definition schließt also die Interdependenz der unterschiedlichen Transformationsebenen mit ein. Volker Trommsdorff und Christan Schuchart (1998) unterstützen diese Definition. Sie haben festgestellt, dass eine Marktordnung nicht die einzige Bedingung für Transformation ist, sondern nur eine von mehreren und das sowohl Systemelement, sowie deren Bestandteile und Determinanten in Wechselwirkung interagieren

Alfred Schüller (1992) beschreibt den Aspekt der Interdependenz ebenfalls und betont nochmals, dass eben dieser Übergang eine soziale Desintegration der Menschen ist, die alle Lebensbereiche einbezieht und es neben der Änderung von äußeren Handlungsbeschränkungen auch zu einer fundamentalen Wandelung der inneren Handlungsbedingungen kommt

Bei Joachim Ahrens (1994) findet sich ebenfalls eine sehr umfassende Definition einer interdisziplinären Transformation. Dabei bezieht sich Ahrens auf die von Walter Eucken geschaffenen Erkenntnisse, der in seinen Untersuchungen besonderen Wert auf die wechselseitigen Abhängigkeiten aller Teilordnungen innerhalb einer Gesellschaft legt. Ziel einer Transformation, ist laut Ahrens, die Herstellung und Sicherheit einer individuellen Freiheit, die auch die marktwirtschaftliche und demokratische Ordnung wiederherstellt und individuelle Handlungsbedingungen umstellt. Es wird also ein konkretes Ziel der Transformation definiert. Des Weiteren sieht Ahrens, bedingt durch die interdependenten

Beziehungen innerhalb des Gesellschaftssystems, dass es zu einer Modifikation im politischen und ökonomischen Subsystem kommt, die einem Wechsel der Bürokratie und Rechtsordnung, aber auch der soziokulturellen Subordnung, zugrunde liegt. Unterstützung erhält Ahrens bei seiner Definition von Steffen Jung (1998), der ebenfalls einen Wandel des kompletten Gesellschaftssystems, für eine erfolgreiche Transformation als notwendig erachtet, wobei auch er dieses System in sich beeinflussende Teilsysteme unterteilt.

Im Unterschied zu Revolutionen, bei denen es eben häufig zu einer Veränderung eines Machtsystems kommt, ist der Prozess der Transformation schon deutlich komplexer. Dies macht es notwendig neue Anhaltspunkte in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Sozialwesen, aber auch im geistlichen Kontext zu finden, da nicht nur ein Bereich, sondern die gesamten, soziostrukturellen Strukturen einer Veränderung unterzogen werden, oder diese sogar zusammenbrechen (vgl. Jena 1995: 62).

Joachim Ahrens stellt ebenfalls fest, dass es beinahe unmöglich ist, schon bekannte Strategien auf alle anderen Transformationsprozesse anzuwenden und jeder Prozess für sich differenziert betrachtet werden muss. Dies hat zur Konsequenz, dass die Übertragung von Transformationsstrategien von einem Land auf ein anderes, zum Scheitern verurteilt ist, oder unterschiedliche Effekte hat. Neben den politischen, sind auch die wirtschaftlichen und soziokulturellen Bestimmungen in jedem Land unterschiedlich, was zu verschiedenen Reaktionen auf ähnliche oder gleiche Maßnahmen führt.

## **2 Dilemma der Gleichzeitigkeit**

Zu der Schwierigkeit die Transformation allgemein zu definieren und eine für alle stattfindenden Veränderungen gültige Transformationsstrategie beschreiben zu können, kommt es in der Transformation der osteuropäischen Länder, noch zu einem weiteren Problem. Anders als in Südamerika, Deutschland nach 1945, oder in Südeuropa, trat in Osteuropa noch ein weiterer Konflikt zu Tage. Neben der Neuordnung der politischen Situation, mussten die Länder Osteuropas auch ihre Wirtschaft neu gestalten und zusätzlich die Frage nach den neuen Grenzen beantworten. Dies prägte den Begriff *Dilemma der Gleichzeitigkeit* (vgl. Offe 1994: 64f). Dieser neue, auf drei Ebenen stattfindende Transformationsprozess, ist einzigartig und vorbildlos nach Offe (1994). In früheren Transformationsprozessen mussten diese drei Ebenen nicht zur gleichen Zeit verändert werden. Dies zeigt sich in dem schon angesprochenen Transformationsprozess in Deutschland nach 1945, bei dem zum Beispiel das wirtschaftliche System nicht

grundlegend geändert werden musste. Zwar war das Land zur Zeit der Nationalsozialisten auch einigen Vorgaben unterworfen, konnte aber nach der Befreiung Deutschlands zu großen Teilen übernommen werden. Ähnliches gilt für die Transformation in Südeuropa, die ihre wirtschaftliche Ebene schon modernisiert hatten, bevor die Demokratisierung einsetzte (vgl. Beyme 1994: 81).

Auch der Zeitfaktor spielt in der osteuropäischen Transformation eine besondere Rolle. Besonders unter dem Gesichtspunkt, der Ursprünge der Demokratie. Bis zur Herausbildung einzelner demokratischer und marktwirtschaftlicher Nationalstaaten benötigte es einen sehr langen Zeitraum, von der Aufklärung, über den Liberalismus, bis zur Entstehung einer bürgerlichen Marktwirtschaft (vgl. Haarland/ Niessen 1998: 10).

Auf eine solche, Jahrhunderte zurückreichende Erfahrung, kann besonders Weißrussland nicht zurückblicken. Zwar kam es auch in der Sowjetunion zu einer kleinkapitalistischen Schattenwirtschaft (vgl. Beyme 1994: 81), allerdings scheint der über einen so langen Zeitraum vorherrschende Kommunismus, diese Erfahrungen aus dem Gedächtnis der Gesellschaft verdrängt zu haben (vgl. Haarland/ Niessen 1997: 54).

Zum Dilemma der Gleichzeitigkeit, dass wie wir gesehen haben eine Besonderheit in der osteuropäischen Transformation darstellt, kommt es, wenn die Demokratiebildung, eine bereits existierende und entwickelte Marktwirtschaft voraussetzt. Dazu ist es notwendig, dass Arbeitsteilung, zusammen mit einem differenzierten Gefüge vorherrscht, damit in diesem Wirtschaftssystem Interessensblöcke entstehen können, welche eine Konkurrenzdemokratie erst ermöglichen (vgl. Haarland/ Niessen 1998: 12).

Genauso ist es notwendig, um ein marktwirtschaftliches System etablieren zu können, dass bereits demokratische Elemente vorherrschen. Besonders in Osteuropa, wird diese Marktwirtschaft, genauer der dort einsetzende Kapitalismus, von Reformeliten gefördert. Allerdings steht die Bevölkerung der Länder, in denen die Transformation einsetzt, oftmals misstrauisch der neuen Marktwirtschaft gegenüber. Zum einen kommen Sorgen über die möglichen Opfer auf, die der oder die Einzelne erbringen muss, zum anderen herrscht in den politischen Eliten oftmals kein Vertrauen und die Befürchtungen, dass sich wenige bereichern, entsteht. Um die Sorgen der Bevölkerung zu zerstreuen, muss sich die Reformelite ein demokratisches Mandat verschaffen, um die dringend benötigten Privatisierungen einerseits und die faire Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft andererseits, Rechnung zu tragen (vgl. Offe 1994: 68). Sollte dies der Reformelite nicht

gelingen, kann das einsetzende destruktive Potential, welches von der Bevölkerung ausgeht die Transformation hemmen, oder in eine falsche Richtung lenken. Dies führt zur Schlussfolgerung, dass Demokratie eine Voraussetzung für Marktwirtschaft ist.

Es kann nur eine entwickelte Marktwirtschaft als Voraussetzung für soziokulturelle Bedingungen dienen, damit es eine dauerhafte Demokratie ermöglicht und anschließend zu einer sozialen Kompromissbildung führt. Wird andererseits, eine Marktwirtschaft in eine postsozialistische Gesellschaft übertragen, wenn dies durch die Politik geschieht, hat diese nur Chancen auf Erfolg, wenn die Basis dafür, eine starke, demokratische Legitimation ist (vgl. Offe 1994: 71).

Damit das Dilemma der Gleichzeitigkeit überwunden werden kann, bedarf es von Seiten der Gesellschaft Geduld, sowie einen positiven Blick in die Zukunft. Sie muss sich außerdem, durch die Transformation bedingten, Neuerungen flexibel anpassen können und die daraus resultierenden, zukünftigen Veränderungen betrachten. Sie sollte also einen langen Atem haben und nicht ungeduldig werden, wenn sich Veränderungen nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums einstellen. Ist dies nicht der Fall, ist eine Gesellschaft zu ungeduldig, kann sie selbstverständlich die Transformation, durch ihre demokratischen Rechte auf Blockierung, verhindern (vgl. Offe 1994: 76).

### **3 Demokratie-Definition**

Ebenso wie der Transformationsbegriff, unterliegt auch die Definition von Demokratie, oftmals einer ungenügenden Bezeichnung. Um Missverständnisse und Fehldeutungen auszuschließen, soll an dieser Stelle das Wort Demokratie für diese Arbeit definiert werden.

Für minimalistische Demokratiedefinitionen werden oftmals die von Robert Dahl herausgearbeiteten acht Kriterien herangezogen. Diese, von der Transformationsliteratur häufig verwendete Begriffsbestimmung, umfasst vor allem den pluralistischen Wettbewerb und die politische Partizipation, die abgesichert werden, durch Institutionen, die ihre Regierungspolitik und Wählerstimmen, sowie anderen Ausdrucksformen der Bürgerpräferenz unterwerfen. Des Weiteren muss eine Assoziations- und Koalitionsfreiheit herrschen, genauso wie Meinungsfreiheit, freie und faire Wahlen, aktives und passives Wahlrecht, das Recht auf Konkurrenz um Wählerstimmen, wie auch ein Pluralismus der Informationsquellen (vgl. Dahl 1971: 2ff).

Bei Guillermo O'Donnell und Philippe Schmitter findet sich eine einfachere Begriffserklärung, die die Transition als eine Veränderung eines autoritären Regime, zu irgendetwas anderem beschreibt (vgl. Köhler 1993: 14). Die doch sehr einfache Definition wird von den Autoren noch konkretisiert. Sie beschreiben Transition als Intervall zweier politischer Regime, die mit der Auflösung des autoritären Regimes beginnt und mit der Etablierung von Demokratie, oder sogar mit der Rückkehr zum autoritären Regime endet. Es besteht auch die Möglichkeit, dass eine revolutionäre Alternative auftaucht. Die Form der Demokratie und des autoritären Regimes ist von dem Autor auch nicht vorgegeben (vgl. Köhler 1993: 14).

Diese Definition bezieht allerdings die Phase der Konsolidierung nicht mit ein, sondern sieht die Transition als abgeschlossen an, wenn auf ein autoritäres Regime, ein beliebiges folgt. Da allerdings der Übergangsprozess auch zur Transformation gehört, wird die Konsolidierung einfach zur oben genannten Definition hinzugefügt.

#### **4 Transformationsstrategien**

Zwar herrscht schon bei vielen Transformationstheoretikern in großen Teilen Einigkeit, allerdings nicht in allen. Je nach Teildisziplin, sei es in der Wirtschaft, der Politikwissenschaft, oder der Soziologie, aber auch innerhalb der verschiedenen Fachrichtungen, kommt es noch zu Unstimmigkeiten. Im Mittelpunkt steht dabei immer die Frage nach der Reihenfolge der Transformationsphasen, die Länge, also die benötigte Zeit und der richtige Zeitpunkt (vgl. Lösch 1993: 32).

Im Neoliberalismus und der Neoklassik steht besonders die Geschwindigkeit, mit der die Transformation passieren soll, im Mittelpunkt. Im Keynesianismus ist es der Gradualismus (vgl. Kleer/Laurinkari/Brazda 1996: 75). Im Neoliberalismus, bzw. in der Neoklassik bezeichnet diese Geschwindigkeit, die Transformation als Schocktherapie, in der es zu einer schnellen Veränderung innerhalb der zentralen Schritte kommt und an deren Ergebnis Demokratie und Marktwirtschaft stehen. Wie im Kapitel Dilemma der Gleichzeitigkeit beschrieben, geschieht der Transformationsprozess in Osteuropa mit Demokratiebildung und Entwicklung einer Marktwirtschaft zur gleichen Zeit. Dabei soll gerade die Marktwirtschaft in schnellen Sprüngen umgesetzt werden, um der Gesellschaft, die bei schrittweiser Umsetzung eventuell Widerstand hegt, die Angst zu nehmen, um so den Transformationsprozess nicht zu gefährden. Sollte es zu bedeutsamen sozialen Beeinträchtigungen der Gesellschaft kommen, so wird das in der Schocktherapie geduldet,

wenn dadurch politische Reformen erreicht werden, welche die Transformation einleiten und nicht mehr beenden lassen (vgl. Jens: 1993: 159f).

Im Keynesianismus und dem Gradualismus entsteht die Transformation in einem aus mehreren Stufen bestehenden, zeitlich ausgedehnten Übergang, bei dem der Staat eingreift und den Großteil seiner Privilegien behält. Gerade in der Finanzpolitik sollte der Staat die Machtposition behalten und einer Öffnung nach außen nur in kleinen Teilen stattfinden (vgl. Beyme 1996: 89). Ziel dieser Strategie ist es, durch diese zeitliche Ausdehnung die wirtschaftlichen Belastungen für den Einzelnen abzufedern, um keine Härtefälle, die wiederum zu Problemen im Transformationsprozess führen könnten, entstehen zu lassen.

Die wirtschaftliche Transformationsstrategie ist, wie im Kapitel Relevante Theorien schon angedeutet, aber nicht allgemeingültig. Außerdem wird beim wirtschaftlichen Zugang nur den Kosten-Nutzen-Faktor betrachtet, während in der Soziologie die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung erfasst wird. Aus politikwissenschaftlicher Sicht kann nur eine Strategie verwendet werden, die politisch umsetzbar ist. Folglich kann auch die Betrachtung der Umsetzungsgeschwindigkeit, keine alleinige Rechtfertigung für eine Theorie sein (vgl. Lösch 1993: 58ff).

Transformation allein aus wirtschaftlicher Sicht zu betrachten, zum Beispiel mit der Schockstrategie, oder dem Gradualismus, führt demnach zu keinem Erfolg, denn allein die Geschwindigkeit, mit der sich ein Systemwechsel vollzieht, wird nicht ausschließlich von politischen Entscheidungen bestimmt. Auch die soziale Anpassung spielt eine bedeutende Rolle. Es müssen nicht nur die demokratischen Verhältnisse, sondern auch die darin agierenden Demokraten berücksichtigt werden (vgl. Jens 1993: 161). Der Transformationszeitraum lässt sich nicht nur bezogen auf ordnungs- und prozesspolitische Entscheidungen, sondern auch indirekt durch Unterstützung der Anpassungsprozesse steuern (vgl. Ahrens 1994: 143).

Als Schlussfolgerung kann festgehalten werden, dass weder die Schockstrategie, noch der Gradualismus das Wesen des Systemwechsels erfassen, sondern sich nur auf die Theorie konzentrieren. Jede Strategie für sich kann alleine nicht auf die Transformation angewendet werden, da innerhalb dieser immer Elemente beider Strategien vorkommen und diese kombinierbar sind (vgl. Kleer et al. 1996: 75).

Eine zu stricte Differenzierung in einzelne Strategien und Theorien sollten aufgegeben werden und die Länder Weißrussland und Polen einzeln analysiert werden, da sie sich in

ihren Rahmenbedingungen und Ausgangslagen auch unterscheiden. Dies ermöglicht es auch, eine geeignete Kombination der Transformationsstrategien zu entwickeln (vgl. Arnold 1994: 190).

## **5 Analyserahmen**

Da eine einzelne Theorie zur Bearbeitung der Forschungsfrage nicht infrage kommt und die Transformation interdisziplinär betrachtet werden soll, muss eine andere Analysestrategie, bzw. ein anderer Analyserahmen geschaffen werden. Bei einer Transformation findet eine Entwicklung statt, wie zum Beispiel im Fall Polens, von einem autoritären Regime, zu einer Demokratie, oder von einem autoritären Regime zum nächsten, wie es etwa in Weißrussland der Fall war. Diese Entwicklung liefert einen einfachen, aber für beide Länder anwendbaren Analyserahmen. Auch die Entwicklung beinhaltet fächerübergreifend Dimensionen. Neben den geographischen und ökologischen, beinhaltet dieser Analyserahmen noch Dimensionen wie etwa politische, soziale, kulturelle und ökonomische. Letztere sollen als Analyserahmen fungieren, wobei diese vier noch um den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Transformation erweitert wird.

### **5.1 Wirtschaft**

Um einen Analyserahmen für die wirtschaftliche Entwicklung Polens und Weißrusslands festlegen zu können, muss die Kapitalbildung untersucht werden. Deshalb müssen als Instrument für die Analyse wirtschaftliche Kennzahlen herangezogen werden.

Die verschiedenen Produktionsweisen können eventuell Hinweise auf die unterschiedlichen Entwicklungswege beider Länder liefern. Deshalb muss untersucht werden, ob es nur eine Produktionsweise gab und gibt, sondern ob nicht vielleicht mehrere entstanden sind. In Polen soll nachgeprüft werden, inwieweit der Sozialismus Einfluss auf den Kapitalismus hatte und wie in Weißrussland die Interaktion mit den kapitalistischen Handelspartnern stattgefunden hat. Besonders die Wirtschaftsleistung soll genauer beleuchtet werden und wie sie sich, vor und nach der Transformation, verändert hat.

Im weiteren Verlauf soll der Wandel der Industrie und des Finanzwesens geprüft werden, also die Frage wie sich der Finanzmarkt entwickelt hat, welchen Einfluss die Regierung nimmt und ob sich die Länder stabil entwickelten.

Auch die Frage nach den wichtigsten Wirtschaftssektoren wird zu klären sein. Dies ermöglicht es, eine Aussage treffen zu können, von welchen Nachbarstaaten die Länder am meisten abhängig sind.

Interessant ist auch, wie Firmen in den jeweiligen Ländern agieren, ob sie expandieren, oder sich lediglich auf das eigene Land begrenzen. Auch wie es mit Exporten und Importen aussieht, ob eine Abhängigkeit von anderen Ländern besteht, oder nicht, wird in diesem Kapitel geklärt werden. Sind die Firmen national wie international konkurrenzfähig und besitzen die Firmen einen Zugang zum Kapitalmarkt.

Dies führt automatisch zum Punkt Ressourcen und zu der Frage, ob Rohstoffe vorhanden sind oder importiert werden müssen.

Die Situation bezüglich der Arbeitsplätze in den Firmen soll auch Teil des zu untersuchenden Rahmens sein. Wie hat das Land die Umstellung vom Sozialismus zur jetzigen Lohnarbeit verkraftet.

Zum Schluss soll noch die Wechselkurspolitik und der Privatsektor untersucht werden. Dabei spielt die Stabilität eine wichtige Rolle, die von zentraler Bedeutung für eine starke Wirtschaftsleistung ist. Auch die Frage nach den Grundbedürfnissen wird in diesem Punkt geklärt. Können diese aus eigener Kraft gedeckt werden, oder herrscht eine Abhängigkeit von westlichen Industrienationen.

## **5.2 Politik**

Der Politikbereich ist eng verknüpft mit der Wirtschaft. So soll die Politik in bestimmten Fällen in die Wirtschaft eingreifen, um diese, in sich negativ verändernden Zeiten, zu festigen (vgl. Waringo 1998: 64ff). Allerdings sollte sich im Kapitalismus der Markt, unabhängig von der Politik selbstregulieren. Der englische Nationalökonom Adam Smith prägte den Begriff der *unsichtbaren Hand*, er meinte damit, dass das Marktgeschehen eine regulierende und ordnende Kraft ist, die jeden Bürger dazu bringt, sich um seine wirtschaftlichen Interessen zu kümmern, um gleichzeitig der Gesellschaft bestmöglich zu dienen. Die Preise werden nicht wie im Kommunismus durch die Politik gesteuert, sondern von Angebot und Nachfrage festgelegt. Eine freie Wirtschaft war in der Sowjetunion nicht gegeben und die Regierung trat aktiv in die Steuerung ein. Dies geschah besonders durch den *Fünf Jahres Plan* (vgl. Hildermeier 1998a: 368ff).

Es wird festzustellen sein, ob und inwieweit die Politik, Einfluss auf die Wirtschaft hatte und ob sie es geschafft hat, die Prozesse, wenn nötig, zu stabilisieren. Dazu muss analysiert werden, ob nicht Einflüsse von außerhalb in den Prozess eingegriffen haben. Hier ist besonders die Abhängigkeit der Länder von der Sowjetunion und dem heutigen Russland

gemeint. Gerade ein so großer Staatenbund wie die UdSSR hat wahrscheinlich auch nach der Auflösung noch Auswirkung auf die neugegründeten Nationalstaaten gehabt.

Aber nicht nur der Einfluss der UdSSR und anschließend Russland, sondern auch die Nachbarstaaten können Macht auf die Politik Weißrusslands und Polen ausgeübt haben. Deshalb muss auch das außenpolitische Auftreten, genauer die Mitgliedschaft der Länder in internationalen Organisationen und ihre Positionen in diesen, untersucht werden.

Im Kapitel Wirtschaft wird außerdem die Frage nach Ressourcen geklärt, es wird festgestellt, ob und wie viele vorhanden sind und wie mit ihnen umgegangen wird. Deshalb widmet sich diese Kapitel auch mit den Einflussfaktoren der Politik auf die Ressourcenverteilung.

Im weiteren Verlauf wird auch der Frage nach der Industrialisierung nachgegangen. Wie diese vonstattenging und was die Politik mit ihr zu tun hatte. Wie steht es mit den wichtigen Industriesektoren? Sind diese in staatlicher, oder in privater Hand und woher stammen die finanziellen Mittel, um die mögliche Industrialisierung zu finanzieren?

Natürlich muss in diesem Punkt auch über Schutzmaßnahmen gesprochen werden. Gemeint ist hier, ob es Einfuhrbeschränkungen gibt, ein Zoll eingerichtet wurde, um die heimische Wirtschaft zu schützen. Dazu muss neben der Wechselkurspolitik die gesamte Finanzpolitik untersucht werden, wie sich diese aufstellt, ob sie liberal gestaltet ist, oder nicht. Die Frage nach den Kreditgebern soll anschließend geklärt werden, woher die Gelder stammen.

In diesem Punkt sollen auch nichtpolitische Akteure aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Politik untersucht werden. Welchen Einfluss haben diese auf die Politik?

Abschließend soll dann nochmals die Abhängigkeit Weißrusslands und Polens von der Sowjetunion untersucht werden, inwieweit sie sich aus den alten Strukturen lösen konnten und sie jetzt eigenständig agieren und welche neuen Partner eventuell mit ihnen kooperieren.

### **5.3 Sozialwesen**

Im Punkt Sozialwesen werden Bereiche wie Bildung und das Gesundheitssystem untersucht. Aber auch Themen wie Altersarmut und die Sicherheit des Landes. Wie bereits bekannt, ist Gesellschaft nichts anderes, als die Gesamtheit aller sozialen Beziehungen. Deshalb steht hier die Beziehung zwischen der Bevölkerung und dem Staat, bzw. den Bürgern untereinander im Vordergrund.

Wie hoch gestalten sich die Lebenshaltungskosten und können diese durch das Einkommen gedeckt werden. Welchen Schutz können arbeitslose Menschen vom Staat erwarten und wie hoch ist die Armut im Land?

#### **5.4 Kultur**

Nachdem die Dimensionen Wirtschaft, Politik und Sozialwesen beschrieben wurden, muss noch der Analyserahmen für Kultur gesetzt werden. Der Kulturbegriff ist nicht nur ein vielfältiger, sondern auch ein schwer einzuordnender. Er kann auf sehr unterschiedliche Weise begriffen werden, was auch hier, wie bei den Begriffen Demokratie und Transformation eine kurze Definition notwendig macht. Der hier verwendete Kulturbegriff soll als breites Konzept verstanden werden, in der Kultur als Gesamtheit der einmaligen geistigen, sowie materiellen und intellektuellen Aspekte verstanden wird, die als Kennzeichen einer sozialen Gesellschaft dienen. Darin enthalten sind neben Literatur und Kunst auch verschiedene Lebensformen und Wertesysteme, aber auch individuelle Traditionen und Grundrechte der Menschen. Zusätzlich gehören noch die unterschiedlichen Glaubensrichtungen dazu (vgl. Jerman/ Cerci 2011: 13).

Der zu untersuchende Gegenstand ist hier das gesellschaftliche System. Dabei werden die Interaktion der einzelnen Teilnehmer, des Staates und deren von der Kultur beeinflusster Entwicklungsweg im Mittelpunkt stehen. Dabei soll der Unterschied zwischen der Zeit, als Polen und Weißrussland Mitglied der Sowjetunion und der Zeit nach deren Unabhängigkeit erforscht werden. Wie sah der Handlungsrahmen der Gesellschaft aus, wie hat sich das System verändert? Dabei stehen die Strukturen vor und nach dem Zerfall der SU im Zentrum, konnte man die alten Formen, durch Neue ersetzen?

#### **5.5 Zivilgesellschaft**

In den letzten Jahren hat das Thema Zivilgesellschaft enorm an Bedeutung gewonnen. Allerdings scheint eine genaue Messung der Zahl von zivilgesellschaftlichen Arrangements nur schwierig realisierbar zu sein. Zwar konnten auch komplexe Indikatoren für Lebensqualität oder Wohlfahrt festgelegt werden, allerdings erscheint eine solche Auslegung für Zivilgesellschaften ungemein schwerer. Denn den Grad der Zivilgesellschaftlichkeit eines Landes lässt sich nicht durch die alleinige Messung von nichtstaatlichen Organisationen bewerkstelligen (vgl. Knodt/ Finke 2005: 49f).

An dieser Stelle scheint eine grundlegende Definition von Zivilgesellschaft angebracht zu sein, bevor weiter der Analyserahmen beschrieben werden kann. Dabei stützt sich diese

---

Arbeit auf die Definition von Helmut Anheiner (2004), der Zivilgesellschaft als Sphäre von Organisationen und Institutionen, aber auch Netzwerken und Individuen versteht und sie zwischen Familie und Staat, zusammen mit dem Markt, einordnet. Verbunden sind sie durch eine Reihe von Regeln. Des Weiteren sind die Menschen freiwillig tätig, im Sinne des Gemeinwohls (vgl. Anheiner 2004: 22).

Welchen Einfluss hat die Zivilgesellschaft aber auf die Transformation?

Diese Frage lässt sich mit dem Mehrebenenmodell von Wolfgang Merkel (1996) beantworten. Auf der ersten Ebene geht es um die institutionelle Konsolidierung, gefolgt von der repräsentativen Konsolidierung. Auf der dritten Ebene, jener der Verhaltenskonsolidierung, versuchen die wichtigen gesellschaftlichen Akteure, die eigenen Interessen im System durchzusetzen. Die Vierte ist durch die Konsolidierung der *civic culture* charakterisiert, die nicht innerhalb einer Generation abgeschlossen werden kann, hier entwickelt der Bürger eine Akzeptanz für das demokratische System und die Stabilität demokratischer Institutionen (vgl. Merkel 1996: 38ff). Diese *civic culture*, also die Zivilgesellschaft, besser gesagt die Entstehung einer solchen, soll für die Länder Polen und Weißrussland herausgearbeitet werden. Allerdings dauerte eben diese, laut Merkel, letzte Phase der Konsolidierung, mindestens eine Generation, was eine genaue Eingrenzung, beziehungsweise eine Festlegung auf einen exakten Zeitpunkt unmöglich macht, weshalb in dieser Arbeit als Orientierungspunkt das Jahr 1991 genommen wird, in dem die Existenz der Sowjetunion offiziell beendet wurde.

## **C Geschichtlicher Hintergrund**

Um die Entwicklung Polens und Weißrusslands besser verstehen zu können, soll in diesem Kapitel die Vergangenheit beider Länder behandelt werden. Allerdings muss auf einen umfangreichen geschichtlichen Hintergrund verzichtet werden, auch wenn dieser mit Sicherheit interessant wäre, da dies nicht zum Thema dieser Arbeit gehört und außerdem den Rahmen sprengen würde. Dieses Kapitel soll nur Hintergrundinformationen zur Geschichte Polens und Weißrusslands liefern, um den weiteren Verlauf dieser Arbeit besser einordnen zu können und um verstehen zu können, aus welchen Ausgangslagen die Transformation in Weißrussland und Polen eingesetzt hat.

### **1 Geschichte Polens**

Ihren Ursprung nimmt die Geschichte Polens im Jahr 960. Der polnische Herzog Mieszko I. taucht in einer Chronik des sächsischen Geschichtsschreibers Widukind von Corvey erstmals auf und wird dort als fähiger Herrscher beschrieben (vgl. Alexander 2003: 16). Mieszko I. schaffte es, sich aus dem Stammesgebiet der Polanen zu erheben, was zu einem erstmaligen Auftritt Polens als eigenständiges Staatswesen in der europäischen Geschichte führte. Der westslawische Stamm der Polanen siedelte, im neunten und zehnten Jahrhundert, an der Warthe, einem Nebenfluss der Oder.

Durch die im Jahr 966 vollzogene Taufe Herzog Mieszko I. und der damit verbundenen Annahme des lateinischen Christentums, wurde das Land vor Missionierungen geschützt. Neben dem Schutzgedanken war laut Überlieferungen, vor allem die christlich böhmische Prinzessin Dubrawa, welche Mieszko I. ein Jahr zuvor geheiratet hatte, der Grund für die Taufe (vgl. Alexander 2003: 19ff). Zwei Jahre später wurde das erste Missionsbistum gegründet, welches den Schutz vor dem ostfränkischen Reich, bis zu welchem sich das Reich Mieszko I. ausgedehnt hatte, gewährleistete. Vor der Schaffung des kirchlichen Verwaltungsbezirks, wurden Angriffe auf Mieszko I., als Kampf gegen das Heidentum deklariert (vgl. Heyde 2011: 9). Nicht zuletzt durch dieses Ereignis, entstand bei vielen Historikern die vorherrschende Meinung, dass die Zuwendung zum Christentum, wohl zum bedeutendsten historischen Ereignis der damaligen polnischen Geschichte zählte (vgl. Davies 2006: 263; vgl. Alexander 2008: 25).

Über das Dunkle Jahrhundert, in der Zeit vor Herzog Mieszko I., ist aufgrund fehlender Quellen, über die im Bereich des heutigen polnischen Staatsgebiets, lebenden slawischen Stämme und deren Herkunft (vgl. Alexander 2003: 17), wenig bekannt.

Die Zeit nach Herzog Mieskos I. Tod 992, wurde durch dessen ältesten Sohn, Boleslaw Chrobry, genannt der Tapfere, dominiert. Er schaffte es, unter anderem durch den Kauf des Leichnams, des böhmischen Bischofs Vojtech, im deutschen bekannt als der heilige Adalbert, die Verbindung mit dem damaligen westlichen Oberhaupt der Christen, Kaiser Otto III., und durch die Gründung mehrerer Bistümer, die Stellung Polens in Europa zu festigen und Polen, zu dessen ersten Höhepunkt, des noch jungen Staates, zu verhelfen (vgl. Heyde 2011: 9ff). Durch gewonnene Kriege und das Einheiraten verschiedener Familienmitglieder in zahlreiche europäische Großfamilien, schaffte es Boleslaw der Tapfere seine Macht weiter auszubauen und zu festigen, bis er sich 1025, durch Unsicherheiten innerhalb Deutschlands, sogar zum ersten König Polens krönen lassen konnte (vgl. Heyde 2011: 11).

Die Nachkommen Boleslwas, im Besonderen dessen Sohn Mieszko II., schafften es nicht die erreichte Stellung zu wahren und mussten sich dem damaligen Kaiser, im Jahr 1033, wieder unterordnen. Durch den Überfall Böhmens gingen auch die heiligen Reliquien Adalberts verloren. Ein Volksaufstand schaffte es sogar, die Kirche zu vertreiben, das christliche Erbe von Herzog Mieszko I. und Boleslaw überdauerten allerdings auch diese Konflikte. Kasimir I., Sohn von Mieszko II., schaffte es das geschwächte Polen, durch die Hilfe der christlichen Fürsten, wieder als starkes Land in Europa zu positionieren. Dessen Sohn Boleslaw II. gelang es sogar 1076 sich erneut zum König krönen zu lassen. Der, sich auf deutschem Boden austragende, Streit zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt, breitete sich auf Polen aus und hatte zur Folge, das Boleslaw II., nach der befohlenen Hinrichtung des Bischofs von Krakau, seine Krone wieder abgeben musste (vgl. Alexander 2008: 30ff).

Die Jahre von 1106 bis 1181 waren geprägt durch innere Unstimmigkeiten, was sogar in der Aufteilung Polens gipfelte. Durch ähnliche innere Streitigkeiten, schafften es weder das Römisch-Deutsche Reich, noch das Großfürstentum Kiew, ihre Macht auf die unabhängigen Gebiete Polens auszuweiten. Der Feudalismus, der in ganz Europa herrschte, hielt sich in Polen über 200 Jahre. Die damalige Zeit war geprägt durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen.

Die Zeitspanne von 1198 bis 1309 wurde auf polnischem Boden von Kreuzzügen und Missionierungen beeinflusst, wodurch auf den Gebieten des heutigen Polens viele Burgen zur Absicherung gebaut wurden, um welche sich Siedlungen bildeten, in denen sich

zumeist deutsche Bewohner ansiedelten. Dies führte im 13. Jahrhundert zu einer Ablösung Schlesiens von Polen.

Der Aufstieg des Mongolischen Reiches sollte nicht nur für Kiew und Ungarn verheerende Folgen haben. Die Söhne des Dschingis Kahn vernichteten auf ihren Kriegszügen große Teile Polens.

In den darauf folgenden Jahren wurden Großstädte wie Krakau, Breslau, Posen und andere, mit bis zu 1000 Häusern errichtet und mehrheitlich von Deutschen besiedelt (vgl. Heyde 2011: 16ff).

Herzog Wladislaw Lokietek schaffte es, im 13. Jahrhundert, große Teile Polens wieder zu vereinigen und ließ sich 1320 zum König krönen. Dessen Sohn König Kazimierz gelang es weitere unabhängige Gebiete mit Polen zu vereinigen und installierte, politische, wirtschaftliche und soziale Programme in seinem Reich. Durch ein Gesetz, welches Juden vor Übergriffen schützte, entwickelte sich in Polen, die größte jüdische Gemeinde der Welt (vgl. Heyde 2011: 18ff).

Im Jahr 1385 schlossen sich Litauen und Polen zusammen, um gemeinsam besser gegen Übergriffe des Deutschen Ordens auf der einen und das wachsende Interesse Moskaus am Westen, auf der anderen Seite, zu schützen (vgl. Heyde 2011: 19).

Nach einer der größten Schlachten des Mittelalters, in der das litauisch-polnische Heer den Deutschen Orden, am 15. Juli 1410, besiegen und somit seine Macht über ganz Preußen ausdehnen konnte, begann für Polen das Goldene Zeitalter (vgl. Bömelburg 2007: 11ff).

Durch politisches Geschick, sicherten sich die Polen die Krone 1479 über Böhmen und 1491 über Ungarn.

Die Zeiten der Reformation und Renaissance hatten auch großen Einfluss auf die weitere Entwicklung Polens. Durch eine beispiellose Offenheit der Polen, gegenüber anderen Religionen, konnte sich die neue Lutherische Glaubensrichtung auch in Polen ausbreiten. Wissenschaft und Lehre blühten auf und durch Bündnisse mit Litauen und dem heutigen Lettland wurde ein Staat geschaffen, der sich vor der Westausdehnung Moskaus schützen konnte.

Politisch entwickelte sich Polen im 16. Jahrhundert zu einer Adelsrepublik (vgl. Gaber 2007: 127).

Die folgenden Jahre wurde von drei großen Teilungen Polens bestimmt. In der ersten Teilung 1772, verlor Polen fast ein Drittel seiner Fläche an Russland, Österreich und

Preußen. Während der zweiten Teilung 1793 annektierten Russland und Preußen weitere Teile, bis im Zuge der dritten Teilung, Polen komplett aufgeteilt wurde. Der Name Polen wurde 1797, von den Teilungsmächten abgeschafft (vgl. Heyde 2011: 49ff).

Im Zuge der französischen Revolution sahen die Exilpolen eine Chance, die Teilung rückgängig zu machen. Die ersten Erfolge Napoleons schienen ihnen dabei zu helfen. Den Siegen über Preußen und Österreich folgte, während des Marschs auf Moskau, die bittere Niederlage. Die auch für Polen verheerende Niederlage Frankreichs, sollte sich erst 1815 wieder verbessern. Der einberufene Wiener Kongress brachte zwar vorerst keine Lösung in der polnischen Frage, allerdings erschien Polen, als Königreich Polen, im Besitz des russischen Kaisers, wieder auf der Landkarte.

Die Revolutionen 1848 bis 1849 in Europa, lies Polen ungenutzt, um sich wieder als Staat zu etablieren, stattdessen setzte eine erste große Auswanderungswelle ein (vgl. Heyde 2011: 63ff).

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, schaffte es Polen, in dem von Österreich besetzten Galizien, ein halbautonomes Staatswesen zu schaffen, welches aufgrund der feindseligen Haltung Russlands gegenüber Österreich sogar geduldet wurde.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs weckte nur kurz die Hoffnung der polnischen Aktivisten, welche trotzdem auf deutscher, österreichischer oder russischer Seite gegeneinander kämpften. In der Folgezeit versuchten nicht nur, die im halbautonomen Staat Galizien lebenden Polen einen eigenen Staat zu schaffen, sondern auch Österreich und Deutschland, wollten ein von ihnen abhängiges, eigenständiges Königreich Polen gründen.

Am 30. März 1917, nach dem Sturz des Zaren, versprach auch Russland, bzw. die neue provisorische Regierung, ein unabhängiges Polen zu gründen. Nach dem Erfolg der bolschewistischen Revolution in Russland am 07. November 1917 erklärte Lenin das Recht auf Selbstbestimmung.

Die vom amerikanischen Präsidenten Wilson bereits am 22. Januar 1917 geforderte Schaffung eines unabhängigen Polens, konnte nach dem Sieg über Deutschland am 09. November 1918 und dem darauffolgenden Waffenstillstand am 11. November.1918 durch die Vereidigung Pilsuskis, als Staatsoberhaupt, verwirklicht werden (vgl. Borodziej 2010: 99ff). Die festen Grenzen Polens wurden allerdings erst in den kommenden drei Nachkriegsjahren endgültig festgelegt (vgl. Heyde 2011: 88ff).

## 2 Geschichte Weißrusslands

Über die Frühgeschichte Weißrusslands ist nur sehr wenig bekannt. Erst um das Jahr 800 müssen Wikinger um das Gebiet des heutigen Kiews das Reich der Kiewer Rus (vgl. Donnert 1983: 20) gegründet haben, aus dem 200 Jahre später selbständige Fürstentümer hervorgingen. Die Fürstentümer, bis zum 13. Jahrhundert noch Bestandteile der Kiewer Rus, schlossen sich freiwillig, nach deren Zerschlagung durch die Mongolen, mit dem Großfürstentum Litauen zusammen. Auf Gebieten des heutigen Weißrussland, Teile der Ukraine und Russlands, entstand das Großfürstentum (vgl. Lojka 2001a: 69ff).

Zu einer ersten Verbindung zwischen Weißrussland, in diesem Fall im Zusammenschluss mit Litauen, und Polen kam es 1385. Durch den Tod des polnischen Königs Kasimir III. erlangte der litauische Großfürst Jogaila die Macht in Polen und krönte sich 1386 zum König von Polen (vgl. Frost 2015: 33f). Die Machtübernahme gelang Jogaila durch die Heirat mit Hedwig von Anjou, Tochter von Ludwig I. König von Ungarn und Polen mit der er zusammen regierte. Seinem Cousin überließ er die Regentschaft über das Großfürstentum Litauen (vgl. Lojka: 2001a: 80ff).

Die bereits erwähnte *größte Schlacht des Mittelalters* sollte für Litauen der letzte große Erfolg bleiben: der Sieg, der litauischen-polnischen Armee, über den Deutschen Ritterorden, festigte die nördlichen Grenzen des Reiches. Zeitgleich begann allerdings der politische Abstieg Litauens, der in den kommenden 200 Jahren mit der Herausbildung Weißrusslands, als eigenständige Nation, seinen Tiefpunkt für das Großfürstentum Litauen haben sollte (vgl. Sahanowitsch 1991: 93ff).

Die Teilungen Polens hatten auch Einfluss auf Weißrussland. Als es Ende des 18. Jahrhunderts zur Aufteilung kam, wurden die Gebiete des heutigen Weißrusslands unter russische Herrschaft gestellt. Der weißrussische Dialekt wurde bis zur Revolution 1905 verboten. Neben der Sprache, versuchten die russischen Herrscher auch den Einfluss der katholischen Kirche in Polen und Weißrussland zurückzudrängen (vgl. Schybeka 1991: 119ff).

Der erste unabhängige Staat, die Weißrussische Volksrepublik, wurde 1918 gegründet. Dabei spielte die Einnahme von Minsk, durch deutsche Truppen, eine entscheidende Rolle. Zwar geschah dies ohne Einverständnis der deutschen Besatzer, allerdings stand die neugegründete Republik unter dem Schutz Deutschlands. Ohne Anerkennung der Westmächte, oder dem Deutschen Reich, schaffte es die Weißrussische Volksrepublik

nicht, länger als ein halbes Jahr zu existieren. Trotzdem gilt das Jahr 1918 noch heute, im geschichtlichen Bewusstsein vieler Weißrussen, als Gründungsakt einer eigenständigen weißrussischen Nation (vgl. Lindner 1999: 27ff).

Nach der Machtübernahme der Kommunisten, wurde am 1. Januar 1919 die Sozialistische Räterepublik Weißrussland proklamiert und im März desselben Jahres die Litauisch-Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik ausgerufen.

Polen versuchte, angeknüpft an das Erbe des Großherzogtums Litauens, große Gebiete Weißrusslands unter seine Kontrolle zu bringen und schaffte es über ein Jahr neben der Hauptstadt Minsk auch große Teile des Landes zu besetzen, musste jedoch im Polnisch-Sowjetischen Krieg wieder abziehen.

Am 1. Januar 1919 wurde die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, eigentlich Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR), ausgerufen, eine der vier Republiken, die an der Gründung der Sowjetunion 1922 beteiligt waren. Polen erkannte 1920 die BSSR an, konnte den westlichen Teil des Landes allerdings in eigener Kontrolle halten (vgl. Sahm 1991: 178ff).

### **3 Geschichte der Sowjetunion**

Am 7. November 1917 kam es durch die Oktoberrevolution zur Gründung der Sowjetunion. Durch einen Putsch konnte sich die radikale Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, die Bolschewiki, unter der Führung von Wladimir Iljitsch Lenin, an die Macht setzten und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, neben der BSSR die größte und bevölkerungsreichste, der vier Gründungsrepubliken, ausrufen (vgl. Altrichter 1993: 13ff).

Im Jahr 1922 gewannen die Bolschewiki den zuvor Jahre andauernden Bürgerkrieg und die Sowjetunion entstand (vgl. Meissner 1974: 9ff). Josef Stalin, der auf Lenin nach dessen Tod am 21. Januar 1924 folgte, sicherte sich seine Macht durch Industrialisierung und Kollektivierung und brachte seine Widersacher durch gezielten Terror zum Schweigen. Eine der größten Verfolgungskampagnen war die *Große Säuberung* von Herbst 1936 bis Ende 1938, in der vor allem Gegner der stalinistischen Herrschaft, verhaftet und erschossen wurden (vgl. Altrichter 1993: 60ff).

Auch die sowjetischen Streitkräfte wurden von diesem Terror nicht verschont. Im Zuge der *Großen Säuberungen* wurde sogar fast jeder Fünfte der militärischen Führungskräfte bei Schauprozessen verurteilt, was allerdings zu einer enormen Schwächung der Roten

Arbeiter- und Bauernarmee der Sowjetunion, im Folgenden als Rote Armee bezeichnet, führte und 1941 eingestellt wurde.

Neben den Säuberungen schaffte es Stalin einen Kult, um den Tod Lenins, aufzubauen und diesen für seine Zwecke einzusetzen. Dies ging sogar soweit, dass sich neben dem Stalin-Kult auch eine Art Lenin-Kult entwickelte, der ihm zu weiterer Macht verhalf (vgl. Schröder 2010: 8f).

Die schon angesprochene Industrialisierung unter Stalin sollte der Wirtschaft bis 1991 und darüber hinaus großen Schaden zufügen. Durch die Vernachlässigung der Konsumgüterproduktion entstand ein Missverhältnis in den einzelnen Industriezweigen. Die Zwangskollektivierung von fast 15 Millionen Bauernhöfen, die in Großwirtschaften überführt wurden, war ein Versuch, die davor marktorientierten Höfe und deren Agrarpolitik auf einen neuen Stand zu heben. Der gewünschte Erfolg sollte sich allerdings nicht einstellen und die Bauern, die ihren Hof verloren, wurden bei Auflehnung gegen das System deportiert oder getötet (vgl. Hildermeier 2007b: 378ff).

Mit dem *Fünfjahresplan* versuchte die Regierung ab 1928 dem stagnierenden Wachstum entgegenzuwirken. Dies hatte zur Folge, dass sich das Wirtschaftssystem hochbürokratisch entwickelte und die Sowjetunion, nicht zuletzt durch Repression und Massenmobilisierung, zu einem Industrieland wurde. Das Land veränderte sich nicht nur wirtschaftlich, sondern es setzte auch demographisch eine Urbanisierung ein. Allerdings veränderte die Verstaatlichung der Höfe auch die Überwachung der Bevölkerung. Zwangsarbeitslager wurden geschaffen und die politische Polizei erlangte immer mehr Macht und Kontrolle über das Land (vgl. Schröder 2010: 8f).

Um 1940, in einer Zeit in der sich auch in Teilen Europas das politische Denken stark änderte, da die Nationalisten und Faschisten es schafften Deutschland und Italien unter ihre Kontrolle zu bringen, befand sich auch Stalin in der Sowjetunion am Höhepunkt seiner Macht. Das schon im Kapitel über die Geschichte Polens angesprochene Abkommen zwischen der Sowjetunion und Deutschland, bei dem Polen unter diesen beiden Ländern aufgeteilt werden sollte, zeigt, wie blind oder machtlos die westlichen Demokratien der Expansionspolitik beider Länder gegenüberstanden. Die Allianz zwischen Hitler und Stalin stellte auch in der Außenpolitik der Sowjetunion eine Besonderheit dar (vgl. Altrichter 1993: 93ff).

Versteckt hinter dem von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg, schaffte es die Sowjetunion die baltischen Länder und Teile Polens, wie auch Rumäniens einzugliedern.

Am 22. Juni 1941, mit dem Überfall Deutschlands, trat die Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg ein. Überrascht durch den Vertragsbruch Deutschlands musste die Rote Armee in der Anfangszeit erhebliche Niederlagen einstecken. Der Vorstoß Deutschlands bis Moskau und Leningrad konnte, mithilfe der Alliierten, nach vier Jahren, aus dem Westen, aufgehalten werden (vgl. Schröder 2010: 8f).

Nach der Kapitulation der Wehrmacht, am 9. Mai 1945, waren erhebliche Teile des Sowjetreiches zerstört und die Wirtschaft zu großen Teilen vernichtet. Um wieder auf den Stand der Vorkriegsjahre zu kommen, wurden neben den deutschen Kriegsgefangenen, vor allem Männer und Frauen aus den Arbeitslagern herangezogen. So schaffte es die Sowjetunion bereits drei Jahre nach Kriegsende, 1948, den alten Standard wiederherzustellen. Sechs Jahre später war die Gesamtproduktion sogar doppelt so hoch wie vor Beginn des Krieges. Dies sollte allerdings den Lebensstandard nicht verbessern, da weiterhin nur auf Produktionsgütererzeugung Wert gelegt und andere Wirtschaftsteile vernachlässigt wurden (vgl. Schröder 2010 8ff).

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann der Konflikt zwischen den Westmächten und dem Ostblock. Der Kalte Krieg von 1945 bis 1989 kann heute auch als Konfrontation der Systeme Kommunismus gegen Kapitalismus angesehen werden, der zwar nicht zu einer Auseinandersetzung auf militärischer Ebene führte, ansonsten aber mit allen Mitteln ausgetragen wurde.

Auf die Mitgliedschaft in der UNO und Vetorecht im Sicherheitsrat, dem Rückzug aus dem Iran 1946, folgte zwei Jahre später die Übernahme der Kontrolle in der Mongolei, Nordkorea und den Ostblockstaaten, neben der UdSSR auch Polen, Ungarn, Bulgarien, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) (vgl. Altrichter 1993: 127ff). Innenpolitisch herrschte Stalin bis zu seinem Tod als uneingeschränkter Diktator mit Chruschtschow, Parteichef der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und späteren Regierungschef der SU, als engem Vertrautem. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion sicherte sich ihre Macht durch Repressalien und Terror nach innen. Bis zum Ende der Sowjetunion füllten sich die Zwangsarbeitslager auf bis zu 10 Millionen Menschen.

In China unterstützte die sowjetische Regierung, in den Jahren 1958 bis 1961, Mao Zedong in dessen Kampagne beim *Großen Sprung nach vorn* und bei dessen Industrialisierung. Auch beim chinesischen Bürgerkrieg, von 1927 bis 1949, wurden die Kommunisten unter Mao von sowjetischer Seite unterstützt. Die, bis zu Stalins Tod, guten Beziehungen bröckelten zusehends und endeten wegen der Kubakrise. China orientierte sich stärker zum Westen und die Sowjetunion befürchtete ihre Bedeutung im Weltkommunismus zu verlieren. Die kurze Hoffnung, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, nach dem verlorenen Vietnamkrieg, international eine noch größere Rolle zu spielen, wurde zunichte gemacht. Das Wettrüsten mit dem Westen verstärkte noch, das durch die Planwirtschaft, sowieso schon schwache Wirtschaftsleben und führte zu Konflikten innerhalb der Partei (vgl. Altrichter 1993: 115ff).

In den vier großen Konferenzen in Moskau, Teheran, Jalta und Potsdam sicherten die UdSSR, den Westmächten, einen ausgewogenen Einfluss auf die Länder Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Ungarn zu, setzten dort allerdings, mit Hilfe der Roten Armee Volksrepubliken durch. Die Teilung Deutschlands in Ost und West, sorgte zusätzlich für Spannungen zwischen den Großmächten. Die Gründungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1949, zementierten das angespannte Verhältnis.

Erste Auflösungserscheinungen der Sowjetunion traten 1948 ein, als der ehemalige Partisanenführer Josip Broz Tito in Jugoslawien, seinen eigenen Weg gehen wollte. Tito, erst Ministerpräsident von 1945 bis 1953 und anschließend Staatspräsident von 1953 bis zu seinem Tod 1980, in Jugoslawien, verfolgte mit dem Titoismus, einem realsozialistischen System und einem Gegenentwurf zum Stalinismus, eine unabhängige Politik von der Sowjetunion. In Zentrum des Titoismus stand dabei die kollektive Selbstverwaltung, zumindest zu einem Teil der im Stalinismus staatlichen Betriebe (vgl. Melčić 2007: 309ff). Nach Stalins Tod sollten sich die Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion wieder verbessern, allerdings blieb Jugoslawien auch weiterhin ein blockfreier Staat.

Als Nachfolger Stalins, musste Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, von 1953 bis 1964 Regierungschef der UdSSR, die unter Stalin repressiven Strukturen auflösen, ohne allerdings die zentrale Planwirtschaft, das Einparteiensystem, oder den Marxismus-Leninismus zu gefährden. Um mit dem westlichen Kapitalismus mithalten zu können, setzte Chruschtschow oft auf übereilte Reformen, die das Wirtschaftswachstum steigern,

oder teilweise umzustrukturieren sollten (vgl. Schröder 2010: 10f). Diese Reformen beinhalteten unter anderem die Verkleinerung der Lagersysteme und die Teilnahme an der Entkolonialisierungsbewegung.

Wirtschaftlich standen unter Chruschtschow allerdings weiterhin die Bereiche Rüstung und Produktionsgüter im Vordergrund (vgl. Altrichter 1993: 178ff).

Der Versuch die Schwächen des Wirtschaftssystems und der Sozialorganisation zu überwinden gelang, durch eine unklare Linie im Reformzyklus immer seltener und erhöhte den Druck auf Chruschtschow, innerhalb der Partei.

Außenpolitisch gelang es Chruschtschow die Systeme in den Ostblockstaaten, nach Aufständen in der DDR 1953, sowie drei Jahre später in Ungarn und Polen, zu konsolidieren und wieder in die sowjetische Wirtschafts- und Militärallianz einzubinden. Die wiedergestärkte Position der Sowjetunion in der Welt, wurde durch Krisen mit China 1960 und der Kubakrise 1962, verringert und steigerte die Unzufriedenheit innerhalb der Partei, die durch die eingeleiteten Reformen in der KPdSU sowieso schon verunsichert war (vgl. Schröder 2010: 10f).

Am 14. Oktober 1964 wurde Chruschtschow abgesetzt und durch Leonid Breschnjew, der von 1964 bis 1982 Staatsoberhaupt sein sollte, ersetzt. Der Machtwechsel vollzog sich durch Mehrheitsentscheidung der KPdSU und verdeutlicht die Veränderung der Partei, von einem zu Stalins Zeit, repressiven Mobilisierungsregime, zu einer gefestigten Herrschaft der Monopolpartei, unter Chruschtschow (vgl. Schröder 2010: 11).

Die 1960er und 1970er Jahre waren geprägt von Entspannung und Ausbau des Imperiums. Der Wandel unter Chruschtschow, innerhalb der Partei, sollte rückgängig gemacht werden. Die Wirtschaftsleistung wurde, mit anfänglichem Erfolg, gesteigert und konnte in den Anfangsjahren sogar verdoppelt werden. Die Kompetenzen der Betriebe wurden erweitert, allerdings schaffte es auch die neue Regierung nicht, die Produktivität der Arbeitskraft dauerhaft zu steigern. Das extensive Wachstum bot keinerlei Anreiz für die Betriebe, ressourcenschonend zu arbeiten, oder auf neue Innovationen zu setzen. Der technologische Anschluss an die westlichen kapitalistischen Staaten ging verloren und war mit ein Grund für das Scheitern des Systems (vgl. Schröder 2010: 12f).

Sicherheitspolitisch konnte Breschnjew, Parteichef der KPdSU von 1964 bis 1982, Mitte der Siebziger Jahre einige Erfolge vorweisen. So gelang es der UdSSR, das Niveau der USA, bei Atomwaffen zu erlangen, was ihr in der Welt das Ansehen als zweite

Supermacht einbrachte. Innenpolitisch wurde die von Chruschtschow initiierte Entstalinisierung langsam rückgängig gemacht (vgl. Leonhard 1979: 252).

Die Spannungen in der Ost-West-Beziehung wurden durch Ostverträge, oder das Viermächteabkommen, gelockert. Der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei, im August 1968, sollte die Beziehung zum Westen nicht weiter belasten. Genauso wenig wie die Breschnjew-Doktrin, in der, im Falle der Gefahr für das sozialistische System, die Sowjetunion die Souveränität der Staaten eingrenzen konnte (vgl. Schröder 2010: 12f).

Die Spannung zwischen der UdSSR und China blieb weiterhin bestehen und gipfelte im März 1969 in einem bewaffneten Zusammenstoß.

Ab 1975 verschlechterte sich die Beziehung der Sowjetunion mit dem Westen wieder deutlich. Die UdSSR versuchte ihre neue Stellung als Supermacht auch militärisch zu untermauern. Mit dem Einmarsch in Afghanistan 1979, militärischen Eingriffen in Äthiopien, Mosambik und Angola, wurde eine westliche Gegenreaktion provoziert. Zusätzlich versuchte man das Imperium weiter auszubauen, was allerdings die vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen überforderte. Die fast 13 000 gefallenen sowjetischen Soldaten, während des Afghanistankrieges, verschlechterte die innenpolitische Situation weiter (vgl. Schröder 2010: 12f).

Nach dem Tod Breschnjews 1982 versuchte die Partei, durch die Wahl Juri Wladimirowitsch Andropow, zum neuen Staatsoberhaupt der Sowjetunion, die dringend benötigten Reformen voranzutreiben. Der vorzeitige Tod Andropows, nach nur 15 Monaten als Regierungschef, brachte kaum nennenswerte Veränderungen.

Auf Andropow folgte Konstantin Tschernenko 1984, der allerdings schon bei seiner Ernennung schwer krank und bereits über 70 Jahre alt war. Auch seine nur dreizehn Monate dauernde Amtszeit, brachte keine wesentlichen und bedeutenden Neuerungen mit sich.

In der Zeit als Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, von März 1985 bis August 1991, folgte Michail Sergejewitsch Gorbatschow, den Ideen seines politischen Ziehvaters Andropow und schaffte es die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu verbessern. Allerdings änderte sich seine Haltung Anfang des Jahres 1986. Mit dem Prozess der Umgestaltung, auch *Perestroika* genannt, trieb Gorbatschow den Umbau und die Modernisierung des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Systems voran. Unter dem Schlagwort *Glasnost*, die den Prozess der

Meinungs- und Pressefreiheit in der Sowjetunion bezeichnet, eine von Gorbatschow betriebene Politik der Offenheit, leitete er den Demokratisierungsprozess der UdSSR ein. Die Gesellschaft begann sich zu politisieren und die KPdSU verlor im März 1990 ihr politisches Monopol (vgl. Schröder 2010: 13f).

Die Versuche der Regierung Gorbatschow, der ab März 1990 Staatspräsident der Sowjetunion war, den Status der SU als Weltmacht beizubehalten, wurde von den neuauftretenden politischen Bewegungen nicht unterstützt. Die baltischen Republiken und der Kaukasus strebten die Eigenständigkeit an (vgl. Altrichter 1993: 191ff).

Die Politik Gorbatschows in den Jahren 1990 und 1991 zeichnete sich durch keine klare Linie aus. Die zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Regionen und der Putschversuch der konservativen Politiker im August 1991, bereiteten den Weg für die politische und wirtschaftliche Transformation und den Zerfall der Sowjetunion (vgl. Schröder 2010: 15).

### **3.1 Polen in der Sowjetunion und danach**

Zwei Jahre nach der Annexion Österreichs durch Deutschland 1937, legten die Außenminister Deutschlands und Russlands, Ribbentrop und Molotow, im Jahr 1939, in einem Freundschaftsvertrag eine Klausel fest, die zu einer vollständigen Teilung Polens führen sollte.

Der Überfall auf Polen erfolgte am 1. September 1939, Hitlerdeutschland annektierte Teile Polens und nur knapp 20 Tage später übernahmen die Sowjets den Osten (vgl. Rohde 1979: 82). Die von den Alliierten zugesicherte Hilfe für Polen viel aus (vgl. Heyde 2011: 103ff).

Ein Großteil der polnischen Juden wurde in Konzentrationslager deportiert und ermordet, genauso wie Millionen von Zivilisten, die allerdings auch auf russischer Seite in Gulags verschleppt wurden. Für die polnische Bevölkerung verbesserten sich die Zustände erst 1939 wieder etwas. Die Deutschen kündigten den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und überfielen Russland 1941. Der polnische Widerstand musste, durch ein Bündnis mit Stalin, nicht mehr an zwei Fronten kämpfen (vgl. Piekalkiewicz 1998: 20ff).

Der Sieg Russlands, Englands und der USA über Nazideutschland bedeutete für Polen allerdings noch keine Befreiung. Auf der Teheran-Konferenz im November 1943 sicherte sich Russland den Einfluss über Polen und die zu Beginn des Krieges angeschlossenen Gebiete.

Noch während der Befreiung Polens, setzten die Sowjets 1944, eine polnische Regierung ein. Um allerdings alleine herrschen zu können, erwartete die Sowjetunion einen Erfolg während des Warschauer Aufstands. Der Warschauer Aufstand war während des Zweiten Weltkriegs, in den besetzten Gebieten Europas, die größte bewaffnete Erhebung. Das abwartende Verhalten der Roten Armee, als die polnischen Soldaten von den Deutschen überrannt wurden, wird heute noch in Polen kontrovers diskutiert.

Nach Ende des Krieges war Polen fast vollständig zerstört. Die Industrie war am Boden und fast 25 Prozent der Bevölkerung ist getötet worden. Zwar wurde Polen zum Ausgleich dieser Zerstörung Schlesien und Pommern zugesprochen, allerdings schafften es die polnischen Kommunisten, mit Hilfe der Besatzungsmacht, die Herrschaft zu übernehmen. Die Opposition war zerstritten und um Verhaftungen zu entgehen, verließen viele das Land. Unter Wladislaw Gomulka wurde die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei 1947 gegründet, die nach den Wahlen, im selben Jahr, den Grundstein für den weiteren politischen und wirtschaftlichen Verlauf Polens legen sollte (vgl. Heyde 2011: 113ff).

Die Jahre von 1947 bis 1955 waren geprägt vom Kalten Krieg. Um der Berlin-Blockade im Jahr 1948, der Gründung der NATO 1949 und dem wiedererstarkten Deutschland entgegenzutreten zu können, bestimmte die Sowjetunion über die Außenpolitik Polens. Innenpolitisch ließen sie der Bevölkerung weitestgehend freie Hand, dies zeigte sich vor allem durch die Duldung der Opposition.

Die neue Verfassung 1952 stärkte die Position der kommunistischen Partei Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR) und ließ die katholische Kirche weitestgehend unabhängig. Die Stahl- und Eisenindustrie wurde ausgebaut und die Landwirtschaft kollektiviert, was sich allerdings nicht richtig umsetzen ließ und letzten Endes aufgegeben wurde. In Schlesien wurde der Bergbau ausgebaut und die Schiffbauindustrie vergrößert. Eine Industriearbeiterklasse entstand (vgl. Heyde 2011: 116ff).

Ab 1956 veränderte sich das politische Klima in Polen. Der Stalinismus wurde von der Bevölkerung und im Besonderen von den Intellektuellen in Frage gestellt und im Laufe des Jahres abgelehnt. Mitte 1956 begannen erste Streiks für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen die PZPR zu spalten, als bei einem Aufeinandertreffen zwischen der protestierenden Bevölkerung und des Machtapparats 80 Menschen ums Leben kamen.

Ab 1970 verbesserte sich das Verhältnis zu Deutschland, da dieses im selben Jahr die Grenze zu Polen anerkannte, allerdings stiegen die Lebensmittelpreise und die Proteste nahmen weiter zu. Der Ruf nach freier Presse und Gewerkschaften wurde laut.

Im Jahr 1978 wurde der polnische Erzbischof Karol Wojtyła zum neuen Papst gewählt. Johannes Paul II. sollte ein Symbol der Polen für den neuen internationalen Einfluss und die eigene Identität werden (vgl. Siedlarz 1996: 49ff).

Ein erneuter Anstieg der Lebensmittelpreise 1980, um 100 Prozent, sollte zu einer neuen Streikwelle führen. Unter Lech Walesa, Vorsitzendem der Gewerkschaft Solidarność, kam es in der Gdanker Werft zu Streiks, denen sich die Opposition anschloss. Zu ihren Forderungen zählten die Pressefreiheit, das Streikrecht, freie Gewerkschaften und die Freilassung der politischen Gefangenen. Eine besondere Forderung war, dass die katholischen Messen im Fernsehen übertragen werden sollten.

Die Regierung ging auf Teile der Ansprüche ein und am 17. September 1980 wurde die unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność gegründet, der sich 75 Prozent der fast 13 Millionen Arbeitnehmer in Polen anschlossen (vgl. Heyde 2011: 116ff).

Ein Jahr später verschlimmerte sich die Wirtschaftskrise dennoch. Die Solidarność, unter ihrem Führer Lech Walesa, konnte keinen aktiven Einfluss auf die Wirtschaft ausüben, sondern diese durch Streiks nur zum Erliegen bringen. Dies gipfelte Ende desselben Jahres in einer offenen Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft und der Regierung, die daraufhin das Kriegsrecht verhängte. Dieses wurde allerdings im selben Jahr wieder aufgehoben und hatte zur Folge, dass die Solidarność verboten wurde. Zwei Jahre später, 1983, nach dem Besuch Johannes Paul II. wurde dieses Verbot wieder abgeschafft. Inzwischen war die Überschuldung Polens auf fast 40 Milliarden US-Dollar angewachsen. Die Löhne sanken und die Produktion kam immer mehr zum Erliegen.

Als durch den Staatssicherheitsdienst am 19. Oktober 1984 ein Priester aus Warschau entführt und ermordet wurde, stürzte Polen immer weiter in eine Krise. Die von der Regierung angestrebten marktorientierten Reformen wurden durch ein Referendum 1987 zerschlagen. Ein Jahr später kam es erneut zu landesweiten Streiks.

Anfang des Jahres 1989 wurden Gespräche der neuen Regierung Polens, der Opposition und der Kirche geführt, deren Ergebnis die Teilung der Macht war und schlussendlich zum Machtverzicht der Regierung führte (vgl. Fowkes 1994: 193).

Mit der Unterwerfung der PZPR bildete sich eine zweite Kammer im Parlament, die im Juni 1989 mit großer Mehrheit siegte. Die Solidarność und die Vereinigte Bauernpartei, bildeten zusammen mit der Demokratischen Partei eine Koalition (vgl. Mackow 1989: 561ff). Am 24. August 1989, wurde der Erste mal seit 40 Jahren, mit Tadeusz Mazowiecki, ein katholischer Nichtkommunist, Regierungschef in Osteuropa. Im selben Jahr verlor die PZPR immer mehr ihre Sonderrolle und wurde im Januar 1990 schließlich aufgelöst. Frühere Mitglieder der PZPR gründeten die neue Partei Sozialdemokratie der Republik Polen. Noch im selben Jahr wurde Lech Walesa am 7. Dezember 1990 zum Staatspräsidenten Polens gewählt.

In der Politik herrschte weiterhin eine unklare Links-Rechts-Zuordnung der Parteien, was ein bipolares Parteienspektrum erschwerte (vgl. Wnuk-Lipinski 1992: 119).

Auf den sich schnell vollzogenen Systemwechsel 1989, folgte in den neunziger Jahren ein Wandel des System, jedoch ohne durchgreifende Erfolge. Vor allem ökonomische Reformen blieben aus (vgl. Fowkes 1994: 191; Baske 1992; Burmeister 1995). Der Umstand, dass sowohl der Staats-, wie auch der Ministerpräsident, ähnliche, sich teilweise überschneidende Kompetenzen besaßen, erzeugte ein paralleles Regierungssystem. Daneben konkurrierte die Volksvertretung mit dem Senat im Zweikammersystem, was direkten Einfluss auf die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung des Landes hatte.

Am 27. Oktober 1991 kam es auch in Polen zu demokratischen Parlamentswahlen. Als letzter ehemaliger sowjetischer Staat in Europa, kam bei dieser Wahl, mit einer Beteiligung von etwas mehr als 40 Prozent, keine klare Mehrheit zustande (vgl. Mackow 1992: 69). Die Volksvertretung hatte zu dieser Zeit fast 30 Parteien und Gruppierungen, was zu erneuten Komplikationen bei Reformen führte. Die Unsicherheit der Bevölkerung spiegelte sich in der Wahl wieder, denn das Ergebnis war ein Unentschieden zwischen der Reformation des Systems und einer Rückkehr zum alten System (vgl. Heyde 2011: 121f).

Der Nachbarschaftsvertrag mit Deutschland im November 1991, bildete die außenpolitische Orientierung Polens zum Westen ab (vgl. Barbian/ Zybura 1999: 30ff).

Trotz häufig wechselnder Minister und Ministerpräsidenten, schaffte es Polen sich langsam zu stabilisieren und trat 1991 dem Europarat bei. Im Jahr 1994 stellte Polen den Antrag in der EU aufgenommen zu werden und wurde schließlich 1999 Mitglied der NATO und im Jahr 2004 schließlich Mitglied der EU (vgl. Heyde 2011: 122ff).

### **3.2 Weißrussland in der Sowjetunion und danach**

Nach dem Friedensvertrag von Riga 1921, in dem Polen 40 Prozent von Weißrussland zugesprochen bekam, begann die sowjetische Regierung unter Lenin schnell Schritte einzuleiten, um nicht nur im Kerngebiet, sondern auch in den neugewonnenen Gebieten, den Sozialismus aufzubauen. Damit staatliche Landwirtschaftsbetriebe gegründet werden konnten, musste ein Großteil der Bauern enteignet werden.

Um den Sozialismus in der Bevölkerung zu verbreiten und diese dafür zu gewinnen, wurde, gegen Ende der 1920er Jahre, Nationalisierungspolitik betrieben. Dabei versuchte die Regierung besonders die Kultur und Sprache zu fördern. Dies wird vor allem dadurch deutlich, dass im Zeitraum zwischen 1922 und 1926, die Unterrichtssprache in den Grundschulen auf Belarussisch umgestellt wurde. Einige Hochschulen des Landes änderten daraufhin die Vorlesungssprache ebenfalls.

Ab 1930 sollte sich diese Politik allerdings wieder ändern. Besonders mit dem Tod Stalins begann ein Großteil der Bevölkerung, aus den Bereichen der Akademie der Wissenschaft, sich einem eigenen Nationalbewusstsein zu stellen (vgl. Marples 2001a: 135ff).

Der westliche Teil, der 1921 polnisch wurde, konnte anfangs seine eigene Kultur und Sprache weiter pflegen. Doch auch Polen begann nach einiger Zeit, den Katholizismus und die polnische Kultur in dieses Gebiet zu verbreiten (vgl. Benecke 2001: 153ff).

Als 1939 Hitler Polen überfiel und es damit zur Aufteilung Polens, zwischen der Sowjetunion und Deutschland, aufgrund des Zusatzprotokolls des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspakts eintrat, kam, fielen die restlichen weißrussischen Gebiete wieder der SU zu. Bei Wahlen im Oktober 1939, welche zusammen mit einer Volksabstimmung darüber entscheiden sollten, ob Weißrussland weiter zu Sowjetunion gehören sollte, entschieden sich, laut sowjetischen Unterlagen, 99,9 Prozent der Bevölkerung für einen Verbleib. Durch die Vereinigung entstand die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik, die ihre Landesgrenzen bis heute beibehalten konnte (vgl. Chiari 2001: 408ff).

Als 1941 die deutsche Wehrmacht Weißrussland, nach einem nur wenige Wochen andauernden Kampf, unter ihre Kontrolle bringen konnte, wurden fast 20 Prozent der weißrussischen Bevölkerung von der Roten Armee evakuiert. (vgl. Mironowicz 1999: 136)

War die Bevölkerung Weißrusslands zu Beginn der deutschen Eroberung und trotz der massiven Zerstörung, die der kurze Kampf angerichtet hatte, noch froh über die Loslösung von der SU, ein Zentralrat Weißrusslands kollaborierte sogar mit Deutschland, zeigte das Verhalten der Wehrmacht und vor allem der SS schnell, dass die Deutschen keine Befreier

sein sollten. Zwischen 1941 und 1944 ermordeten die SS und Wehrmacht über ein Viertel der weißrussischen Bevölkerung, also fast zweieinhalb Millionen Menschen. Der Deutsche Vernichtungskrieg traf besonders die Zivilbevölkerung. Mehr als 200 Städte und ungefähr 9000 Dörfer, waren nach dem Krieg zerstört. Die jüdische Bevölkerung Weißrusslands, war nach dem Krieg fast vollständig getötet worden (vgl. Marples 2001b: 170ff).

Vor Ausbruch des Krieges lebten in Weißrussland fast 10 Millionen Menschen, erst Ende 1980 schaffte es die Bevölkerung wieder auf diesen Stand.

Die Widerstandsbewegung in Weißrussland zählte zu den Stärksten in Europa. Neben dutzenden Partisanengruppen, bildete sich eine Untergrundbewegung, welche sich als Weißrussische Unabhängige Partei bezeichnete. Diese hatte das Ziel, einen weißrussischen Nationalstaat zu schaffen. Die Anhänger kämpften gegen die Wehrmacht und die Rote Armee.

Im Jahr 1943 schaffte es die Sowjetunion den Osten des Landes wieder unter ihre Kontrolle zu bringen und befreite im Sommer 1944 das komplette weißrussische Gebiet. Damit war Weißrussland wieder eine Sowjetrepublik (vgl. Marples 2001b: 173ff).

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Wiederaufbau. Dazu wurde eine große Zahl an Russen als Fachkräfte ins Land geholt, beziehungsweise unter sowjetischer Führung dort hinbeordert, um der dort angesiedelten Industrie Aufschwung zu verleihen. Darunter litt allerdings die weißrussische Kultur und Sprache, da diese dem russischen untergeordnet wurde und so im Alltagsgebrauch vernachlässigt wurde (vgl. Dingles 2001: 427ff; Bieder 2001: 451ff).

Im Westen Weißrusslands nahmen Repressalien der SU zu, die bis zu Stalins Tod andauern sollten. Diese äußerte sich besonders in den Bereichen Politik, Kultur und Religion. Unter Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, der nach Stalins Tod in der Sowjetunion an die Macht kam, lösten sich die Repressalien wieder. Die Tauwetter-Periode, die Zeit größerer Freiheiten und Auflockerungen, die nach Stalins Tod in allen Staaten des Ostblocks zu spüren waren, war auch in Weißrussland bis 1964 präsent (vgl. Marples 2001a: 166ff).

Unter Leonid Breschnew stabilisierte sich Weißrussland zunehmend und erlangte einen bescheidenen Wohlstand (vgl. Kischtyman 2001: 258ff).

Die nach dem Krieg betriebene Russifizierung mischte sich mit einer beginnenden Modernisierung, sodass Russisch bald als modern angesehen wurde. Die eigene Sprache

wurde eher als veraltet wahrgenommen, darüber hinaus musste man Russisch sprechen um eine achtbare Arbeit zu bekommen (vgl. Holtbrügge 2002: 46).

Die Politik unter Leonid Breschnew setzte gezielt auf den Volksgedanken. Einzelne Nationen sollte es nicht mehr geben, sondern eine Einigkeit und ein Einheitsgedanke sollten entstehen, um ein sowjetisches Volk zu sein.

Der Transkulturationsprozess wurde, von allen Sowjetrepubliken, am stärksten in Weißrussland umgesetzt. Teilweise lässt sich dies auch mit der Partisanenbewegung begründen, die anders als die Weißrussische Unabhängige Partei, fast ausschließlich gegen die deutschen Besatzer kämpfte und deshalb auch von der Roten Armee unterstützt wurde. Die Partisanenbewegung genoss auch nach dem Krieg hohes Ansehen innerhalb der Bevölkerung. Viele ehemalige Mitglieder wurden in Regierungsfunktionen berufen.

Unter Michael Gorbatschow, dem letzten Präsidenten der Sowjetunion von 1985 bis 1991, sollten die Repressionen schließlich ein Ende haben. Durch seine Politik der Offenheit, Transparenz und Öffentlichkeit, öffneten sich die Archive und die stalinistischen Verbrechen wurden aufgedeckt. Es wurde bekannt, dass schätzungsweise eine Millionen Weißrussen unter sowjetischer Herrschaft getötet wurden, was zu einer Zunahmen an Sozialismuskritikern führte, welche sich in einer anti-sowjetischen Opposition zusammenschlossen. Der Nationalgedanke, die Katastrophe von Tschernobyl in der Ukraine, bei der die Evakuierung viel zu spät durchgeführt wurde, und die Auffindung, eines mit über 250 000 Toten, riesigen Massengrabes aus der Zeit Stalins, brachten der Opposition verstärkten Zuwachs.

Allerdings zeigte sich, dass die Opposition noch nicht stark genug war, denn als es im März 1991 zur Abstimmung kam, bei der entschieden werden sollte, ob die Sowjetunion weiter bestehen sollte, waren in Weißrussland 82 Prozent der Menschen für einen Erhalt.

Allerdings schloss sich Weißrussland noch im selben Jahr den baltischen Staaten und der Ukraine an, die ihre Unabhängigkeit von der SU erklärten (vgl. Grotzky 2012: 295).

Am 25. August 1991 wurde die Republik Belarus ins Leben gerufen. Gerade wirtschaftlich war die Auflösung der Sowjetunion eine Katastrophe. Die Wirtschaft war stark mit jener, der anderen Sowjetrepubliken verknüpft, sodass diese nach der Neugründung fast komplett zusammenbrach. Die Opposition war gespalten und ebnete bei den Präsidentschaftswahlen 1994 den Weg für Aljaksandr Ryhorawitsch Lukaschenko. Der neue Präsident, der sich vor der Wahl volksnah gab und der Bevölkerung den, wie unter Breschnew, höheren

Lebensstandard versprach und die Stabilität, sowie die Bedeutung des Landes wiederherstellen wollte, wurde vor allem von der älteren Generation mit offenen Armen empfangen (vgl. Gieler 2013: 56f; Bingen/ Wycicki 2002: 183). Die Wahl wurde sowohl von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), als auch von den USA als fragwürdig eingestuft und von Korruptionsvorwürfen begleitet.

Nach der Wahl begann Lukaschenko die Opposition, die freie Presse und die Zivilgesellschaft erst einzuschränken und im Laufe der Zeit zu verbieten. Es kam zu Verboten gegen Zeitungen und Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst. Oppositionelle wurden inhaftiert und die Aushebelung der Gewaltenteilung wurde angestrebt (vgl. Holtbrügge 2002: 59ff).

Am 24. November 1996 konnte sich der Präsident Lukaschenko, bei einem Volksreferendum erhebliche Machtzugewinne sichern, unter anderem das Recht der Ernennung von Richtern.

Die Beziehung zu Russland kühlte sich nach dem Antritt Wladimir Putins als russischer Präsident ab und die Republik Belarus orientierte sich an den Staaten Nordkorea, Iran, Sudan, Venezuela und China.

Im Jahr 2001 bestätigte sich Lukaschenko, bei einer vermutlich verfassungswidrigen Abstimmung, erneut als Präsident (vgl. Sahn 2001: 178ff).

Im Referendum von 2004 versuchte Lukaschenko die Verfassung zu ändern, um als Präsident an keine Amtszeiten mehr gebunden zu sein, solange er vom Volk bei Wahlen bestätigt wird. Durch eine extreme Vorwahlkampagne des Präsidenten und Einschüchterungen der Opposition, wurde das Referendum schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

#### **4 Zusammenfassung**

Die geschriebene Geschichte Polens beginnt, anders als die weißrussische, schon im Mittelalter. Als Nation bildete sich Weißrussland erst 1918 heraus, mit der Loslösung von der Sowjetunion und dem Ausruf der freien und unabhängigen Weißrussischen Volksrepublik. Darin besteht auch das größte Problem der Geschichte dieses Landes. Als Ausgangspunkt einer weißrussischen Darstellung, vielmehr aus praktischer, als aus konzeptioneller Sicht, wird das heutige Gebiet der Republik Weißrussland genommen. Ebenso fehlen dieser „verspäteten“ und „verhinderten“ Nation historische Wurzeln (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 13). Mit einem solchen, unter nationalistischen Gesichtspunkten

gesehenen Defizit, hatte Polen weniger zu kämpfen. Die polnischen Teilungen überstand das Land als Nation und konnte in der Geschichte durch Zusammenschlüsse mit anderen Nationen sein Einflussgebiet oft ausdehnen.

Polen und Weißrussland verbindet neben der einerseits gemeinsamen Geschichte auch, wie für das östliche Europa typisch, Teil eines größeren Herrschaftsverbandes zu sein. In Weißrussland beginnt dieser Teil der Geschichte mit den Kiewer Rus und geht weiter zum Kampf mit dem Deutschen Orden, an dem Weißrussland als Teil des Großfürstentums Litauen beteiligt war. In der polnisch-litauischen Adelsrepublik kämpften Weißrussland und Polen sogar Seite an Seite. In der Sowjetunion sollte die Geschichte beide Länder ebenfalls wieder zusammenführen.

Im Mittelpunkt der Lenin-Stalinistischen Nationalitätenpolitik stand die Nationsbildung, der Weißrussland als eigenstaatliche weißrussische Sowjetrepublik auch Folge leistete. Allerdings wurden die neu gegründeten Nationen, durch einen ideologischen Konformitätszwang und den politischen und auch wirtschaftlichen Zentralismus, daran gehindert, ihre nationalen Attribute auszuleben. Einzelne Zeitpunkte sind jedoch, besonders in der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, als Polen und Weißrussland eigene Gestaltungsmöglichkeiten besaßen, von diesem übergeordneten Zwang ausgeschlossen gewesen, (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 14).

Wirtschaftlich standen ab den 1920er Jahren die Zeichen in der Sowjetunion auf Wiederaufbau. Die exzessive Instandsetzung des Industriebereichs wurde durch Eingriffe des Staates reguliert. Im Laufe der Jahre, gelang es, unter Lenins Führung, die Wirtschaft durch eine liberale Haltung auf einem gleichmäßigen Niveau zu halten. Ebenfalls wurde die Sozialpolitik, unter sowjetischer Führung, doch weitestgehend nationaler Direktion überlassen, sodass die Gesellschaft ihre eigene Kultur pflegen konnte. In dieses Jahrzehnt fallen auch keine größeren Streiks oder andere Aufstände.

Die Übergangszeit zwischen 1920 und 1930 war geprägt von Urbanisierung. Besonders in Weißrussland wurden russische, aber auch weißrussische Menschen in die Industriestädte umgesiedelt. Die aufgestellten Fünfjahrespläne wurden durch den Bau von neuen Fabriken unterstützt, zeitgleich verschlechterte sich allerdings die Situation der Bauern, die mit einer Kollektivierung ihres Berufszweiges nicht einverstanden waren. Die sowjetische Führung sah sich zu Säuberungsaktionen gezwungen, bei denen nicht nur viele Menschen starben,

oder in Arbeitslager umgesiedelt wurden, sondern auch die kulturelle Entwicklung in Polen, besonders aber in Weißrussland, Schaden nahm (vgl. Marples 2001a: 145ff).

Neben Deutschland, versuchte auch die Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs ihr Einflussgebiet zu erweitern. Besonders Polen litt unter der Aufteilung seines Staatsgebiets zwischen der SU und Deutschland. Aber auch auf Gebieten Weißrusslands waren die Kampfhandlungen besonders zerstörerisch.

Nach dem Krieg sollte sich die Lage für Weißrussland und Polen unter der Terrorherrschaft Stalins auch nicht wesentlich verbessern. Zwar kann auf einen wirtschaftlichen Aufschwung zurückgeblickt werden, allerdings wurde die nationale Identität besonders unterdrückt.

Die *Tauwetter-Periode*, eine Zeitspanne, nach dem Tod Stalins, die den Staaten des Ostblocks mehr Freiheiten durch die SU zuließ, sollte die Lage unter dem neuen Amtsinhaber Chruschtschows, wieder deutlich zum Positiven entwickeln (vgl. Marples 2001b: 167ff). Die nationale Identität konnte sich in den einzelnen Ländern wieder frei entfalten, allerdings litt die Wirtschaft unter dem Wettbewerb der SU mit den USA.

Weißrussland konnte sich, durch die Möglichkeit die Politik des Landes, zum Teil, selbst gestalten zu können, die eigene Kultur behalten. Die Verbindung aus eigener Regierungstätigkeit und dem Umsätzen der sowjetischen Vorgaben, bescherten dem Land zeitweise ein Wirtschaftswachstum (vgl. Marples 2001b: 172ff).

Unter der Führung Leonid Iljitsch Breschnew wurde nicht nur der wirtschaftliche Aufschwung wieder gestoppt, auch die Repressalien und der Druck auf die Bevölkerung nahmen wieder zu. Die Sowjetunion versuchte ihr Einflussgebiet zu erweitern, was sich besonders im Jahr 1979 zeigte, als man sich in den Afghanistankonflikt einmischte. Die wirtschaftlichen Vorgaben der sowjetischen Führung verstärkten die Krise weiter (vgl. Schröder 2003: 14f).

Mit dem Staatspräsidenten Michail Sergejewitsch Gorbatschow änderte sich die Politik der Sowjetunion grundlegend. Neben den eingeleiteten Entwicklungsreformen, öffnete sich auch die Politik und ermöglichte der Gesellschaft einen Weg der Umgestaltung zu beschreiten. Die einzelnen Sowjetrepubliken begannen sich eigenständig zu entwickeln. Die veralteten Strukturen wurden aufgebrochen und schufen eine Bewegung, die zur Auflösung der Sowjetunion führen sollte (vgl. Altrichter 1993: 176ff).

## **D Ländervergleich**

### **1 Polen**

Mit der Aufnahme Polens 1999 in die NATO und dem Beitritt zur Europäischen Union 2004, dessen Vorsitz das Land 2011 sogar erstmals übernahm, scheint die Transformation zur Demokratie vollzogen zu sein. Durch die Verwandlung von einem Ostblockstaat zu einem vollwertigen wirtschaftlichen und politischen Partner innerhalb der EU, scheint das Kapitel der Jahrhunderte langen Unterdrückung und Zerteilung Polens, endgültig beendet worden zu sein.

Mit einer Einwohnerzahl von 38,48 Millionen (vgl. Auswärtiges Amt: Polen 2015), von der die Mehrheit, 33,7 Millionen, sich zum katholischen Glauben bekennt, hat Polen eine besonders starke religiöse Mehrzahl. Der Volksgruppenanteil in Polen ist mit 96,7 Prozent Polen, ebenfalls besonders hoch, gefolgt von 0,4 Prozent Deutschen und ca. 0,1 Prozent Weißrussen, Ukrainer und anderer. Nach Schätzungen des deutschen Auswärtigen Amtes leben rund 20 Millionen Polen im Ausland. Die Landessprache Polnisch wird von ca. 97,8 Prozent der Bevölkerung gesprochen (vgl. Auswärtiges Amt: Polen 2015).

Das Land liegt in der Mitte Europas und die Fläche des Staatsgebiets beträgt 321 679 Quadratkilometer. Das westliche Nachbarland ist Deutschland und im Süden die Slowakei und die Tschechische Republik. Die östlichen Nachbarländer bestehen aus Weißrussland, Litauen und der Ukraine. Der Norden grenzt an die Ostsee und die russische Republik Kaliningrad (vgl. Nordbeck 2013: 389).

Mit seiner 38,48 Millionen großen Bevölkerung steht Polen an achter Stelle innerhalb Europas und an sechster Stelle in der EU (vgl. Nordbeck 2013: 389).

#### **1.1 Wirtschaft**

Nach 1989 schaffte es Polen neben den großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, auch einen wirtschaftlichen Wandel zu vollziehen. Von einer zentral gelenkten Planwirtschaft, gelang der Schritt in eine freie Marktwirtschaft durch tiefgreifende Reformen.

##### **1.1.1 Binnenwirtschaft**

Der Balcerowicz-Plan, benannt nach dem polnischen Wirtschaftswissenschaftler und liberalen Politiker Leszek Balcerowicz, der damals Finanzminister und Vizepremier war, sollte ab dem 01. Januar 1990 zu einer radikalen Umstrukturierung der polnischen

Volkswirtschaft führen. Die, hinter dieser Reform stehenden, Strategie bestand darin, sich durch makroökonomische Stabilisierung zu einer liberalen Marktwirtschaft hinzuwenden (vgl. Welfes 1993: 319).

Der Plan versuchte den Konzeptionen des Internationale Währungsfonds (IWF) zu folgen, um die polnische Volkswirtschaft zu stabilisieren. Das Ziel war die Umwandlung der Wirtschaft Polens, zu einer Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild. Dabei standen die Hauptziele der Stabilisierung sowie der wirtschaftlichen Transformation Polens im Vordergrund dieser Reform (vgl. Herberg 1996: 16).

Die erste Phase beinhaltete neben der Beseitigung der Hyperinflation, auch die Verringerung des Haushaltsdefizits. Dies sollte in möglichst kurzer Zeit realisiert werden. Dazu wurden die entscheidenden institutionellen und juristischen Maßnahmen geschaffen. Die geplante zweite Phase sollte durch prozesspolitische Maßnahmen eine Stabilisierung auf Makroökonomischer Basis, sowie generell die Systemtransformation fortführen. Die Inflationsbekämpfung stand dabei im Vordergrund (vgl. Herberg 1996: 16).

Der Plan umfasste die Schritte Liberalisierung, Stabilisierung, Privatisierung, sowie institutionelle Reformen. Im ersten Schritt wurden die Preise im Energiesektor und in den öffentlichen Leistungen angehoben und der Anteil an Subventionen bei den Ausgaben des Staatshaushalts zurückgefahren. Zeitgleich liberalisierte man die Außenhandelstätigkeiten, indem man die Monopole für Devisen und Außenhandel abschaffte (vgl. Herberg 1996: 16).

Um den Geldwert zu stabilisieren, wurde im zweiten Schritt die Politik für Wechselkurse, sowie die Geldpolitik und Fiskalpolitik einer liberalen Wirtschaftspolitik untergeordnet. Der Zloty wurde abgewertet und anfangs an den US-Dollar gekoppelt und später an einen Währungskorb. Um die Inflation eindämmen zu können, wurden bei der Einkommenspolitik, sowie der Kreditpolitik, restriktive Maßnahmen unternommen. Damit der Staatshaushalt einigermaßen ausgeglichen gestalten werden konnte, sollten Subventionen der Wirtschaftsunternehmen abgebaut und wichtige Investitionen erstmals eingeschränkt werden. Die Neuverschuldung Polens sollte fortgesetzt werden, allerdings wurde die Finanzierung durch Kreditausgabe kommerzieller und der staatlichen Banken durchgeführt und nicht wie früher durch Geldschöpfung (vgl. Herberg 1996: 16f).

Der wohl größte Schritt, den der Balcerowicz-Plan vorsah, war die Privatisierung. Sie hatte zum Ziel, sich dem Niveau schon entwickelter Länder im Bereich der Eigentumsstruktur,

anzugleichen. Der Zeitraum war auf 5 Jahre veranschlagt und das Parlament brauchte bis Juli 1990 um sich dafür auszusprechen. Um einen reibungslosen Ablauf gewährleisten zu können, wurde eigens ein Ministerium geschaffen, um sich mit Eigentumsübergängen zu beschäftigen und um die Interessen des Staates wahrzunehmen. Um einen schnelleren Ablauf zu ermöglichen versuchte man das Konzept einer Massenprivatisierung umzusetzen, worauf man sich allerdings erst Mitte 1993 einigen konnte (vgl. Herberg 1996: 17).

Bei den institutionellen Reformen setzte man erstaunlicherweise auf altbekannte Änderungen. Das Handelsgesetzbuch von 1934 und das alte Konkursrecht wurden mit einigen Neuerungen zurück ins Leben gerufen und ausländischen Geldgebern wurde es ermöglicht, sich mit ihrem Kapital an der polnischen Wirtschaft zu beteiligen. Des Weiteren wurde an der Reform im Bankensektor weiter festgehalten. Dies sollte der Ausgangspunkt für die Schaffung eines Kapitalmarktes werden (vgl. Herberg 1996: 17).

Das Steuersystem konnte erst Mitte 1993 reformiert werden, genauso wie die Einführungen des Wettbewerbsrechts. Zur selben Zeit wurde die Mehrwertsteuer in Polen gültig (vgl. Herberg 1996: 17f).

Die größten Probleme bei der Umsetzung des Balcerowicz-Plans bestanden in der Umwandlung der Staatsbetriebe in Privateigentum. Denn es kam zu hunderttausenden Neugründungen von privaten Betrieben, was wiederum, zusammen mit der volkswirtschaftlichen Öffnung, zu einem Anstieg des Wettbewerbs auf Seiten der Anbieter führte. Dieser machte sich schon 1992 im Wachstum der Wirtschaft bemerkbar. Außerdem verdeckte dies die schleppende Privatisierung der Staatsbetriebe und die sich nur langsam entwickelte marktfreundliche Gesetzgebung. Gerade der Sektor der Schwerindustrie konnte nicht nach gewünschtem Maß privatisiert werden und musste, beziehungsweise, immer wieder durch Subventionen unterstützt werden. Die Folge dieser staatlichen Unterstützung sind eine wachsende Verschuldung Polens, sowie große Lücken im Haushalt. Dem versucht die Regierung mit Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen entgegenzuwirken (vgl. Pysz 2011: 26).

### **1.1.2 Außenwirtschaft**

Die entscheidende Veränderung der polnischen Außenwirtschaftspolitik wurde mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens, am 16. Dezember 1991, mit der EU vollzogen. Das Ziel dieses Abkommens war, im engeren Sinne, die Schaffung einer

Freihandelszone, um im weiteren Verlauf den EU-Beitritt zu fixieren. Eine der Voraussetzungen für einen positiven Beitritt war es, eine Zollunion herzustellen.

Mit der Öffnung der Wirtschaft für den Westen, stiegen die ausländischen Direktinvestitionen erheblich an.

Ein weiterer entscheidender Schritt, in der Außenwirtschaft Polens war der Austritt aus dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Zu Zeiten der Planwirtschaft ermöglichte der RGW den Austausch von Investitions- und Konsumwaren mit der Sowjetunion, die im Gegenzug die Mitgliedsländer mit Rohstoffen versorgte. Die eintretende Liberalisierung der Wirtschaft Polens ab 1990er Jahren und die allgemeine Öffnung und Zuwendung zum Westen, lies den osteuropäischen Handel zusammenbrechen. (vgl. Dauderstädt 2004: 15).

Auch die Aufgabe eines Staatsmonopols im Außenhandel, sowie die Umstellung der Verrechnung zu Preisen des Weltmarktes, sollten den Transformationsprozess in Polen einleiten. Die gestärkten Verbindungen zwischen Polen und der EU in außenwirtschaftlichen Beziehungen, besonders bei Ein- und Ausfuhren, sowie Europäische Direktinvestitionen, verhalfen Polen zur Transformation in eine offene Volkswirtschaft (vgl. Dauderstädt 2004 15f).

## **1.2 Politik**

Die Politik Polens war in der Phase der Transformation von extremen Spannungen begleitet. Außenpolitisch versuchte das Land den Spagat zwischen einer guten nachbarschaftlichen Beziehung zu Russland und einer Öffnung wie auch Zuwendung zum Westen zu meistern. Dabei stand die Integration zum Westen allerdings stärker im Fokus und das, durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, entstandene Vakuum, wollte Polen mit dem Beitritt zur NATO füllen.

Der positive Druck, seitens der EU, über eine erfolgreiche Integration Polens, sollte ein weiterer Motor der Transformation werden. Von diesem Weg ließen sich auch die wechselnden Regierungen in Polen, trotz teilweise ablehnender Haltung der Gesellschaft, nicht abbringen, was 2004 zu einem erfolgreichen Beitritt führte.

### **1.2.1 Innenpolitik**

Die Innenpolitik Polens war gerade in den Anfangsjahren nach der Wende, von einer außenpolitischen angespannten Lage beeinflusst. Dabei musste sich Polen einen Platz zwischen Russland und den westlichen Staaten erst erkämpfen. Die Leere, nach dem Ende

der Sowjetunion, versuchte Polen dabei weitestgehend mit dem forcierten NATO-Beitritt zu füllen, was wiederum dem Nachbarn Russland überhaupt nicht gefiel. Die Innenpolitik wurde weitestgehend zu Gunsten der Außenpolitik umgestaltet, damit die Integration zum Westen gelingen konnte (vgl. Frantz 2000: 70).

Vor dem Ende der kommunistischen Herrschaft 1989, stand allerdings die Innenpolitik Polens im Vordergrund, da es bis zu diesem Zeitpunkt praktisch keine Außenpolitik gab. Auf die Außenpolitik wird im folgenden Kapitel dennoch genauer eingegangen.

Der Weg zur Unabhängigkeit wurde schon im Jahr 1976 gelegt. Als Mitte 1976 versucht wurde, die Preise in Polen zu erhöhen, versank das Land in einer Welle von Protesten. Die Regierung reagierte darauf mit Repressionen und es kam zur Gründung des Komitet Obrony Robotników (deutsch: Komitee zur Verteidigung der Arbeiter), aus dem ein Jahr später das Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung entstand. Das Ziel dieses Komitees war, eigene Handlungsräume zu erlangen und sich vom kommunistischen System und des in Polen herrschenden Einparteiensystems zu lösen (vgl. Ziemer 1997: 176).

Die parteiunabhängige Solidarność Gewerkschaft verkörperte den innenpolitischen Willen des Volkes auf Veränderung wie kaum eine andere Bewegung und war trotz des Verbots und dem davor ausgerufenen Kriegsrechts 1981, nicht aus den Gedanken der Gesellschaft zu verdrängen. Der Anfang 1989 stattgefundene Runde Tisch, der aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage, von der Parteiführung einberufen wurde, ging auf das Wirken der Solidarność Gewerkschaft zurück. Die Resultate, die aus diesem Runden Tisch hervorgingen, sind insofern von Bedeutung, dass sie einerseits einen Kompromiss zwischen der regierenden Elite des Landes und der Opposition darstellten und andererseits, den sozioökonomischen Systemwechsel einleiteten (vgl. Ziemer 1997: 176).

Das semipräsidentielle System, das aus eben diesem Runden Tisch hervorging, stattete den neuen Präsidenten, den ehemaligen General Wojciech Witold Jaruzelski, mit fast denselben Kompetenzen aus, die er davor als Vorsitzender seiner Partei inne hatte. Als Ende der 1990 Lech Wałęsa zum neuen Staatspräsidenten gewählt wurde, mussten die Kompetenzen des Präsidentenamts geändert werden. Als ehemaliger Beisitzer am Runden Tisch, damals kritisierte Lech Wałęsa die Befugnisse des Präsidenten noch als zu umfangreich, versuchte er sie nun auszuweiten und es kam zu Konflikte zwischen dem Präsidenten und dem Parlament (vgl. Ziemer/Matthes 2002: 219).

Auch in der Folgezeit sollten sich die Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Präsident weiter verschärfen. Die Regierung wechselte fast im Jahresrhythmus und bei den Wahlen zum Parlament 1993, sowie zwei Jahre später zum Präsidenten, gehörten die Regierungskoalition jeweils anderen politischen Lagern an (vgl. Ziemer 1997: 176).

Dennoch schaffte es Lech Wałęsa 1993 die Schlüsselpositionen der Minister für Innen-, sowie für Außenpolitik und für Verteidigungspolitik mit eher linken Gefolgsleuten zu besetzen. Dies was jedoch verfassungsrechtlich nicht ganz abgedeckt war und hatte zur Folge, dass sich, trotz einer zwei Drittel Mehrheit der Mandate im Parlament, Personalentscheidungen sehr lange hinzogen und die Regierung instabil war (vgl. Ziemer 1997: 176f).

Der Weg zu einer neuen Verfassung gestaltete sich als ähnlich schwierig wie die Regierungsbildung. Nach den eher undemokratischen Parlamentswahlen 1989, traute die Bevölkerung den Parlamentsmitgliedern nicht zu eine neue Verfassung auszuarbeiten. Auch 1991 stand die Wahl unter zweifelhaften demokratischen Bedingungen, weshalb es auch zu keiner neuen Verfassung kam. Erst ein Jahr später wurde eine *kleine Verfassung* verabschiedet, eine Stabilität innerhalb der Regierung, konnte diese allerdings noch nicht gewährleisten (vgl. Ziemer 1997: 176).

In der Zeit 1989 bis 1996 vor der Unabhängigkeit, gab es in Polen neben sieben unterschiedlichen Kabinetten, auch zwei durch das Parlament gewählte Ministerpräsidenten, die es allerdings nicht schafften, eine Regierung zu bilden (vgl. Ziemer 1997: 176).

Die Verfassung von 1997, die durch eine Volksabstimmung, schließlich am 25. April angenommen wurde, sollte die Regierung stärken. In ihr war ein konstruktives Misstrauensvotum eingearbeitet, welches die einzige Möglichkeit für das Parlament war, die Regierung zu stürzen. Dies galt allerdings nicht für einzelne Minister. Das Präsidentenamt musste einige kleinere Kompetenzen einbüßen, unter anderem wurde das Vetorecht des Präsidenten eingeschränkt und konnte schon von 60 Prozent der anwesenden Abgeordneten abgewiesen werden (vgl. Ziemer 1997: 176).

Die neue Verfassung stärkte den Verfassungsgerichtshof, der jetzt verfassungswidrige Gesetze ablehnen konnte, was auch durch das Parlament nicht rückgängig gemacht werden kann (vgl. Ziemer 1997: 176).

### **1.2.2 Außenpolitik**

Nach Ende der sowjetischen Herrschaft setzte Polen seinen konsequenten Weg zur Wiedereingliederung in Europa auch außenpolitisch fort. Tadeusz Mazowiecki, erster Premierminister einer nicht kommunistischen polnischen Regierung, hatte gerade in seiner Anfangszeit viele politischen Neuerungen und Änderungen zu bewältigen. Neben den schon erwähnten innenpolitischen Veränderungen, mussten auch die Außenpolitik und die ökonomische Transformaton gemeistert werden. Dabei versuchte die Regierung ihre Ziele klar zu formulieren. Sie wollten eine äußere Souveränität mit innerer Unabhängigkeit für Polen schaffen (vgl. Lang 2011: 58).

Dabei wurde versucht weder den Nachbarn Russland zu verärgern, genauso wenig wollte man sich den Weg Richtung Westen verschließen. Die außenpolitischen, zwischenstaatlichen Beziehungen mit den direkten Nachbarländern sollten zu Beginn der Unabhängigkeit einer weiteren Veränderung bevorstehen. Waren es vor 1989 nur drei direkte Nachbarstaaten, musste man sich außenpolitisch innerhalb kürzester Zeit plötzlich mit sieben Nachbarländern verständigen. Polen setzte dabei besonders auf gute Beziehungen mit Russland und Deutschland und erlangte 1993 einen ersten Erfolg als Russland seine, noch in Polen stationierten, Truppen abzog. Damit war ein weiterer Schritt Richtung Westen getan, denn das klare Ziel Polens, nach der Unabhängigkeit, war, sich dem wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Weg der Europäischen Union anzuschließen (vgl. Lang 2011: 58).

Im Jahr 1991, wurde, mit dem Putschversuch gegen Boris Nikolajewitsch Jelzin, dem damaligen Präsidenten Russlands, sowie generell dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der von Polen forcierte Weg zur Aufnahme in die NATO beschleunigt. Die anfänglich ablehnende Haltung der NATO-Mitglieder, allen voran der USA, die ihrerseits eine Verschlechterung ihrer Russlandpolitik befürchteten, wurde erst durch die Clinton-Regierung aufgegeben. Dabei spielte Deutschland auch eine entscheidende Rolle, welches entschlossen auf eine Aufnahme Polens drängte, um die noch am Anfang stehende junge Demokratie im Osten zu stärken (vgl. Lang 2011: 58).

Die im Jahr 1994 gegründete Partnerschaft zwischen den NATO-Mitgliedsländern und einigen asiatischen, sowie osteuropäischen Staaten, unter anderem auch Polen, gab wohl den Zuschlag für eine Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik 1999. Mit der Aufnahme konnte sich Polen vor einer möglichen starken Einflussnahme

Russlands absichern und bekam zudem den Schutz der Bündnispartner, allen voran der Atommacht USA (vgl. Lang 2011: 58f).

Nach der NATO-Mitgliedschaft versuchte sich Polen auch weiter als Partner für die Europäische Union anzubieten. Auch hier herrschten zunächst Vorbehalte, unter anderem waren die Angst vor den möglichen Kosten, der vielleicht eintretende Machtverlust einiger Mitglieder und ein denkbarer Stillstand bei künftigen Entscheidungen, Gründe für eine ablehnende Haltung. Mit dem Europaabkommen Ende 1991, indem ein Bekenntnis enthalten war, dass die Aufnahme Polens gewährleistet sollte, sowie dem erneuten Drängen Deutschlands, das bis zur EU-Erweiterung eine ungewünschte Randlage inne hatte, wurden die Weichen für einen positiven Beschluss zur Aufnahme gestellt. Unter der Voraussetzung einiger Bestimmungen im politischen und wirtschaftlichen Bereich, die Polen alle erfüllen konnte, begannen 1998 die Beitrittsverhandlungen mit der EU. Um endgültig Mitglied der Europäischen Union zu werden, musste das Land allerdings erstmals sein Rechtssystem anpassen, sowie die Ökonomie auf ein ähnliches marktwirtschaftliches Level wie die anderen Staaten bringen. Gerade im ökonomischen Bereich gab es allerdings einige unterschiedliche Auffassungen. Polen versuchte gleich zu Beginn die Landwirtschaftspolitik im System zu integrieren, musste sich allerdings auf eine Übergangsperiode einlassen (vgl. Lang 2011: 59).

Bevor am 1. Mai 2004 der endgültige Beitritt Polens verkündet werden konnte, wurde im Land noch ein Referendum abgehalten. Die Wahlbeteiligung lag dabei bei fast 60 Prozent, wobei sich über 77 Prozent für einen Beitritt aussprachen. Diese doch deutliche Zustimmung ermöglichte es Polen 2004 ein vollwertiges Mitglied der Europäischen Union zu werden (vgl. Lang 2011: 59).

Vor 1989 war die Außenpolitik Polens kaum bis überhaupt nicht vorhanden. Bevor der steile Aufstieg begann, der mit der Mitgliedschaft in der EU seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, war die Außenpolitik nur auf die Interessen der Sowjetunion ausgerichtet.

### **1.3 Kultur**

Polen hatte schon immer eine Art Sonderstellung innerhalb der sozialistischen Ostblockstaaten. Dieser war allerdings nicht formaler Natur, denn auch in Polen regierte die kommunistische Partei und versuchte ihre Ideologie und den demokratischen Zentralismus umzusetzen. Auch die Wirtschaft, mit ihrer zentralen Planwirtschaft, unterschied sich nicht von den anderen sozialistischen Ostblockstaaten. Die Begeisterung

für den Kommunismus hielt sich in Polen aber in Grenzen, was zur Folge hatte, dass es zu einer liberaleren Wirtschaftspolitik kam und die Ideologie der kommunistischen Partei kaum Verankerungen in den Köpfen der Bevölkerung fand (vgl. Gaber 2007: 139).

Während des Sozialismus entwickelten sich in Polen verstärkt zwei kulturelle Faktoren: der Nationalkatholizismus, der auch im Kapitel Zivilgesellschaft in Polen eine zentrale Rolle spielen wird und das sogenannte Nicht-Obrigkeitsdenken (vgl. Gaber 2007: 148).

Der Nationalkatholizismus nahm besonders nach dem Zweiten Weltkrieg eine bedeutende Stellung in der Bevölkerung Polens ein, büßte doch das Land, durch den Krieg und die Vernichtung der polnischen Juden, an Kultur, Religiosität und Ethnie, eigentlich ihre gesamte Vielfältigkeit ein. Dies führte allerdings zu einem Zusammenschluss des religiösen Verständnisses, mit dem kulturellen. Die kommunistische Unterdrückung nach dem Zweiten Weltkrieg, sowie die daraus resultierenden Religionsverbote, verstärkten das nationale Bewusstsein der Gesellschaft. (vgl. Gaber 2007: 151).

Das als Kriegsoffer aus dem Zweiten Weltkrieg gekommene Land musste bis 1956 gegen die stalinistische Unterdrückung weiterkämpfen, die es in der Anfangszeit besonders auf die katholische Religion abgesehen hatte. Dies hatte allerdings zur Folge, dass sich der Katholizismus in Polen nicht etwa zurückbildete, sondern vermehrt an Einfluss in der Gesellschaft gewann. Als im Jahr 1956 der polnische Stalinismus beendet wurde, hatte sich die Kirche die Stellung als einziger verbleibender Gegenspieler des Staates etabliert. Als sich die Opposition, die in der Anfangszeit unter dem Deckmantel der Kirche agierten, im Laufe der Jahre als antikommunistischen Widersacher etablieren konnte, übernahm die katholische Kirche eine Vermittlerfunktion. Die Gewerkschaft Solidarność und die katholische Kirche standen ebenfalls in enger Verbindung, da sich Solidarność immer wieder auf katholische Traditionen berief (vgl. Gaber 2007: 151).

Der andere kulturelle Faktor, das Nicht-Obrigkeitsdenken, zeigte sich besonders in der ablehnenden Haltung der polnischen Gesellschaft gegen die kommunistische Regierung. Die Gründe dafür waren vielfältig. Zum einen gab es generell eine ablehnende Haltung gegen die Sowjetunion, genauso wie gegen die polnischen Kommunisten, zum anderen standen die Moralvorstellungen und der Wert der katholischen Kirche im Gegensatz zu den Werten des Staates. Wie fest diese kulturelle Haltung in der Gesellschaft verankert war, zeigt sich an der langen Dauer, welche die Kommunisten brauchten, um die Macht in Polen übernehmen zu können. Nach zwei Jahren und nur mit Hilfe aus Moskau, gelang es

schließlich den Sowjetkommunismus in Polen zu etablieren. Allerdings zeigte sich in einer Vielzahl an Streiks und Protesten, dass die polnischen Bürger mit ihren neuen Herrschern, nicht zufrieden waren (vgl. Gaber 2007: 151).

Die politische Kultur der Gesellschaft teilte sich in zwei Spalten. Zum einen entstand eine Kultur, die sich an den Sozialismus anpasste und auf die öffentliche Lebenswelt bezogen wurde, demgegenüber entwickelte sich eine politische Kultur im Privaten, die geprägt war von traditionellen und katholischen Werten (vgl. Gaber 2007: 152).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die politischen Veränderungen von 1989 stark mit der politischen Kultur der 1970er und 1980er Jahre zusammenhängen. Trotz des Kommunismus spielte in Polen der Nationalkatholizismus eine bedeutende Rolle und erklärt, zusammen mit dem Nicht-Obrigkeitsdenken, die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen die neue Regierungsform. Besonders deutlich wird dies durch den aufkeimenden Widerstand gegen den polnischen Kommunismus und die immer wieder stattfindenden Proteste in den folgenden Jahren. Trotz dieser Bewegungen, zeigte sich die Mehrheit der Bevölkerung apolitisch, was sich erst durch die Gewerkschaft Solidarność zu Beginn der 1980er Jahre änderte. Entscheidend für die ablehnende Haltung gegen die Idee des Sozialismus als Ganzes, war wohl die Verhängung des Kriegsrechts 1981. Zuvor war nicht die Idee des Sozialismus Teil der Ablehnung, sondern der real existierende Sozialismus, den der Staat ausübte (vgl. Gaber 2007: 162).

#### **1.4 Sozialwesen**

Das polnische Sozialwesen, besser gesagt der polnische Bildungsstandard, war gerade in der Anfangszeit, nach den politischen Umbrüchen 1989, gezeichnet durch einen unkoordinierten und chaotischen Wandel der Institutionen. Die teilweise eingeleiteten Reformelemente waren oftmals widersprüchlich. Allerdings stand das Ziel, sich vom sozialistischen Erbe loszulösen und die Bildungspolitik des Landes zu modernisieren, trotz der schwierigen Zustände, immer im Vordergrund. Das Bildungswesen wurde so umgestaltet, dass Pluralismus und Demokratie, als zentrale Position, alles überragten. Der entscheidende Schritt wurde allerdings erst 1999 mit der Reform des Bildungssystems für den geplanten EU-Beitritt gemacht. Auf territorialer Ebene wurde eine zentralstaatliche Verwaltung eingesetzt (vgl. Steier 2011: 48).

Die, noch aus dem sozialistischen Erbe stammende, Pflichtschule wurde durch eine Grundschule ersetzt, wie es die Linie der europäischen Bildungspolitik vorsieht. Generell

war und ist die polnische Bildungsreform auf diese EU-Linie ausgerichtet. Ebenso verhält es sich mit dem polnischen Hochschulwesen, welches dem der österreichischen und deutschen Hochschulen sehr ähnlich ist. Auch in Polen gibt es neben den öffentlichen Universitäten auch private Einrichtungen. Im Jahr 1990 gab es in Polen nur 112 Hochschulen. Diese Zahl hat sich innerhalb von 20 Jahren auf 454 im Jahr 2010 vervierfacht. Von diesen 454 Hochschulen sind insgesamt 131 in staatlicher Hand. Von den 1,9 Millionen Studenten, belegen allerdings 40 Prozent einerseits den Bereich der Gesellschaftswissenschaften und andererseits jenen des Rechts und Handels, was im Vergleich zum OECD-Durchschnitt, rund 10 Prozent darunter liegt, also einen erheblichen Zuwachs in diesen Bereichen bedeutet (vgl. Steier 2011: 48f).

Auch nach dem EU-Beitritt 2004 wurden die Reformen im Bereich Bildungswesen keineswegs gebremst. Im Vordergrund der Bildungspolitik stehen immer noch die Qualitätssteigerung, der Wettbewerb, sowie die Internationalisierung.

Neben der Bildungspolitik war in Polen auch die Umgestaltung des Gesundheitssystems zentrales Element der Reformpolitik. Das Gesundheitssystem entstand bereits in den 1980er Jahren, allerdings ohne bleibende Ergebnisse. Als es dann 1989 zum politischen Wechsel kam, erwartete nicht nur die Bevölkerung eine rasche Veränderung in diesem Bereich, sondern auch die anderen EU-Mitglieder. Hierfür wurde am Runden Tisch eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine Reform des Gesundheitssystems ausarbeiten sollte. Diese plädierte für ein dezentrales und beitragsfinanziertes Sozialversicherungsmodell, sowie eine Ausdehnung der ärztlichen Grundversorgung (vgl. Götting 1998: 188).

Nach intensiver Beratung, auch unter Mithilfe ausländischer Experten, wurden die Reformvorschläge Anfang 1990 vom Parlament genehmigt. Allerdings ist es bis heute bei dieser Genehmigung geblieben. Weitere Schritte wurden aufgrund der unrealistisch eingeschätzten Zieldefinitionen nicht unternommen. Der Aufschub der Reform des Gesundheitswesens wurde auch von ausländischen Beratern empfohlen. Die Weltbank, zum Beispiel, sah in der Neuschaffung des Sozialsystems, eine wirtschaftliche Destabilisierung Polens, aufgrund der zuvor eingeführten Preisstabilisierung (vgl. Götting 1998: 188).

Deshalb einigte man sich Ende 1990 auf eine abgespeckte Version der Reform, bei der besonders die Bereiche Regulierungs- und Versorgungsstruktur reformiert werden sollten. Eine Versicherung sollte zusammen mit der aufgeschobenen Sozialversicherungsreform

eingeführt werden, allerdings erst, wenn sich die finanzielle Lage Polens verbessert. Indes blieben auch bei dieser verkürzten Reform zu viele Fragen ungeklärt, sodass auch dieses Vorhaben immer wieder aufgeschoben wurde, da auch die Regierung unter keinem Reformdruck stand (vgl. Götting 1998: 188f).

Es kann also festgehalten werden, dass der Kern des polnischen Gesundheitswesens bis heute nicht vollständig reformiert wurde. Zu den einzelnen Veränderungen, die es gegeben hat, zählen zum Beispiel die Niederlassungsfreiheit der Ärzte, die Abschaffung des Arzneimittelmonopols des Staates und die Privatisierung im Bereich des Apothekensektors. Auch die erhöhte Patientenzahlung bei den Medikamentenkosten und die Zulassung der Ärztekammern als Standardvertretung der Leistungsanbieter, sind als kleinere Reform zu nennen. Der private Sektor ist im polnischen Gesundheitssystem infolgedessen angewachsen und hat an Bedeutung gewonnen (vgl. Götting 1998: 189).

Ähnlich wie dem Gesundheitswesen, erging es auch anderen Bereichen des polnischen Sozialsystems. Was allerdings nicht unbedingt nur negativ ausgelegt werden sollte. Im kommunistischen Polen gab es ein Zentralplanungssystem, welches über eine große Anzahl an Wohlfahrtsleistungen verfügte. So wurden in Polen in den 1980er Jahren in etwa 22 Prozent des BIPs in Form von Geldleistungen für Sozialbedürftige bereitgestellt. Altersrentenbezieher, genauso wie Arbeitsunfähigkeitsrentenbezieher wurden auf fünf Millionen geschätzt und diese Schätzung stieg jährlich um 100 000 Menschen. Auch die Zahl der Arbeitsunfähigen, die Sozialleistungen in Anspruch nahmen, stieg bereits Anfang der 1980er Jahre auf 3,6 Millionen. Im kommunistischen Polen war das Gesundheitssystem kostenlos, genauso wie Bildung. Ebenso gab es Krankengeld und Einkommenszuschüsse und Bedürftigen wurden Kredite gewährt, die diese nicht mehr zurückzahlen mussten. Für Studenten gab es Bildungsdarlehen und alleinerziehende Mütter erhielten finanzielle Zuschüsse (vgl. Siemieńska/Domaradzka 2008: 503).

Schon Mitte der 1980er Jahre gab es in Polen einen Diskurs um die Privatisierung der staatlichen Leistungen, da diese für das kommunistische Polen, eine erhebliche finanzielle Belastung darstellten. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre, wurden die Sozialleistungen deshalb begrenzt und es kam, im Zuge des Transformationsprozesses 1989, zu einer Umgestaltung. Aufgrund der Umstrukturierung des Finanzsystems kam es zu einer hohen Arbeitslosigkeit und die Zahl der Bedürftigen, die auf das Sozialsystem angewiesen waren, stieg an (vgl. Siemieńska/Domaradzka 2008: 503).

Deshalb wurden in den ersten Jahren der Unabhängigkeit vor allem die Unterstützungsprogramme für Arbeitslose geändert. Arbeitslosen Menschen wurden Fortbildungsmaßnahmen bezahlt und finanzielle Hilfen in Form von Arbeitslosengeld bereitgestellt. Dabei spielte der Grund der Arbeitslosigkeit zu Beginn keine Rolle. Es gab auch keine zeitliche Beschränkung und die Höhe wurde aus dem ehemaligen Einkommen errechnet. Menschen die bis zu diesem Zeitpunkt noch nie einer Arbeit nachgegangen waren, bekamen den nationalen Mindestlohn (vgl. Siemieńska/Domaradzka 2008: 503).

Ab 1991 wurden diese Leistungen von der Politik eingegrenzt. So wurden die Leistungen für Personen, die noch nie gearbeitet hatten, ausgesetzt und die generelle Zahlung auf zwölf Monate begrenzt. Diesen Veränderungen fielen gleich zu Beginn rund 27 Prozent der Empfänger zum Opfer, was zu einem Anstieg der Obdachlosigkeit in Polen führte (vgl. Siemieńska/Domaradzka 2008: 503f).

Die polnische Verfassung garantiert allerdings ihren Bürgern, das Recht, Sozialleistungen in Anspruch nehmen zu können, sollten sie aufgrund einer Krankheit, oder wegen des hohen Alters, keiner Arbeit mehr nachgehen können. Die Sozialleistungen wurden und werden auch heute noch zum Großteil von der Zentralregierung angeboten. Zusätzlich gibt es die lokalen und regionalen Verwaltungseinheiten, die auch Wohlfahrtsleistungen anbieten. Aus dem privaten Sektor kommen nur private Kindergärten und Altersheime. Welche aufgrund der hohen Kosten und eines schlechten Rufes allerdings seltener in Anspruch genommen werden. Neben dem staatlichen und dem privaten Feld gibt es in Polen seit der Unabhängigkeit und vermehrt seit dem EU-Beitritt immer mehr NGOs, die wohlfahrtsstaatliche Aufgaben übernommen haben. Gerade seit der Mitgliedschaft in der EU, bekommen die polnischen NGOs Leistungen aus dem Europäischen Sozialfond, die sie an Bedürftige in Polen weitergeben können. Auch die katholische Kirche spielt in diesem Bereich eine besondere Rolle. Dabei besteht und bestand ihr Hauptbetätigungsfeld in der Unterstützung der Armen und obdachlosen Menschen durch materielle Zuwendungen (vgl. Siemieńska/Domaradzka 2008: 506f).

Besonders belastend für den Transformationsprozess in Polen gestaltete sich der Arbeitsmarkt. Im Jahr 1993, stieg die Arbeitslosenquote auf 16,4 Prozent und erreichte damit den Höchststand der 1990er Jahre. Dieser hohe Stand, welcher der polnischen Bevölkerung aus der Planwirtschaft im Sozialismus völlig unbekannt war, gipfelte, nach etlichen Demonstrationen und sozialen Unruhen, schließlich 1994 sogar in einem

Regierungswechsel. Die polnische Volkswirtschaft wuchs in den darauffolgenden Jahren allerdings so stark, dass auch die Arbeitslosenquote deutlich zurück ging und 1998 nur noch 10,4 Prozent betrug (Pysz 2011: 30).

Ab 2002, dem schwachen Wirtschaftswachstum der Jahrtausendwende geschuldet, betrug die Arbeitslosenquote allerdings wieder 19,8 Prozent und verblieb auch in den folgenden zwei Jahren dabei (Pysz 2011: 30).

Als schließlich 2004 der EU-Beitritt stattfand, konnte gleichzeitig die Arbeitslosenquote verringert werden. Schon im folgenden Jahr betrug sie nur noch 17 Prozent und schaffte es bis 2008 sogar auf 9,5 Prozent zurückzugehen. Allerdings scheint in Polen der Arbeitsmarkt stark mit dem Wirtschaftswachstum verbunden zu sein, was zu einer Arbeitslosenquote um die 10 Prozentlinie in den letzten Jahren führte (Pysz 2011: 30).

Auch heute noch, nach der Auflösung des kommunistischen Sozialversicherungssystems Polens, sind die Folgen deutlich zu sehen. Das Sozialsystem hat viele Schwachstellen, besonders die fehlenden langfristigen Strategien und der Unwille der Regierung die Probleme zu erkennen, erschweren das Leben der Bevölkerung, die auf das System angewiesen ist. Die Sozialpolitik besteht im weitesten Sinne aus einer Politik der Umverteilung ohne eigens ausgearbeiteter Strategie (vgl. Siemieńska/Domaradzka 2008: 522f).

### **1.5 Zivilgesellschaft in Polen**

Die Zivilgesellschaft in Polen wurde schon immer von zwei gesellschaftlichen Organisationen geprägt: den Gewerkschaften und der katholischen Kirche. Dabei entwickelte sich die polnische Kirche während der Teilung Polens gegen Ende des 18. Jahrhunderts und wuchs zu einer gesellschaftlichen integrativen Kraft, aus der sich im Laufe der Zeit weitere zivilgesellschaftliche Teile abspalteten. Auch während der NS-Zeit und im späteren Sozialismus konnte sich die Kirche ihren Platz in Polens Gesellschaft sichern (vgl. Matthes 2012: 551).

Ab Mitte der 1970er Jahre formierten sich die freien Gewerkschaftsbewegungen in Polen zu einer zweiten starken Kraft neben der Kirche. Die Gewerkschaft Solidarność war allerdings viel mehr als eine Vertretung der Arbeitnehmer. Wie im Teil über die polnische Geschichte bereits erwähnt, wurde die Solidarność gegründet, um als alternative Möglichkeit der Interessenartikulation zu agieren. Sie entwickelte sich zu einer breiten Protestbewegung gegen den polnischen Sozialismus. Die katholische Kirche und die

Solidarność arbeiteten zum Teil sogar zusammen, etwa bei den fliegenden Universitäten (vgl. Matthes 2012: 551). Als fliegende Universitäten wurde die Treffen polnischer Studenten, an sich wechselnden Orten, bezeichnet, um über Themen zu diskutieren, die im offiziellen Wissenschaftsbetrieb verboten waren oder nicht behandelt wurden.

Den größten Schub erlangte die polnische Zivilgesellschaft allerdings erst, im Kampf gegen die deutschen Unterdrücker während des Zweiten Weltkriegs. Später, als im Stalinismus, ab dem Jahr 1952, Stiftungen aus den Vorkriegsjahren aufgelöst und verboten wurden und sonstige gesellschaftliche Zusammenschlüsse nur unter staatlichem Einfluss weiteragieren durften, musste sich die polnische Zivilgesellschaft in den Untergrund verlagern. Erst ab 1956, als der Staat seinen Einfluss auf die Gesellschaft mehr und mehr verlor, konnten die Zivilgesellschaften wieder vermehrt in der Öffentlichkeit agieren. Als sich, über zwanzig Jahre später, 1976 eine innenpolitische Opposition formierte, begannen sich auch die Bürger vermehrt in Gruppen zusammenzuschließen, was letztendlich zur Gründung der Gewerkschaft Solidarność führte. Dabei spielten besonders die Arbeiter, aber auch der intellektuelle Teil der Bevölkerung, eine besondere Rolle. Sie versuchten, eine neben dem Staat existierende, organisierte Gesellschaft zu etablieren (vgl. Garsztecky 2002: 6f).

Die Zivilgesellschaft schaffte es allerdings nicht, das von der Bevölkerung in sie gesetzte Vertrauen, lange aufrecht zu halten. Der gemeinsame Kampf gegen den Staat, der die Gesellschaft immer wieder mit Repressionen belegte, sollte als gemeinsamer Antrieb nicht von langer Dauer sein und sich abnutzen.

Das Jahr 1989 brachte eine entscheidende Veränderung. Die zuvor Großteils im Untergrund arbeitende Zivilgesellschaft, konnte jetzt legal und offen agieren. Die Zahl der NGOs stieg schlagartig und die novellierte Verfassungsänderung aus dem Jahr 1952, gestatte es den Bürgern, Tätigkeiten in unterschiedlicher Form, egal ob politisch, kulturell, oder ökonomisch, in aller Art von Organisationen auszuleben. Bereits in der Verfassung 1997 wurde die Vereinigungsfreiheit garantiert (vgl. Garsztecky 2002: 7f).

Zwar lässt sich die Zusammensetzung der NGOs in Polen in etwa skizzieren, so bestehen sie ca. 70 Prozent aus Verbänden, 23 Prozent aus Stiftungen und der Rest schließt sich in unterschiedlichen, zumeist mit kirchlichem Hintergrund, Verbänden und Organisationen zusammen, nicht aber die genau Anzahl. Der Grund liegt wohl in einem rechtlichen Versäumnis. Es besteht zwar eine Registrierungspflicht, allerdings keine

Austragungspflicht, sollte eine Organisation ihre Tätigkeit einstellen (vgl. Garsztecky 2002: 8).

Die 123 Jahre andauernde Fremdherrschaft bis Ende des Ersten Weltkriegs, die Zerstörung im Zweiten Weltkrieg und das darauffolgende sozialistische Einparteiensystem, schien die Polen vom politischen Mitgestalten des Landes, entfernt zu haben. Die Politik wurde nicht, wie in vielen anderen europäischen Ländern im 19. Jahrhundert, als Prozess für eine Nationalisierung angenommen, sondern scheint die Bevölkerung aufgrund der schlechten Erfahrungen, der vergangenen Jahrhunderte eher abgeschreckt zu haben. Es ist also kaum verwunderlich, dass sich die Bevölkerung kaum am politischen Prozess beteiligte, sondern selbstorganisiert versuchte, das eigene kulturelle Erbe, gegen die fremden Herrscher aufrecht zu erhalten (vgl. Wiede 2014: 5f).

Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass sich eine Zivilgesellschaft in Polen, die in ihrer Anfangszeit noch überwiegend aus Arbeitern und Intellektuellen bestand, bereits in den 1970er Jahren formierte. Schon ab 1976 erfasste diese zivilgesellschaftliche Entwicklung fast das ganze Land und konnte nicht nur in den Städten aktive Unterstützer für sich gewinnen.

Die Gewerkschaft Solidarność war kein Zusammenschluss der Arbeiter, wie in anderen Gewerkschaften, sondern eine nationale Bewegung, mit zivilgesellschaftlichen Elementen, deren Ziel die Unabhängigkeit war. Die gewaltsame Unterdrückung durch die kommunistischen Herrscher konnte den Geist dieser Bewegung aber in keiner Weise zerstören, sondern unterstützte sogar eher die polnische Bevölkerung in dem Glauben an einer eigenen freien Gesellschaft und leitete somit die zivilgesellschaftliche Transformation im Land mit ein. Unterstützung bekam die Zivilgesellschaft von der wirtschaftlichen und politischen Veränderung des Landes zu einer freien Marktwirtschaft und einer Demokratie. Allerdings scheint die Mehrheit der Untersuchungen, die Zivilgesellschaft in Polen als eher schwach ausgeprägt einzuordnen (vgl. Gliński 2008: 2).

## **2 Weißrussland**

Zu seinen heutigen Grenzen kam Weißrussland erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit seiner geografischen Lage, grenzt es im Westen an Polen, im Norden an Lettland und im Nordwesten an Litauen. Gelegen zwischen Russland im Westen und der Ukraine im Norden, einer Fläche die etwas kleiner als Großbritannien ist, hat Weißrussland eine

strategisch günstige Lage durch die kurzen Verkehrswege zwischen Zentralrußland und Westeuropa.

Mit einer Einwohnerzahl von 9,5 Millionen ist Weißrussland zwar viermal kleiner als Polen, aber größer als Österreich (vgl. Auswärtiges Amt: Belarus 2015). Die Bevölkerung besteht zu einem sehr großen Teil, genauer zu 81,2 Prozent, aus Belarussen, dies stellte sich bei der letzten Volkszählung 1999 heraus. Die zweitgrößte Gruppe sind Russen mit 11,4 Prozent, gefolgt von Polen mit 3,9 Prozent. Der orthodoxe Glaube ist mit 80 Prozent am häufigsten vertreten, wobei in Weißrussland lebende Polen oder Litauer zumeist den römisch- oder griechisch-katholischen Glauben ausleben. Darüber hinaus kommen religiöse oder ethnische Konflikte in Weißrussland kaum vor (vgl. Schneider 2007: 6ff).

Die Bevölkerung lebt zu 70 Prozent in Städten und die Hochschulbildung erreicht einen Wert von 11 Prozent. Damit belegt das Land in den Bildungsstatistiken der UNO die Spitze aller GUS-Staaten und weltweit den 53. Rang (vgl. Schneider 2007: 6ff).

Die Haupt- und zugleich größte Stadt in Weißrussland ist Minsk mit 1,9 Millionen Einwohnern (vgl. Auswärtiges Amt: Belarus 2015).

## **2.1 Wirtschaft**

Weißrusslands Wirtschaftsentwicklung und Geschichte zu beschreiben ist schwierig. Viele historische Daten über die sowjetische Wirtschaftsgeschichte sind entweder kaum zugänglich oder fehlen. Allgemeine Zahlen sind zwar bekannt, allerdings kann auf spezifische Daten, zum Beispiel aus der Rüstungsindustrie, nicht zurückgegriffen werden. Im Falle Weißrusslands fehlen diese Art der Daten zur Gänze. Gerade die Rüstungsindustrie kann als Mittelpunkt einer sozialistischen Industrialisierung angesehen werden. Die komplette Wirtschaft der Sowjetunion und damit auch ihre einzelnen Teilrepubliken waren auf die Rüstungsindustrie ausgerichtet.

Ein weiterer Aspekt, der es erschwert, die weißrussische Wirtschaft zu untersuchen, ist, die Unzuverlässigkeit der vorhandenen Materialien, da gerade in der Sowjetunion viele Daten gefälscht oder verändert wurden. Als Beispiel dienen hier besonders der erste und der vierte Fünfjahresplan von 1928 bis 1980 und 1946 bis 1950, dessen Umsetzungen von jeweils nur 41 Prozent und 88 Prozent nicht vollständig stattfanden, die Regierung hingegen damals allerdings andere Zahlen herausgab (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 264).

### **2.1.1 Binnenwirtschaft**

Der Erste Weltkrieg sollte für die wirtschaftlichen Bestrebungen Weißrusslands einen tiefen Einschnitt bedeuten. Besonders betroffen war zu diesem Zeitpunkt die Industrieproduktion, die sogar um ein fünffaches tiefer stand als noch vor Beginn des Krieges. Die Mehrheit der Unternehmen stand still, was auch auf fehlende Arbeitskräfte zurückzuführen war, deren Zahl sich halbiert hatte (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 264f).

Zu Beginn des Jahres 1922 schaffte es Weißrussland allerdings die Stromproduktion auf ein ähnliches Niveau wie in der Vorkriegszeit zu heben. Auch die gesamte Wirtschaft fing an sich zu erholen. Die Verbreiterung der Landesfläche sollte den wirtschaftlichen Aufschwung weiter beflügeln. Leder- und Holzverarbeitung, sowie Nahrungsmittel waren in dieser Zeit die am weitesten verbreiteten Industrien in Weißrussland. Allerdings gehörte das Land mit zu den am schwächsten entwickelten Regionen innerhalb der Sowjetunion. In den Jahren 1925 und 1926 betrug der Anteil der Industrie aus Weißrussland nur 0,7 Prozent an der Industrieproduktion der SU (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 265).

Der erste Fünfjahresplan veränderte die Wirtschaft Weißrusslands nachhaltig. Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die einsetzende Industrialisierung, sorgten ab 1929 zu einer großen Zahl an Neugründungen von Unternehmen. Gerade die Industrie konnte davon profitieren und schaffte es im Jahr 1931 das Volumen der Landwirtschaft zu überholen. Belief sich die Bruttoproduktion im Jahr 1928 auf etwa 41,3 Prozent, so schaffte sie es 1932 auf 67 Prozent zu steigen (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 265).

Die Jahre 1933 bis 1937 waren geprägt durch einen weiteren wirtschaftlichen Aufschwung innerhalb des zweiten Fünfjahresplans, bis 1941 die Wehrmacht das Land zu großen Teilen zerstörte.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann auch für die weißrussische Wirtschaft der Wiederaufbau. Es wurde, unter großer Hilfe von russischen Fachkräften, über das ganze Land Industrien angesiedelt. Die weißrussische Volkswirtschaft war während der Unabhängigkeitsphase von verarbeitender Industrie geprägt. Dabei waren über 40 Prozent der Bevölkerung in Industriesektoren beschäftigt. Im Vergleich zu anderen ehemaligen Sowjetstaaten, besaß Weißrussland eins der modernsten Produktionspotentiale. Im Bereich der Entwicklung war nur die Ukraine erfolgreicher (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 270).

Allerdings hatte die Auflösung der Sowjetunion eine extrem negative Auswirkung auf die Wirtschaft. Diese war in Weißrussland nicht den Regeln eines Marktes unterworfen, oder auf ökonomischen Erfordernissen ausgerichtet und eine Rezession setzte ein.

Nach der Unabhängigkeit wurde auf eine Kollektivierung der Landwirtschaft gesetzt, in der etwa 15 Prozent der Bevölkerung beschäftigt waren.

Das Bruttoinlandprodukt fiel zwischen 1991 und 1995 um 8,9 Prozent. Der kurze wirtschaftliche Aufschwung ab 1996 wurde ab Mitte 1998 schon wieder gebremst und entwickelte sich ab dieser Zeit wieder negativ. In diesem Zeitraum lebte etwa ein Drittel der weißrussischen Bevölkerung in Armut. Zurückzuführen ist die negative Veränderung ab 1998 auf fehlende marktwirtschaftliche Reformen (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 271).

Die Abhängigkeit von Russland, besonders im Energiesektor, aber auch in anderen traditionellen Bereichen wurde immer größer. Die schon enge Bindung an den übermächtigen Nachbarn wuchs weiter an. Unternehmensprivatisierungen und private Eingriffe in den Markt wurden schon zu Beginn der Transformation behindert, da die Regierung versuchte ihren eigenen Einfluss zu erweitern. Auch bereits private Unternehmen waren vor Eingriffen der Regierung nicht sicher, dies schreckte vor allem ausländische Investoren ab (vgl. Lindner/ Beyrau 2001: 272).

### **2.1.2 Außenwirtschaft**

Außenwirtschaftlich schadete Weißrussland besonders die Errichtung von Zollgrenzen innerhalb der GUS-Staaten. So sanken die weißrussischen Exporte innerhalb dieser Region von über 80 Prozent im Jahr 1991 auf 53 Prozent 1996 ab. Auch die Zollunion mit Russland schadete Weißrussland eher und förderte nur die russischen Exporte nach Weißrussland. Die Öffnung, oder der Umstieg auf andere Märkte konnte und kann wegen der schwachen Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Produkte nicht vollzogen werden (vgl. Timmermann 1997: 22f).

Auch die akkumulierten Auslandsinvestitionen betragen 1996 nur 400 Millionen US-Dollar, verglichen mit den weißrussischen Nachbarstaaten, ein äußerst geringer Wert. Polen und Tschechoslowakei bzw. Tschechien schafften es mit 4,7 und 5,9 Milliarden US-Dollar, sowie Ungarn mit 11,4, deutlich mehr Geld aus dem Ausland heranzuziehen. Dies hinderte die weißrussische Wirtschaft daran eine Modernisierung und Diversifizierung einzuleiten (vgl. Timmermann 1997: 23). In den folgenden Jahren sollte sich der Zufluss von ausländischem Kapital sogar noch deutlich verringern. So wurden im Jahr 2000 nur 116 Millionen US-Dollar und 2001 nur noch 100 Millionen US-Dollar investiert (vgl. Timmermann 2003: 14)

Der wirtschaftliche Abschwung wurde allerdings mehr aus dem Inneren heraus entfacht. So können die Bemühungen von Präsident Lukaschenko den Strukturkonservatismus mit allen Mitteln zu verteidigen, als größter abschreckender Faktor, für ausländische Investoren gewertet werden. Die fehlenden Bemühungen seitens der Regierung, den Großteil der Industrie zu privatisieren, schreckte und schreckt noch heute ab. Hinzu kommt der Versuch der Regierung die stärkst mögliche Kontrolle über den Industriesektor zu übernehmen (vgl. Timmermann 1997: 23f).

Die politische Führung strebte demnach nie eine Marktwirtschaft an und Privateigentum sollte, nach ihren Ideen, besser in der Hand des Staates verbleiben. Die dennoch stattgefundenen Reformen wurden von außen herangetragen, sei es durch Russland, den IWF, oder internationale Organisationen. Die Erfolge, die Weißrussland, trotz der abschreckenden Regierung, im wirtschaftlichen Bereich zu verzeichnen hatte, war das verordnete Wachstum, welches durch eine starke Binnennachfrage finanziert wurde. Die Rahmenbedingungen und eine gute Ausgangslage wurden durch die, aus den Sowjetzeiten, in Weißrussland angesiedelte Industrie, geschaffen. Die Vorzugspreise, die Russland Weißrussland auf dem Energiesektor gewährte, sowie die privilegierten Zugänge zum russischen Markt, im Sektor der Industrie, konnten gerade in den Anfangsjahren, die fehlenden ausländischen Investitionen ausgleichen. Die verstaatlichten Unternehmen konnten der Bevölkerung Arbeitsplätze gewährleisten und die Binnennachfrage befriedigen (vgl. Rakowa 2011: 34).

Allerdings wurde der Aufschwung 2009 durch einen Rückgang der Nachfrage für weißrussische Güter gestoppt. Dies ließ die Preise auf dem weißrussischen Markt einbrechen und zeigte die Verwundbarkeit der weißrussischen Wirtschaft. Als Folge dessen, musste sich das Land, sowohl nach außen orientieren und öffnen, als auch die zuvor abgelehnte Reformen akzeptieren. Dies wurde von dem IWF, für die Herausgabe von Überbrückungskrediten, als Bedingung gestellt (vgl. Rakowa 2011: 35).

Trotz der Vorgaben wurden weder produktionsstarke und auf den Export ausgelegte Unternehmen subventioniert, noch wurde ein Beschäftigungsabbau betrieben. Durch das Fehlen von Privatunternehmen konnte keine Antikrisenstrategie erarbeitet werden und die Regierung setzte lieber auf soziale Stabilität. Dadurch stiegen die Staatsschulden, die noch erhöht wurden, weil auch in der Landwirtschaftspolitik keine Neuerungen stattfanden. Im Wahljahr 2010 konnte Lukaschenko keine entsprechenden wirtschaftlichen Reformen

umsetzen, da er im Wahlkampf den durchschnittlichen Lohn, als eine Art Wahlversprechen, auf 500 US-Dollar anheben wollte, was er auch trotz nicht vorhandener Mittel tat (vgl. Rakowa 2011: 34).

Bei dieser Missachtung der Vorgaben des IWF, bleibt als Sponsor für Weißrussland, am Ende nur noch Russlands, das allerdings ihrerseits die Stabilisierungskredite an strenge Bedingungen knüpft. Unter anderem fordert Russland von seinem Nachbarn den Abbau von vorhandenen Subventionen, und einer Vielzahl staatlicher Programme, sowie eine Kürzung der Gehälter. Das anfängliche und von vielen Experten unvorhergesehene Wirtschaftswunder scheint sich langsam dem Ende zuzuneigen, eine Öffnung zum Westen könnte die einzige Alternative sein, will das Land nicht vollständig in die Abhängigkeit Russlands rutschen (vgl. Rakowa 2011: 34).

## **2.2 Politik**

Im Juli 1991 erklärte das Parlament der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik die Souveränität des Landes innerhalb der Sowjetunion. Im Dezember 1991, durch die Auflösung der Sowjetunion, erlangte Weißrussland seine vollständige Unabhängigkeit. Die Verfassung der Republik Weißrussland wurde am 15. März 1994 verabschiedet, diese sieht als Staatsform ein präsidentiales System vor (vgl. Meyer 2005: 200).

### **2.2.1 Innenpolitik**

Innenpolitisch versuchte Präsident Lukaschenko alles um seine Macht zu festigen. Nachdem er 1994 die ersten demokratischen Präsidentschaftswahlen in Weißrussland mit über 80 Prozent der Stimmen gewinnen konnte, berief er im November 1996 ein Referendum ein, um seine Macht zu erweitern. Er konnte durch die Verfassungsänderung seine Rechte auf legislativer Seite erweitern, zum Beispiel konnte er nun präsidentiale Dekrete erlassen, welche eine gesetzlich übergeordnete Kraft darstellen. Des Weiteren konnte er seinen Einfluss absichern, indem er die Kontrolle über die Ernennung und Entlassung von allen Regierungsvertretern übernahm. Dazu zählen neben dem Premierminister, nicht nur der Staatssekretär des Sicherheitsrats, sondern auch die Richter des Obersten Gerichtshofs, sowie des Verfassungsgerichts, den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission und der Nationalbank, sowie den Vorsitzenden des Komitees für Staatskontrolle, also alle wichtigen Ämter der weißrussischen Politik (vgl. Meyer 2005: 200).

Von oppositioneller Seite wurde dieses Referendum nicht anerkannt und sogar als manipuliert eingestuft, allerdings fehlte eine mehrheitliche Unterstützung vom weißrussischen Volk und auch vom Verfassungsgericht, dass das Referendum nur als eine unverbindliche Empfehlung für eine kommende Entscheidung des Parlaments definierte.

Nach dem erfolgreichen Referendum begann Lukaschenko mit der Umstrukturierung der Regierung. Der Oberste Sowjet, die weißrussische Bezeichnung für das Parlament, wurde aufgelöst und durch eine Nationalversammlung ersetzt. Diese besteht aus dem Repräsentantenhaus und dem Rat der Republik. Dies alles geschah ohne eine Wahl abgehalten zu haben (vgl. Meyer 2005: 200).

Um seine Macht noch weiter ausbauen zu können, ließ Lukaschenko im Oktober 2004 wieder ein Referendum abhalten, da die Verfassung von 1994 nur eine einmalige Wiederwahl des Präsidenten vorsah. Laut offiziellen weißrussischen Angaben lag die Wahlbeteiligung bei diesem Referendum bei 90 Prozent, wobei fast 80 Prozent der Stimmen für eine Abschaffung dieses Gesetzes gewesen sein sollen (vgl. Meyer 2005: 200).

Die weißrussische Verfassung bekennt sich formal zwar zu einem Pluralismus und dem Mehrparteiensystem, in der Praxis wird die Bedeutung der einzelnen Parteien allerdings durch die Präsidialdiktatur Lukaschenkos aufgehoben. Schon vor der Machtübernahme spielten Parteien, bis auf die Kommunistische Partei, eine eher untergeordnete Rolle (vgl. Gruner, Woyke 2007: 226f).

Für die Präsidentschaftswahlen 2006 schaffe es die Opposition einen gemeinsamen Gegenkandidaten Alexander Milinkewitsch aufzustellen. Allerdings wurden bereits vor dem Stattfinden der Wahlen angekündigt, dass der weißrussische Geheimdienst gegen Gegner der Regierung, die sich zu Demonstrationen am Wahltag einfinden wollen, mit lebenslangen Gefängnis- oder sogar Todesstrafen vorgehen wolle. Die Härte, mit welcher die Regierung diese Wahl anging lässt sich mit der machtpolitischen Bedeutung dieser Wahl im Jahr 2006 erklären, da zum einen, der Westen Wahlen im GUS-Raum, deren Gründungsmitglied Weißrusslands seit 1991 ist, besonders beobachtet, aber auch weil sich die Opposition, bedingt durch die revolutionären Ereignisse 2004 in der Ukraine, eine besonders gute Chance auf einen Wahlsieg ausmalte (vgl. Babajew 2011: 12).

Auch ohne die Androhungen seitens der Regierung hätte Milinkewitsch kaum eine Chance gehabt, die Wahl zu gewinnen, da die Opposition im Vorfeld in ihren Möglichkeiten

Wahlkampf zu betreiben extrem eingeschränkt wurde. So war es auch kaum überraschend, dass Lukaschenko die Wahl mit über 80 Prozent der Stimmen gewann.

Die Opposition, angeführt durch Alexander Milinkewitsch, wollte dieses Ergebnis nicht auf sich beruhen lassen und rief, trotz der angedrohten Strafen zu friedlichen Kundgebungen und Demonstrationen auf. Mit der Forderung einer Wahlwiederholung, wollte die Opposition einen Protest starten, der nach dem Vorbild der Orangen Revolution in der Ukraine, zu einer Veränderung des politischen Systems führen sollte. Allerdings schafften es die weißrussischen Oppositionellen nicht, anders als im Nachbarland, genügend Personen zu mobilisieren. Die wenigen Teilnehmer konnten durch die Polizei vertrieben werden und der gewünschte Effekt blieb aus. Des Weiteren wurden einige Teilnehmer verhaftet, unter Ihnen der dritte Präsidentschaftskandidat Alexander Kasulin, der zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, was die Bevölkerung weiter abschreckte, sich an Demonstrationen zu beteiligen (vgl. Babajew 2011: 12).

Auch die Präsidentschaftswahlen 2010 konnte Lukaschenko mit fast 80 Prozent der Stimmen für sich entscheiden. Neben Zahlreichen Verhaftungen nach der Wahl, gab es auch 2010 keine nennenswerten Veränderungen in der weißrussischen Präsidentschaftswahlgeschichte. Fünf Jahre später, 2015 sollte das Wahlergebnis noch etwas deutlicher ausfallen. Lukaschenko gewann mit über 83 Prozent der Stimmen, allerdings wurde auch, wie bei jeder der vergangenen Wahlen in Weißrussland, festgehalten, dass internationale Standards nicht erfüllt wurden.

### **2.2.2 Außenpolitik**

Nach eigenen Angaben basiert die Außenpolitik von Weißrussland auf der Vorstellung eines blockfreien und multipolaren Weltbildes, mit dem Hauptziel, der Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für eine sichere und stabile Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. Meyer 2005: 200).

Außenpolitisch ist Weißrussland Mitglied in zahlreichen Organisationen. Zusammen mit Russland bildet das Land die Russisch-Weißrussische Union, ein sehr begrenzt verwirklichter Staatenbund, deren Zusammenschluss in den Bereichen Verteidigung und Wirtschaft, sowie gemeinsamer Konsultation in politischen Angelegenheiten, zusammenarbeitet. Daneben ist Weißrussland Mitglied in der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit und der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Die weitere Außenpolitik Weißrusslands lässt sich grob in zwei Teilbereiche aufspalten. Auf der einen Seite stehen die Beziehungen zur Europäischen Union und auf der anderen Seite die zu Russland.

So war die Anfangszeit, nach der Unabhängigkeit geprägt von einer neutralen Außenpolitik, die allerdings eine Loslösung Russlands und einer Zuwendung zur EU vorsah (vgl. Gruner, Woyke 2007: 227). Mit der Machtübernahme Lukaschenkos sollten sich diese Beziehungen wieder verschlechtern. Obwohl der Westen, die Großteils fehlenden demokratischen Werte erkannte, wurde 1995 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen geschlossen. Dieses Abkommen wird von der EU mit möglichen Beitrittskandidaten abgeschlossen, um sowohl wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, als auch um die Standards der EU zu erreichen. 2009 folgte die Aufnahme Weißrusslands in die Östliche Partnerschaft, einem Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik, um die Voraussetzungen zu schaffen Weißrussland politisch und wirtschaftlich weiter zu integrieren. Diese Abkommen sollte in den folgenden Jahren immer wieder auf eine harte Probe gestellt werden. Die von Seitens der EU erkannten Verschlechterungen der Menschenrechtssituation und Rechtsstaatlichkeit in Weißrussland führten 2011 zu einem Waffenembargo und einem eingeschränkten Exportverbot. Auch einige Finanz- und Wirtschaftshilfen seitens der EU wurden eingestellt (vgl. Gruner, Woyke 2007: 227). Als ehemaliger Staat der Sowjetunion ist Weißrussland auch Mitglied der OSZE und hat einen Beobachterstatus im Europarat.

Als 1998 Lukaschenko versuchte die Residenzen von 22 Botschafter für seine eigene Administration zu übernehmen, verfügte die EU ein Einreiseverbot für alle weißrussischen Repräsentanten, die 22 Botschafter verließen das Land und kehrten erst 1999 wieder zurück (vgl. Gruner, Woyke 2007: 228).

Eine weitere Krise zwischen der EU und Weißrussland fand während des Irakkrieges statt. Lukaschenko stellte sich während des Krieges auf die Seite des Iraks und wurde von den Amerikanern verdächtigt, Militärausrüstung an das Land zu liefern (vgl. Gruner, Woyke 2007: 228).

Von November 2002 bis April 2003 verhängten neben den USA, auch die EU ein Einreiseverbot für den Präsidenten Lukaschenko, da Vertreter der OSZE-Mission in Minsk schikaniert wurden und sich nicht frei bewegen konnten (vgl. Gruner, Woyke 2007: 228).

Den Versuch sich als neutraler Staat an den Außengrenzen der EU zu etablieren wurde mit der nuklearen Abrüstung, also der Rücküberführung der nuklearen Sprengköpfe nach Russland, zwar der Anfang gemacht, allerdings änderte sich dies wieder mit der Wahl Lukaschenko zum Präsidenten. Nicht ganz freiwillig strebt Lukaschenko eine Annäherung mit Russland an, da Weißrussland sehr stark von Energieträgerlieferungen abhängig ist. Die Bildung einer Russischen-Weißrussischen Union konnte die Opposition 1997 verhindern (vgl. Anatol 1998: 4).

Das System Lukaschenko scheint nur überleben zu können, wenn eine außenpolitische Isolation stattfindet. Sollte eine außenpolitische Öffnung stattfinden, könnte das vom Präsidenten erschaffene System aus Propaganda und Strafmaßnahmen zusammenbrechen. Für den Erhalt, nutzt Lukaschenko immer wieder stereotypische Kritikpunkte, die er gegen den Westen vorbringt, eine Öffnung zum Westen würde nicht in die Agenda passen, zumal auch drei der fünf direkten Nachbarn Weißrusslands nicht nur Mitglieder der Nato sind, sondern auch in der EU (vgl. Rainer 2006: 20).

### **2.3 Kultur**

Den Großteil seiner Geschichte war Weißrussland kein eigenständiger und unabhängiger Staat, sondern in anderen Staaten eingegliedert, wie etwa im Großfürstentum Lichtenstein, oder der Sowjetunion. Bis auf eine kurze Periode der Unabhängigkeit gegen Ende des Ersten Weltkriegs, wurde das Land immer wieder von fremden Besatzungsmächten fremdbestimmt. Dies erschwerte natürlich die Ausprägung einer selbständigen weißrussischen Kultur, die es in anderen postkommunistischen Staaten, wie etwa in der Ukraine und Polen, durch deren eigene Vergangenheit wie selbstverständlich gab. So war auch kein Bestreben der weißrussischen Bevölkerung zu erkennen, sich von der Sowjetunion zu lösen. Ein vom Volk getragener weißrussischer Nationalismus konnte sich bis 1991 nicht entwickeln. Die endgültige Unabhängigkeit traf das Land unvorbereitet. Bezeichnend ist auch, dass Weißrussland als letztes Land der ehemaligen Sowjetstaaten seine Eigenständigkeit erlangte. Als 1990 und 1991 immer mehr Länder aus dem Staatenbund austraten, wurde am 26. August 1991 die Republik Belarus ausgerufen. Die Abhängigkeit Weißrusslands von Russland war in den folgenden Jahren nicht nur in wirtschaftlichen Bereichen zu sehen, sondern auch in der Amtssprache. Wurden zu Beginn noch Bemühungen unternommen, die weißrussische Sprache zu fördern, sollten sich diese

Maßnahmen nach kurzer Zeit wieder legen. Die Amtssprache blieb Russisch und in den Schulen wurde Weißrussisch nur als Nebenfach unterrichtet (vgl. Lindner 1999: 32ff).

Der fehlende Wille oder Gedanke, als eigenständige Nation aufzutreten zeigt sich auch im Ausgang eines Referendums vom 17. März 1991. Dabei stimmten in Weißrussland 83 Prozent für einen Erhalt der Sowjetunion ab, im Vergleich dazu waren es innerhalb der Union im Durchschnitt nur 76 Prozent (vgl. Uhl 1999: 124). Über die Unabhängigkeit war auch kein von der Mehrheit der Bevölkerung angestrebtes Ziel, sondern eine Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Die Entwicklung einer eigenständigen Kultur ist in der jüngeren Vergangenheit Weißrusslands zu beobachten. Gerade die jüngere Bevölkerung und oftmals im Ausland gewesenen Weißrussen, tragen die Idee sich von anderen Nationen zu distanzieren, in die weißrussische Bevölkerung (vgl. Bohn/ Shadurski 2011: 104).

Diese fehlende Kultur scheint auch einer der größten Faktoren zu sein, warum sich Aljaksandr Lukaschenko über einen so langen Zeitraum an der Spitze des Landes halten konnte. Dabei bekommt die Bevölkerung die Möglichkeit, sich kulturell in eine Richtung zu entwickeln, die vom Präsident vorgegeben wird. Dies verhindert allerdings das Gedeihen eines Nationalgedankens und somit auch die Entwicklung einer eigenständigen Nation. Die Folge davon ist, dass sich keine Demokratie ausbilden konnte, da ein demokratisches System auf eine starke und eigenständige Nation angewiesen ist. Der autoritäre Führungsstil Lukaschenkos wird von der weißrussischen Bevölkerung als Ersatz für das eigene Nationalbewusstsein angenommen. Die Beeinflussung und Steuerung der Medien, die Unterdrückung einer Opposition und Verhaftungen Andersdenkender, sind Machtinstrumente, die Lukaschenko einsetzt, um seine Position zu stärken und zu festigen (vgl. Simon 2002: 13f). Wie in anderen autokratischen Systemen wird die USA als Gegenpartei dargestellt, die zusammen mit der Europäischen Union und dem dort gelebten Kapitalismus, den Untergang der Gesellschaft einleiten, in dem das Individuum an Bedeutung verliert und nur noch das Streben nach Macht im Vordergrund steht. Um die eigene Bevölkerung davor zu schützen, muss sich das Land abschotten. Zwangsmaßnahmen, die das weitere Bestehen des Landes garantieren sollen, erinnern sehr an kommunistisches Gedankengut, mit dem sich Lukaschenko an der Macht hält.

Um das Aufkommen einer Gegenseite im Land zu verhindern, wird versucht, die Bevölkerung zu isolieren. Allerdings scheint der Rückhalt für Lukaschenkos Politik und

seine Regierung mehr und mehr zu schwinden. Maßnahmen, wie sie etwa innerhalb der Sowjetunion angewendet wurden, können heute nicht mehr so leicht durchgesetzt werden. Freiheit und Gleichheit ist gerade bei der jüngeren weißrussischen Bevölkerung ein Thema. Die dennoch vorherrschende Stabilität des Regierungssystems ist vor allem auf den älteren Menschen in Weißrussland zurückzuführen, die Lukaschenko noch immer unterstützen. Die Globalisierung und besonders das Internetzeitalter macht es der autokratischen Regierung immer schwerer die USA und die Europäische Union als Feinde darzustellen, oder zu erklären, warum die Freiheit im eigenen Land eingeschränkt ist. Um entgegenzusteuern versucht die Regierung Lukaschenkos allerdings immer mehr Schritte Richtung Vergangenheit zu gehen. Durch Verbannen der eigenen Sprache, das Ausstrahlen von Sendungen auf Russisch im Fernsehen, mit der Begründung, dass die eigene Sprache zurückgeblieben ist, wird jegliche Weiterentwicklung unterdrückt (vgl. Schneider 2007: 22). Demonstrationen werden verboten und die Gesetzeslage verschärft. Die Medien werden immer strengeren Kontrollen unterzogen und Regimekritische Artikel verboten. Die Möglichkeit einer eigenständigen kulturellen Entwicklung wird von Regierungsseiten vermehrt gebremst.

#### **2.4 Sozialwesen**

Vor der Unabhängigkeit war das Bildungssystem Weißrusslands, wie das aller ehemaligen Staaten der Sowjetunion, dem sowjetischen Modell der Einheitsschule nachempfunden. Als Grundlage für den kompletten Erziehungs- und Bildungsprozess dienten die marxistischen und leninistischen Ideologien. Nach der Unabhängigkeit begann auch in Weißrussland eine kurze Phase der Umgestaltung des Bildungswesens, was allerdings nach der Wahl Lukaschenkos wieder rückgängig gemacht wurde. Um seine Macht zu festigen belebte der Präsident eben jene sowjetischen Traditionen im Bereich der Bildung wieder. Die wirtschaftliche Veränderung und eine Verschlechterung der Lage machten auch vor dem Bildungswesen keinen Halt, was zu massiven Einsparungen und Kürzungen im Bildungswesen beitrug. Zwar konnten sich die Rahmenbedingungen im Bildungswesen nach überstandenen Anfangsjahren wieder deutlich verbessern, allerdings sollte sich der massive Einfluss der Politik auf das Bildungswesen als größte Bremse in der Entwicklung des Bildungsbereiches herausstellen. Ohne die Zugehörigkeit des Europarates ist Weißrussland zur Gänze von einer in Europa stattfindenden Bildungsdiskussion

ausgegrenzt. Durch die schwach ausgeprägte Zivilgesellschaft, haben es auch NGOs schwer, sich im Bildungswesen einzubringen (vgl. Wulft, Malerius 2007: 15ff).

Betrachtet man als Beispiel nur das Hochschulwesen, welches häufig als ein Indikator für das Bildungswesen eines Landes herangezogen wird, so zeigt sich, dass schon allein historisch, Weißrussland über keine, nach westlichem Standard entwickeltes Hochschulwesen verfügt. Denn die Geschichte des Hochschulwesens in Weißrussland umfasst kaum 100 Jahre und ist gekennzeichnet durch eine Sowjetisierung, die sich in allen Bereichen des Bildungswesens finden lässt. Seit 1917 wurde das gesamte Bildungssystem als staatliches Monopol unter sowjetischem Einfluss geführt und die Kommunisten schafften es, ihre Ideologie auf alle Bereiche des Systems zu übertragen. Die zwischen 1991 und 1996 stattgefundenen Veränderungen und Reformen im Bildungsbereich wurden schon nach kurzer Zeit vollständig rückgängig gemacht (vgl. Lobado 2002: 129ff).

Die demographische Entwicklung in Weißrussland ist rückläufig. Im internationalen Vergleich zählt sie zu einen der niedrigsten in Europa. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Neben der immer noch vorhandenen Sorge der Gesundheit, aufgrund der Tschernobyl-Katastrophe, sind die wirtschaftliche Entwicklung und die politische Instabilität die Hauptgründe für den Rückgang der Bevölkerung. Die Lebenserwartung liegt im Durchschnitt nur bei etwa 68 Jahren, wobei sie bei Männern 62 Jahre und bei Frauen etwas über 74 Jahren beträgt. Dieser doch extreme Unterschied zwischen den Geschlechtern lässt sich durch schwere und extrem gesundheitsschädliche Arbeit erklären und zeigt sich auch in den Nachbarländern Russland und der Ukraine (vgl. Erdmann-Kutnevic 2006: 17f).

Der in Euro umgerechnet durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitsverdienst lag im Jahr 2005 in Weißrussland bei 108 Euro und ist nur inflationsbedingt etwas angestiegen. Angestellte im sozialen Dienst verdienen etwas mehr als die Hälfte, genauer gesagt 61 Euro. Die Anpassung der Löhne an die Inflation wird durch ein Gesetz geregelt, allerdings kommt es immer wieder zu Verzögerungen.

Das Rentensystem unterteilt sich in Arbeits- und Sozialrente. Männer können ab 60 Jahren, nach einer Mindestarbeitszeit von 25 Jahren Rente beziehen und Frauen ab 55 Jahren, bei einer Mindestarbeitszeit von 20 Jahren. Die Sozialrente können Personen beziehen, die nicht arbeitsfähig sind (vgl. Erdmann-Kutnevic 2006: 19). Allerdings reichen auch die Renten kaum um die Kosten zum Leben zu decken, weshalb sich viele Rentner noch einen

Nebenjob suchen, oder der Rentenantritt so lange wie möglich hinausgezögert wird. Zusätzlich versucht die Regierung das Rentenalter für Frauen auf 60 Jahre anzuheben.

Die Lebenshaltungskosten sind in Weißrussland so hoch, dass etwa die Hälfte der Einkünfte für Lebensmittel ausgegeben wird. Wobei hier zwischen der Stadt, in der die Kosten für Lebensmittel etwas höher sind und dem Land mit den Niedrigsten unterschieden werden muss. Die Selbstversorgung, durch Anbau von Obst und Gemüse, aus dem eigenen Garten, spielt in Weißrussland deshalb eine wichtige Rolle (vgl. Erdmann-Kutnevic 2006: 22).

Nach den Lebensmitteln fallen die Wohnkosten mit 10 Prozent der Einkünfte am zweitstärksten ins Gewicht, wobei allerdings nicht die allgemeinen Mieten so viel ausmachen, da diese durch den Staat massiv gefördert und unterstützt werden, sondern die Nebenkosten. Mit durchschnittlich 6 Prozent für Kleidung und die Gesundheitsversorgung mit 3 Prozent, drückt noch die Mobilität um ebenfalls 3 Prozent die Einnahmen. Die Kosten für Medikamente sind verhältnismäßig hoch und es wird auch nur ein kleiner Teil der älteren Bevölkerung vom Staat unterstützt, unter anderem Veteranen, wobei auch hier nur eine geringe Anzahl an Medikamenten kostenlos oder zu 50 Prozent ermäßigt sind (vgl. Erdmann-Kutnevic 2006: 23f).

Pflegedienste gab es bis 2002 für alleinstehende Personen noch kostenfrei, inzwischen kann zwischen verschiedenen Pflegediensten, mit unterschiedlicher Qualität, gewählt werden, allerdings gibt es inzwischen diese kostenfreie Version des Pflegedienstes nicht mehr. Die zur Rente zusätzlich gezahlten Pflegezuschläge reichen oftmals nicht um die Kosten der Pflege zu decken, was dazu führt, dass auf eine Betreuung zuhause oftmals verzichtet wird, oder die zu pflegende Person in ein Heim überstellt werden muss (vgl. Erdmann-Kutnevic 2006: 24).

Neben der Rente gibt es in Weißrussland allerdings noch soziale Vergünstigungen und Zusatzrenten für bestimmte Bevölkerungsteile. Dieses System wurde aus der ehemaligen Sowjetunion übernommen und ist in keinem festen Gesetz verankert. Nützlich und kostendeckend sind aber weder die Rente, noch die sozialen Vergünstigungen. Sie können eher als Zugeständnisse der Regierung gesehen werden, solange sie den Staatshaushalt nicht belasten. Die medizinische Versorgung ist theoretisch in Weißrussland kostenlos, in der Praxis sieht dies allerdings häufig ganz anders aus (vgl. Erdmann-Kutnevic 2006: 25).

## 2.5 Zivilgesellschaft in Weißrussland

Die Zivilgesellschaft in Weißrussland ist eine relativ junge Erscheinung. Waren vor 1989 vereinzelte Bewegungen zu erkennen, so kamen diese eher aus dem Bereich intellektueller und junger Generationen. Erst durch die Katastrophe in Tschernobyl, bzw. mit der Aufhebung einer Anfangs eingesetzten Nachrichtensperre seitens der Sowjetunion, begann sich eine Zivilgesellschaft zu entwickeln, die allerdings über ökologische Aspekte nicht hinausging. Erst mit den Aprilstreiks 1991 begann sich die Bewegung auf das ganze Land auszuweiten. Dabei erreichte sie zu ihren Spitzenzeiten eine Mitgliedschaft von über 100 000 Personen. Als Folge der Aprilstreiks bildete sich eine Gewerkschaftsbewegung, die in ihren Forderungen auch auf politische Veränderungen drängte. Dabei stand die Ausarbeitung einer neuen weißrussischen Verfassung im Mittelpunkt. Zusätzlich wurde gefordert, dass sowjetische Unternehmen, wieder in den Besitz Weißrusslands übergehen und gleichzeitig unpolitisch werden sollten. Die Politik sollte sich aus dem innerbetrieblichen Geschehen heraushalten. Die Regierung schaffte es allerdings durch Lohnerhöhungen die Streiks gewaltfrei zu beenden (vgl. Siefkes 2003: 20).

Im Jahr 1990 schaffte es die Zivilgesellschaft ins Parlament einzuziehen und sollte auch bei den kommenden, politisch relevanten Ereignissen eine Rolle spielen. Zwei Jahre später entschied eine Unterschriftensammlung über ein Referendum für Neuwahlen, welche allerdings erfolglos blieb. 1996 wurde versucht gegen das weißrussische Verfassungsgericht vorzugehen, allerdings auch ohne Erfolg. Eine Besonderheit stellt die Zusammenarbeit unterschiedlicher Parteien vor dem Referendum da, was zeigt, dass erstmals eigene Interessen in den Hintergrund gestellt wurden.

Gründe für diese erfolglosen Versuche der Zivilgesellschaft, liegen wohl an der fehlenden Verankerung innerhalb der Gesellschaft. So besteht sie meist aus jungen Intellektuellen, welche allerdings eine Minderheit darstellen. Auch die Mitgliedschaft in einer Partei ist mit 5 Prozent auffallend niedrig, wobei auch von diesen 5 Prozent, ein Großteil Mitglied der kommunistischen Partei ist (vgl. Siefkes 2003: 20).

Demokratische Parteien konnten sich nur in größeren Städten etablieren, wie vor allem in Minsk, in ländlichen Gebieten sind sie so gut wie nicht vorhanden. Neben den eigenen politischen Interessen jeder Partei, sind sie auch einzeln zersplittert und verfügen kaum über eine gemeinsame Basis. Wirtschaftliche Faktoren scheinen für die Bevölkerung wichtiger zu sein als den Demokratisierungsprozess voranzutreiben, was aus einer Befragung aus dem Jahr 1995 hervorgeht, bei der zwei Drittel auf demokratische Rechte

verzichten würden, wenn ein starker Führer, die wirtschaftlichen Angelegenheiten Weißrusslands positiv gestalten würde (vgl. Siefkes 2003: 20).

Eingriffe seitens der Regierung verhindern ein Erstarren der Zivilgesellschaft massiv. Vor allem Demonstrationen sind nicht gerne gesehen und werden oft durch die Polizei verboten oder aufgelöst. Teilnehmer werden nicht nur in Schulen oder am Arbeitsplatz mit Sanktionen versehen, auch NGOs müssen mit Steuerprüfungen oder Mieterhöhungen rechnen (vgl. Siefkes 2003: 20). Zwar erlaubt die belarussische Verfassung sich mit Rechtsmitteln gegen diese Sanktionen zu wehren, allerdings kommt dies in der Praxis selten zur Anwendung. Die Sanktionen der Regierung scheinen die Bevölkerung abgeschreckt zu haben.

Ab 2003 begann die Regierung massiv gegen die Zivilgesellschaft vorzugehen. Getrieben durch die Angst, gestürzt zu werden, wie durch die farbigen Revolutionen ab 2001 in Serbien, der Ukraine, Kirgisien und Georgien, wo sich die jeweiligen Bevölkerungen gegen das autoritäre Regime richteten, begann Lukaschenko mit dem Eingrenzen der Zivilgesellschaft. Er verbot unabhängige Organisationen und verhinderte durch eine Gesetzesänderung die Möglichkeit der Opposition, neue Vereinigungen zu gründen. Nichtregierungstreue Zeitungen wurden bei regierungskritischen Artikeln verwarnt und nach dreimaligen Vergehen geschlossen. Auch im Bildungsbereich und in der Kultur wurden erhebliche Einschränkungen durchgesetzt. Staatsbedienstete wurden nur noch mit Einjahresverträgen ausgestattet, um noch mehr Druck auf sie ausüben zu können, indem man ihnen mit Kündigung drohte, oder ihre Verträge nicht verlängerte (Silitski 2005: 92f). Diese Maßnahmen von Seiten der Regierung, zwangen die vorhandenen Organisationen und auch einige Parteien sich in den Untergrund zu begeben. Dabei büßten sie allerdings erheblichen Kontakt mit der weißrussischen Bevölkerung ein. Oppositionelle Parteien entwickelten sich zu mitgliederschwachen Organisationen, die kaum noch aktiv waren, oder zu Staatsfeinden erklärt wurden und damit auch der öffentlichen Zustimmung beraubt wurden (vgl. Wieck 2002: 255).

Im Jahr 2006 kam es bei den in Weißrussland stattfindenden Präsidentschaftswahlen zu einer Besonderheit. Die Zivilgesellschaft schaffte es mit Hilfe demokratischer Kräfte einen starken Gegner aufzubauen, der Lukaschenko herausforderte. Die Bemühungen des amtierenden Präsidenten, gegen seinen Kontrahenten vorzugehen, gaben der Zivilgesellschaft neue Kraft. Die massiven Einschränkungen gegen den

Präsidentschaftsanwärter Aljaksandr Milinkiewitsch, konterten sie mit den wahrscheinlich größten Demonstrationen seit Jahren, bis diese Brutal durch die amtierende Regierung aufgelöst wurden. Durch Wahlfälschungen und die im Vorfeld eingeführten Repressionen gelang es der Opposition nicht, Lukaschenko von seinem Thron zu stoßen. Allerdings zeigte sich bei dieser Wahl, dass die Zivilgesellschaft in Weißrussland, trotz Verfolgung und Verbot stark und immer noch vorhanden war (Malerius 2011: 40).

Das Jahr 2010 und die in dieser Zeit stattfindende Präsidentschaftswahl kann als abgeschwächte Schablone für die zivilgesellschaftliche Entwicklung der vergangenen 20 Jahre angesehen werden. Es stellten sich wieder einige Kandidaten zur Wahl, allerdings schaffte es die Opposition wiederholt nicht, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und auch der Wahlkampf wurde mit unfairen Mitteln seitens der Lukaschenko-Regierung bestritten. Nach der Wahl allerdings kam es zu einer Neuerung. Lukaschenko schaffte es die Unterdrückungen durch Sanktionen und Verhaftungen, der Jahre 2003 bis 2006 sogar noch zu übertreffen (vgl. Malerius 2011: 118ff).

Auch in den Präsidentschaftswahlen 2010 und 2015 konnten sich weder die Opposition, noch die Zivilgesellschaft als starke Kraft in Weißrussland etablieren. Die nach der Wahl 2010 stattgefundenen Demonstrationen wurden von den Behörden schnell niedergeschlagen. Dabei wurden um die 700 Personen verhaftet, unter ihnen befanden sich sieben der neun angetretenen Präsidentschaftskandidaten. Die Zahl der Demonstranten wurde damals auf 15 000 geschätzt, was zeigt, dass Weißrussland immer noch über eine Opposition und Zivilgesellschaft verfügt, die Verhaftung der Gegenkandidaten Lukaschenkos, dürfte aber seine abschreckende Wirkung nicht verfehlen.

Auch 2015 schaffte es Lukaschenko wieder mit deutlicher Mehrheit der Stimmen, seine seit 1994 andauernde Regentschaft, auf fünf weitere Jahre zu verlängern. Die Opposition und auch die Zivilgesellschaft konnten während den Wahlen 2015 kaum auf sich aufmerksam machen, zu groß war die Angst nach den Unruhen von 2010 auch 2015 mit Verhaftungen rechnen zu müssen. Auch die wieder zerstrittene Opposition schaffte es nicht eine Aufbruch- und Proteststimmung, wie vor fünf Jahren zu schaffen. Diese friedlich abgelaufene Wahl ist also eine weitere verpasste Chance der Zivilgesellschaft in Weißrussland einen Wandel herbeizuführen, schlimmer noch, durch die kaum stattgefundenen Demonstrationen und die friedlich stattgefundenene Wahl, ist die EU bereit, die gegen Weißrussland verhängten Sanktionen zu lockern. Dies soll einen Anreiz setzen,

mehr Demokratie im Land stattfinden zu lassen, kann allerdings auch als Kapitulation der EU vor dem politischen System Weißrusslands gedeutet werden. Die weißrussische Zivilgesellschaft dürfte dies zumindest nicht als Unterstützung, seitens der EU, auslegen.

### **3 Ländervergleich**

#### **3.1 Ausgangslage - historischer Vergleich**

Sowohl Weißrussland als auch Polen blicken beide auf eine sehr wechselhafte Geschichte zurück. Eine weißrussische Identität hat sich erst relativ spät entwickelt. Als Teil des litauischen und polnischen Großreiches im Mittelalter, und ab 1795 Teil des Russischen Reiches, ab 1922, als sowjetische Unionsrepublik, Mitglied der Sowjetunion, gab es kaum eine Möglichkeit für Weißrussland, seine eigene Identität zu entwickeln.

Genauso musste auch Polen für seine Selbstständigkeit kämpfen. Durch die Aufteilung war das Land zwischen den Jahren 1795 und 1919 der eigenen Existenz beraubt worden. Auch während des Zweiten Weltkrieges stand Polen wieder zwischen den Fronten der Großmächte Nazi-Deutschlands und der Sowjetunion, welche es anfangs, als Folge des Hitler-Stalin-Paktes sogar unter sich aufteilten. Nach dem Ende des Krieges veränderten sich die Grenzen Polens abermals.

Polens Geschichte beginnt mit dem Jahr 966 in dem Mieszko I. den ersten polnischen Staat gründete und hatte seinen letzten großen Höhepunkt mit dem EU-Beitritt 2004. Unter Kazimierz III. wurde in Warschau 1364 die erste Universität Polens gegründet.

Im 17. Jahrhundert kommt es zu drei Teilungen des Landes, 1772, in dem ein Drittel des Landes Preußen und Russland zugesprochen wird, 1793, als ein weiteres Drittel an die Nachbarstaaten abgegeben werden muss und schließlich 1795, das Jahr in dem Polen, nach einem missglückten Aufstand komplett von der Landkarte gelöscht wird.

Erst 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, entsteht ein neuer unabhängiger polnischer Staat, der allerdings nur bis zu einer erneuten Aufteilung im Jahr 1939 besteht. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt, kommt es 1947 zur Neugründung Polens als sozialistischer Staat, bis zur Revolution 1989, die den Weg frei machte, für die Dritte Republik. Vor dem EU-Beitritt konnte sich Polen 1997 noch die Mitgliedschaft in der NATO sichern.

Die erste Unabhängigkeit konnte Weißrussland erst 1991 erlangen, mit dem Zerfall der Sowjetunion. Der Reformprozess, der in der Anfangszeit der Selbstständigkeit eingesetzt hatte, wurde durch die Wahl Aleksandr Lukaschenkos zum Präsidenten 1994 gestoppt und konnte sich seither nicht neu entwickeln. Die weißrussische Geschichte als eigenständige

Nation, beginnt viel später als die Polnische. Die erste freie und unabhängige weißrussische Volksrepublik wurde mit der Loslösung 1918 von der Sowjetunion ins Leben gerufen, konnte sich allerdings nur ein halbes Jahr halten, bis sie von den Kommunisten wieder übernommen und zur Weißrussischen Sowjetrepublik umbenannt wurde. Allerdings kam es nach etwa einem Jahr zu einer erneuten Änderung. Das Gebiet wurde geteilt, wobei ein Teil an Polen fiel und der andere weiter unter der Herrschaft Russlands stand. Als Gründungsmitglied 1922 der Sowjetunion besaß Weißrussland, welches unter russischem Einfluss stand, eine gewisse Autonomie, während der polnische Teil Weißrusslands, massiv von der polnischen Politik beeinflusst wurde.

Im zweiten Weltkrieg, als 1939, die Rote Armee, den polnischen Teil besetzte, kam es schließlich zu einer Wiedervereinigung Weißrusslands. 1941 wurde das Land schließlich innerhalb kürzester Zeit von der deutschen Wehrmacht besetzt und konnte erst 1944 von der Sowjetunion zurückerobert werden.

Mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion wurde Weißrussland schließlich 1990 in seine eigene Souveränität entlassen und rief 1991 die Republik Belarus aus. Den bisher letzten Höhepunkt erlebte Weißrussland, mit der Wahl Aljaksandr Lukaschenkos zum Präsidenten, schon 10 Jahr vor Polen, und das Land entwickelte sich immer mehr zu einer präsidentialen Diktatur, was zu einer Entfernung vom Westen führte.

Die Ausgangslage für eine erfolgreiche Transformation der beiden Länder, gestaltete sich trotz großer Unterschiede in der jeweiligen Geschichte, ziemlich ähnlich. Sowohl Polen als auch Weißrussland konnten eine Art Sonderstatus innerhalb der Sowjetunion genießen. Um die politische Lage innerhalb der Länder nicht zu gefährden, wurden ihnen viele Freiheiten gelassen. Die weißrussischen Beziehungen mit der Sowjetunion waren durch das eigene kommunistische Gedankengut der Elite des Landes, sowieso relativ gut. Der historische Kontext liefert des Weiteren noch eine starke Verbindung mit Russland. Daneben gibt es zahlreiche Verbindungen innerhalb der russischen und weißrussischen Kultur, Sprache und Ideologie.

Die Rote Armee die Polen am Ende des Zweiten Weltkrieges befreit hatte, wurde von der polnischen Bevölkerung allerdings vor allem als Besatzung wahrgenommen, dies konnte auch die Wiederherstellung der Volksrepublik Polens nicht ändern. Als Mitglied des Ostblocks schaffte es Polen mit Hilfe der katholischen Kirche allerdings wieder seine eigene Souveränität zu erlangen. Die homogene Bevölkerung, die Ermordung und

Vertreibungspolitik der Nazis und die später vor der Roten Armee geflohenen deutschen Bewohner, haben zusätzlich dazu beigetragen, dass Polen seine eigene Identität, innerhalb der Sowjetunion, entwickeln konnte.

Der Kalte Krieg spielte besonders für Weißrussland eine bedeutende Rolle. Es wurde viel Militär im Land stationiert, da durch die geographische Lage die militärische Bedeutung des Landes für die Sowjetunion stieg, dies wiederum ging mit einem Zufluss von externen Geldmitteln einher. Auch schon davor sorgte das Nachbarland für eine Steigerung des weißrussischen Lebensstandards durch eine Verbesserung im Bereich des weißrussischen Industriesektors.

Die Befreiung Polens durch die Rote Armee wurde, wie bereits erwähnt, von der überwiegenden Mehrheit, als erneute Besatzung Russlands wahrgenommen, was zu einer ablehnenden Haltung und der Herausbildung der polnischen Opposition führte.

### **3.2 Vergleich Wirtschaft**

Die wirtschaftliche Ausgangslage Polens und Weißrussland waren mit einer ähnlichen Abhängigkeit gegenüber der Sowjetunion und später Russlands versehen. Allerdings versuchte Polen schon früh nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sich vom großen Nachbarn zu lösen und seine wirtschaftlich über die Jahre festgefahrene Haltung zu ändern. Dabei spielt der Balcerowicz-Plan eine entscheidende Rolle. Dieser sah, ab den 1990er Jahren, eine radikale Umstrukturierung des wirtschaftlichen System Polens vor, an deren Ziel eine liberale Marktwirtschaft stehen sollte.

Die Weißrussischen Transformationsbemühungen sollten sich in wirtschaftlichen Belangen, auf eine kurze Phase nach der Unabhängigkeit beschränken. Die einsetzende Rezession, nach dem Zerfall der Sowjetunion, traf Weißrussland unvorbereitet und trieb große Teile der Bevölkerung in die Armut. Ohne klaren Plan und mit großer Unterstützung Russlands, besonders im Bereich des Energiesektors, steuerte das Land in eine Abhängigkeit, die bis heute andauert.

In Polen wurde die Transformation der Wirtschaft, besonders im Bereich der Binnenwirtschaft, durch Privatisierungen vorangetrieben, während Weißrussland einen komplett gegensätzlichen Weg ging und die großen Betriebe weiter in der Hand des Staates beließ.

Polen orientierte sich bei seiner binnenwirtschaftlichen Transformation an Erfahrungen westlicher Länder und gab für die Umgestaltung des Systems, mit dem fünf Jahresplans

einen extrem knappen Zeitrahmen vor. Die Öffnung für ausländische Investoren sollte ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer erfolgreichen Wirtschaftstransformation werden.

Allerdings verlief auch in Polen nicht alles Reibungslos. Die Umwandlung der Staatsbetriebe in Privateigentum stellte die polnische Regierung vor ein nicht zu unterschätzendes Problem.

Außenwirtschaftlich stand bei Polen das Assoziierungsabkommen mit der EU 1991 im Vordergrund. Während Weißrussland, durch die Errichtung von Zollgrenzen innerhalb der GUS-Staaten im Jahr 1991 zu kämpfen hatte, schaffte es Polen durch den Beitritt einer Freihandelszone, dem großen Ziel EU-Beitritt, ein großes Stück näher zu kommen.

Der erhoffte Aufschwung, durch eine Zollunion mit Russland, konnte allerdings auch nicht bestätigt werden und ist im Nachhinein betrachtet, mehr Fluch als Segen für Weißrussland.

Die größte Bremse der wirtschaftlichen Transformation sollten allerdings die Bemühungen, des frisch gewählten Präsidenten Lukaschenko darstellen, den Strukturkonservatismus aufrechtzuhalten. Neben der abschreckenden Wirkung auf mögliche ausländische Kapitalgeber, wurden dadurch auch allgemeine Modernisierungsmaßnahmen behindert. Dazu kam, dass die politische Führung in Weißrussland, nie versuchte, durch zum Beispiel Privatisierung von staatlichen Betrieben, wie es in Polen massiv der Fall war, marktwirtschaftliche Strukturen zu schaffen.

Allerdings konnte auch Weißrussland, nach der Unabhängigkeit, kleinere Erfolge im wirtschaftlichen Sektor vorweisen. Diese wurden allerdings von außen herangetragen und dem Land eher aufgezwungen. Herangetragen insofern, dass gerade der Industriezweig, ein bereits zu Zeiten der Sowjetunion in Weißrussland stark verbreitetes Gebiet war und auch heute noch in Russland angesehen ist. Ebenso im Energiesektor, der, wie eingangs bereits beschrieben, auch heute noch von Russland abhängig ist, die Energie aber auch heute noch günstig vom großen Nachbarn bezogen werden kann.

Mit dem EU-Beitritt 2004 gilt die polnische Wirtschaft als vollständig transformiert und das, obwohl das Land in der Phase der Umgestaltung, einige Regierungswechsel hinnehmen musste und die Bevölkerung nicht immer an den Plänen Balcerowiczs festhalten wollte. Demgegenüber steht die in Weißrussland zwar immer gleiche Regierung, der allerdings wohl der Wille für tiefgreifende Reformen bis heute fehlt.

### 3.3 Vergleich Politik

Die Innenpolitik wurde in Polen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem politischen Wandel in der Region, komplett auf die Außenpolitik ausgerichtet.

In Weißrussland, versuchte der gewählte Präsident Lukaschenko, ab 1994, seine Macht weiter auszubauen und zu festigen.

Im gleichen Jahr, als Polen der EU beitrug und damit die Veränderung von einer kommunistischen Diktatur, zu einer parlamentarischen Demokratie schaffte, legte Lukaschenko mit einem Referendum den Grundstein für eine zeitlich unbegrenzte Präsidentschaft. Schon mit der Verfassungsänderung 1994, begann Weißrussland immer weiter von einer möglichen Transformation des politischen Systems abzurücken.

Anders als in Weißrussland, begann in Polen der Transformationsgedanke schon in den 1970er Jahre, genauer 1976, als es aufgrund massiver Preisanstiege, im ganzen Land zu Protestwellen kam. Die Bildung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter, seitens der Regierung, kann als erster Ansatz, für den Willen zur Transformation der polnischen Bevölkerung gewertet werden.

Allerdings scheint der endgültige Schritt erst durch die parteiunabhängige Solidarność Gewerkschaft gemacht worden zu sein. Der Gedanke dieser Bewegungen, der sich auch durch ein ausgerufenes Kriegsrecht, nicht aus den Köpfen der polnischen Bevölkerung vertreiben lies, führte schließlich zur Einberufung des Runden Tisches 1989 und zur Auflösung des kommunistischen Systems. Der Weg zum EU-Beitritt 2004 sollte allerdings nicht nur harmonisch ablaufen. Vielmehr ist es dem 1990 gewählten Präsidenten Lech Wałęsa zu verdanken, der Schlüsselpositionen in vielen Ministerien mit Personen besetzte, die einen ähnlichen Weg gehen wollten, dass der Reformwille wieder verblühte.

In Weißrussland, schaffte es Lukaschenko, auch durch das Gewaltsame unterbinden von Protesten, oder das androhen von Gefängnisstrafen für Oppositionelle, seine Wiederwahlen mit teilweise über 80 Prozent der Stimmen zu gewinnen.

Außenpolitisch wandelte Polen, nach der Unabhängigkeit, auf einem schmalen Grad. Einerseits versuchte man die Annäherung an den Westen und andererseits wollte man unter keinen Umständen den Nachbarn Russland verärgern. Allerdings gelang dies nur zum Teil, denn als 1994 eine Partnerschaft mit den NATO-Mitgliedsländern eingegangen wurde, veränderten sich die Beziehungen zu Russland deutlich. Die guten Beziehungen zu Russland, die sich besonders in dem Abzug der russischen Truppen, die in Polen stationiert waren, zeigten, sollten mit dem forcierten NATO-Beitritt, abkühlen. Des Weiteren war

Polen nach der Unabhängigkeit einer weiteren Besonderheit ausgesetzt. Musste man sich vor 1989 nur mit drei Nachbarländern verständigen, waren es danach gleich sieben. Mit dem Endgültigen Beitritt Polens zur NATO 1999, nachdem davor besonders die USA sein Veto gegen den Beitritt geltend machte, schaffte es Polen sich von seinem übermächtigen Nachbarn abzusichern.

Weißrussland ging währenddessen einen anderen Weg. Zusammen mit Russland bildete man die Russisch-Weißrussische Union, ein Staatenbund, der auf den Ebenen Wirtschaft und Verteidigung zusammenarbeiten sollte. Auch ist Weißrussland Mitglied in der Eurasischen Wirtschaftsunion und in der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit.

Nach der Unabhängigkeit, deutete der weißrussische Weg noch Ähnlichkeiten mit dem polnischen an. Weißrussland befand sich in einem ähnlichen Dilemma, wie Polen, einerseits Russland zufrieden stellen zu wollen und andererseits die Beziehungen mit der Europäischen Union zu knüpfen. Die Anfangs neutral gehalten Außenpolitik schien allerdings, ähnlich wie in Polen, auf eine Zuwendung zur EU hinauszulaufen.

Als allerdings Lukaschenko 1994 zum Präsidenten gewählt wurde, kühlten die Beziehungen zum Westen merklich ab. Das 1995 geschlossene Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen, kann wohl als einer der letzten Versuche der EU gewertet werden, Weißrussland als möglichen Beitrittskandidaten, doch noch zu einem anderen Kurs zu bewegen. Die Aufnahme Weißrusslands 2009 in die östliche Partnerschaft, ein Teilprojekt der Europäischen Nachbarschaftspolitik, kann eher als Sicherung der eigenen Außengrenzen gedeutet werden, als, als ernsthafte Möglichkeit, Weißrussland, doch noch in absehbarer Zukunft in die EU zu integrieren. Zu oft wurde auch dieses Teilprojekt der EU auf eine harte Probe gestellt.

Polen versuchte auch nach der NATO-Mitgliedschaft den Weg Richtung EU-Beitritt fortzusetzen. Neben der Anpassung des Rechtssystems und der Angleichung des marktwirtschaftlichen Levels wurde auch ein Referendum über die Mitgliedschaft in Polen abgehalten, dass mit über 77 Prozent mit einer Zustimmung beantwortet wurde. Polen wurde 2004 vollwertiges Mitglied in der Europäischen Union, die politische Transformation scheint somit abgeschlossen zu sein.

### 3.4 Vergleich Kultur

Trotz einiger kultureller Gemeinsamkeiten zwischen Weißrussland und Polen, bestanden schon immer Unterschiede, besonders in ihrer Abhängigkeit gegenüber den anderen sozialistischen Ostblockstaaten. Besonders Weißrussland wurde im Großteil seiner Geschichte fremdbestimmt und hatte anders als Polen keine Sonderstellen, innerhalb der Sowjetunion, sondern war, zumindest der östliche Teil Weißrusslands, Gründungsmitglied der Sowjetunion, während der westliche Teil zu Polen gehörte.

Diese Fremdbestimmtheit erschwerte es der weißrussischen Kultur sich zu entwickeln. Anders als Polen konnte man sich selten auf einen historischen Nationalgedanken beziehen. Daraus resultierte wohl der fehlende Wille der Bevölkerung sich von der Sowjetunion zu lösen. Als immer mehr Länder die Unabhängigkeit der Sowjetunion erklärten, folgte zum Schluss Weißrussland, allerdings waren die Bemühungen eher halbherzig. Neben einer, wie bereits beschrieben, starker wirtschaftlicher Abhängigkeit vom großen Bruder, war auch die Amtssprache weiterhin Russisch, während Weißrussisch in der Schule nur als Nebenfach gelehrt wurde.

In Polen versuchte die regierende sozialistische Partei zwar ebenfalls die eigene Ideologie zu verbreiten, stieß innerhalb der Bevölkerung allerdings oftmals auf Widerstand, oder konnte die Mehrheit der Polen nicht für diese gewinnen. Neben dem fehlenden kulturellen Anker, war auch der wirtschaftliche Faktor nicht vorhanden, da die gelenkte Planwirtschaft ebenfalls nicht auf Zustimmung der Gesellschaft stieß. Aus diesem mangelnden Willen, die neue Ideologie anzunehmen, entwickelten sich in Polen zwei Gedanken, die sich nur schwer mit der sozialistischen Ideologie vereinen ließen, dem Nicht-Obrigkeitsdenken einerseits und dem Nationalkatholizismus andererseits. Bei letzterem standen besonders die schrecklichen Erfahrungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg im Fokus. Die Vernichtung von fast allen polnisch stämmigen Juden, sowie das Verbot auf religiöse Vielfalt, sollten die polnische Bevölkerung nur weiter in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der sozialistischen Ideologie vereinen. Besonders der Stalinismus setzte der polnischen katholischen Kirche zu. Als dieser allerdings 1956 beendet wurde, hatte sich die katholische Kirche als einziger Gegenspieler der Politik, in der Bevölkerung etabliert. Die sich in Polen entwickelte Opposition agierte anfangs ebenso unter dem Schutz der Kirche, wie später die Solidarność Gewerkschaft, die sich oftmals auf katholische Traditionen berief.

In Weißrussland bestand schon vor der Unabhängigkeit, kein großer Wille als eigene Nation, die Politik, Kultur und Wirtschaft des eigenen Landes selbst zu bestimmen. Ein 1991 abgehaltenes Referendum, über die Frage, ob man weiter Teil der Sowjetunion sein will, stimmten 83 Prozent für dafür, der Durchschnitt, innerhalb der Union, lag bei 76 Prozent.

Bis zur ersten Präsidentschaftswahl in Weißrussland, schien sich kurzzeitig ein Nationalgedanke im Volk zu entwickeln. Allerdings wurde dieser, nach der Vereidigung von Präsident Lukaschenko, immer mehr vertrieben. Die Unterdrückung der Opposition von Seiten der Regierung, lässt kaum einen eigenen Gedanken, der nicht mit der Meinung des Präsidenten übereinstimmt, zu. Dabei scheint die Regierung in Weißrussland einen National- und Kulturgedanken der Bevölkerung aufdrängen zu wollen, der von Ihnen erschaffen worden ist und keine Zweifel oder überhaupt andere Meinungen zulässt. Die Beeinflussung der Medien und die Androhung von Strafen sind dabei nur zwei Elemente um Lukaschenkos Macht zu festigen.

Die polnische Bevölkerung hatte schon lange vor der Unabhängigkeit eine ablehnende Haltung gegenüber den polnischen und sowjetischen Kommunisten. Sie standen im kompletten Gegensatz zu den katholischen Moralvorstellungen, die sich im Land immer stärker ausdehnten. Bis sich der Sowjetkommunismus in Polen durchsetzen konnte, dauerte es zwei Jahre, was zeigt, dass die Bevölkerung mit der neuen Ideologie, lange nicht einverstanden war, sich allerdings, als Moskau sich in den Prozess einmischte, aufgeben musste. Aber auch nachdem der Kommunismus seine Macht in Polen erlangt hatte, sollte sich die Gesellschaft nicht einfach damit abfinden, sondern organisierte zahlreiche Streiks und Proteste.

Mit der Zeit arrangierte sich die polnische Bevölkerung allerdings mit der neuen Ideologie, indem sie sich nach außen hin anpasste und zuhause weiter den traditionellen, katholisch geprägten Weg ging.

### **3.5 Vergleich Sozialwesen**

Das Sozialwesen in Polen und besonders im Bereich der Bildung, war während den Zeiten des politischen Umbruchs gekennzeichnet von teilweise unkoordinierten und chaotischen Veränderungen. In Weißrussland war das Bildungswesen, wie in den anderen sowjetischen Staaten auch, nach dem Modell der Einheitsschule etabliert. Dabei dienten als Grundlage die marxistischen und leninistischen Ideologien.

Nach der Unabhängigkeit wurde in Polen und in Weißrussland damit begonnen, das Bildungswesen umzugestalten, allerdings stoppte in Weißrussland der Prozess, mit Lukaschenkos Wahl zum Präsidenten, wohingegen in Polen, trotz politischer Unregelmäßigkeiten, das Ziel, sich vom sozialistischen Erbe zu lösen, immer im Vordergrund stand. Dabei orientierte sich Polen immer mehr an westlichen Elementen und richtete seine Strategie im Bildungswesen, komplett auf einen zukünftigen EU-Beitritt aus. In Weißrussland versuchte Lukaschenko alte sowjetische Traditionen im Bildungswesen wiederzubeleben, um dadurch seine Macht zu festigen. Wichtige Veränderungen und Neuerungen blieben also aus. Dazu kamen wirtschaftliche Probleme, die auch im Bildungswesen in Weißrussland zu spüren waren. Von den zwischen 1991 und 1996 stattgefundenen Reformen, war innerhalb weniger Jahre nichts mehr übrig.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung musste Weißrussland besonders durch die Tschernobyl-Katastrophe einen schweren Schlag einstecken. In Polen stand die Umgestaltung des Gesundheitswesens schon seit den 1980er Jahren auf der Agenda, allerdings dauerte es bis zur Unabhängigkeit, bis schließlich begonnen wurde dies umzusetzen. Allerdings gab es auch während der Reformen immer wieder erhebliche Rückschläge, sodass es bis heute zu keiner vollständigen Reform kam.

Die in Weißrussland, im Vergleich zu Polen, sehr niedrige Lebenserwartung bei Frauen und besonders bei Männern, lässt sich einerseits vielleicht durch die Folgen des Reaktorunglücks erklären, andererseits durch die teilweise extrem schweren Arbeitsbedingungen, welchen die weißrussische Bevölkerung, aufgrund fehlender Absicherungsorganismen, auch im hohen Alter, oft ausgesetzt wird.

Das Sozialsystem in Polen konnte, wie das Gesundheitswesen, zahlreiche Reformen nicht umsetzen, was allerdings weniger Probleme mit sich brachte, da, das im kommunistischen Polen eingeführte Zentralplanungssystem, bereits zahlreiche Absicherungen der Bevölkerung vorsah. Das Gesundheitssystem und das Bildungswesen war in Polen kostenlos, sodass, anders als in Weißrussland, wo das zwar auch der Fall sein sollte, oftmals aber anders umgesetzt wurde, das Geld aus dem Sozialsystem, für dringende benötigte Lebensmittel etc. aufgewendet werden konnten. Auch nach der Unabhängigkeit wurden Sozialleistungen weitestgehend vom Staat getragen, oder sind zumindest durch die Verfassung, für jeden polnischen Bürger zugänglich. Durch den EU-Beitritt kam noch ein

weiterer Sektor, neben den staatlichen und kirchlichen Sozialleistungen, hinzu, die NGOs, die im Gegensatz zu Weißrussland, fast nicht vorhanden sind.

### **3.6 Zivilgesellschaftlicher Vergleich**

In Polen agierten auf zivilgesellschaftlicher Ebene schon seit Ende des 18. Jahrhunderts die Kirche und später auch verschiedene Gewerkschaften. In Weißrussland gab es zwar von 1989 an bereits vereinzelt zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse, allerdings hatten sie keinen Einfluss auf die politischen Geschehnisse des Landes. Erst mit der Tschernobyl-Katastrophe entwickelte sich, durch den seitens der Sowjetunion falschen Umgang, man versuchte damals das Unglück kleinzureden und verschwieg lange Zeit, dass der größte Fallout über dem Gebiet von Weißrussland stattgefunden hatte, eine Zivilgesellschaft, die sich allerdings weniger mit den politischen Aspekten des Landes befasste, sondern eher der ökologischen Schiene zuzuordnen war. Ab 1991 fanden in Weißrussland die sogenannten Aprilstreiks statt, die sich zu einer Bewegung entwickelten, die auch nach politischen Veränderungen verlangte. Die Regierung reagierte auf diese Protestbewegung mit Lohnerhöhungen und konnte sie so gewaltfrei wieder beenden.

Die Kirche spielte in der Geschichte Polens eine besondere Rolle. Sie überdauerte nicht nur die NS-Zeit und den Sozialismus, sondern schaffte es auch, in schwierigen Phasen des Landes, sich immer stärker in der Bevölkerung zu etablieren. Ab den 1970er Jahren kamen, als zweite zivilgesellschaftliche Kraft, die Gewerkschaften in Polen hinzu. Anders als in Weißrussland, ließen sich in Polen die gewerkschaftlichen Bewegungen, nicht durch Lohnerhöhungen oder Ähnlichem wieder verdrängen, sondern schlossen sich mit der katholischen Kirche zusammen und schafften es dadurch, sich stärker in den Gedanken der Bevölkerung festzusetzen. Die NS-Zeit und der Stalinismus, bedeuteten für die polnische Zivilgesellschaft nicht etwa das Aus, sondern stärkten die Gesellschaft im Kampf gegen die Unterdrücker von außen. Ein Gemeinschaftsgefühl entwickelte sich und es entstand ab den 1970er Jahren, langsam eine politische Opposition. Anders als in Weißrussland, dort schaffte es die Zivilgesellschaft zwar immer mal wieder für Aufsehen zu sorgen, hatte allerdings letztendlich nicht genügend Verankerung innerhalb der Bevölkerung. Der junge intellektuelle Teil der Gesellschaft, der die Zivilgesellschaft in Weißrussland am Leben hielt, war leider deutlich in der Minderheit und schaffte es nicht, politisch aktiv zu werden. Die etablierten Parteien und besonders die demokratischen, sind entweder innerhalb der Parteien zerstritten, oder schafften es nicht die Bevölkerung mit ihren Wahlprogrammen zu

---

begeistern. Besonders im ländlichen Teil Weißrusslands schien es ihnen nicht möglich zu sein, die dort lebenden Menschen zu erreichen.

Neben den Intellektuellen konnten sich auch die Arbeiter in Polen zivilgesellschaftlich organisieren. In Weißrussland dagegen scheint ein persönlicher wirtschaftlicher Aufschwung wichtiger zu sein, als einen möglichen Demokratisierungsprozess zu beginnen. Allerdings musste auch Polen vor 1989 eine Phase ertragen, in dem die Gesellschaft das Vertrauen mehr und mehr in die Zivilgesellschaft verlor. Bedingt durch Repressionen des Staates, begannen die Bürger an ihrer Opposition und der Zivilgesellschaft zu zweifeln. Erst nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Polen, etablierten sich immer mehr NGOs und leiteten die Transformation des Landes, nicht nur auf politischer Ebene, mit ein.

In Weißrussland wurden vor der Unabhängigkeit zivilgesellschaftliche Versuche der Mitbestimmung besonders hart bestraft. Demonstrationen waren verboten und um mögliche Nachahmer abzuschrecken, wurden die Teilnehmer oftmals an ihren Arbeitsplätzen mit Sanktionen versehen. NGOs wurden oftmals entweder aufgelöst oder mussten, als Schikane, mit Steuerprüfungen und Mieterhöhungen rechnen. Ab 2003 wurde begonnen noch intensiver gegen zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse vorzugehen. Die farbigen Revolutionen von 2001 in den Nachbarländern schürten die Angst Lukaschenkos vor einer Entmachtung und veranlassten die Regierung, Verbote gegen unabhängige Organisationen auszusprechen, und verhinderten Neugründungen dieser. Zwar scheint bei jeder neuen Präsidentschaftswahl in Weißrussland, die Zivilgesellschaft wieder etwas mehr an Einfluss zu gewinnen, allerdings wird mit jeder neuen Vereidigung Lukaschenkos dieser deutlich geringer. Neben den internen Streitigkeiten, führen auch die Sanktionen seitens der Regierung zu einem abschwächen zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Weißrussland.

## **E Zusammenfassung**

Die unterschiedliche Transformation von Polen und Weißrussland lassen sich auf verschiedenen Ebenen betrachten. Historisch betrachtet, scheinen der Einfluss der katholischen Kirche und die schon zum Teil im Mittelalter festgelegten Staatsgrenzen, der polnischen Bevölkerung eine offenere Einstellung zur Transformation gegeben zu haben. Durch die katholische Kirche, den späteren Papst Johannes Paul II. entwickelte sich in vielen Krisen ein oppositioneller Gedanke innerhalb der Allgemeinheit, der als Gegenentwurf zu autokratischen und kommunistischen Ideen auch Zustimmung der polnischen Gesellschaft erhielt.

Die sich erst spät entwickelte Republik Belarus und auch die davor fehlende nationale weißrussische Identität kann einen Hinweis auf eine eher schwache Opposition und Zivilgesellschaft in Weißrussland liefern.

Zwar musste sich auch Polen, durch die Aufteilung des Landes zwischen der SU und des Dritten Reiches, einer Identitätskrise stellen, allerdings schaffte es das Land gestärkt aus dieser Zeit hervorzugehen. Neben der katholischen Kirche schaffte es auch die Gewerkschaft Solidarność als zweite zivilgesellschaftliche Kraft ein fester Bestandteil der polnischen Opposition zu werden.

Geschichtlich betrachtet hatte weder die Kirche, noch eine andere unabhängige Vereinigung in Weißrussland, die Möglichkeit, sich über einen längeren Zeitraum zu etablieren. Auch die erste richtige Unabhängigkeit war in Weißrussland mit 1991 erst sehr spät. Auch die starke Verbindung mit Russland, zum einen durch die große Anzahl an russischen Soldaten, die während des kalten Krieges in Weißrussland stationiert waren, sowie die wirtschaftliche Verflechtung erschwerten es die Bevölkerung für die Transformation zu begeistern.

Wirtschaftlich waren beide Länder über einen langen Zeitraum an Russland gebunden, allerdings konnte sich Polen zum einen aufgrund der Umstrukturierung der eigenen Wirtschaft etwas von Russland loslösen und wurde zum anderen auch von den westlichen Ländern, allen voran Deutschland unterstützt und ermutigt. Der begonnene, bzw. bestrebte EU-Beitritt ließ Polen auch keine andere Möglichkeit als sich wirtschaftlich neu zu positionieren. Dabei sollte der Balcerowicz-Plan eine entscheidende Rolle spielen.

Weißrussland dagegen hatte schlimmer mit der eintretenden Rezession zu kämpfen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion in den Ostblockstaaten eintrat. Das Land schaffte es

nicht einen eigenen Plan zu entwickeln sondern wurde durch die Hilfe Russlands, besonders im Bereich des Energiesektors in eine Abhängigkeit gestürzt, die eine wirtschaftliche Transformation fast unmöglich machen sollte. Auch Binnenwirtschaftlich verstand es Weißrussland nicht, sich zu öffnen und Investitionen von außen zuzulassen. Genauso wenig schaffte es das Land, Privatisierungen voranzutreiben um wirtschaftlich eine Wende einzuleiten. Mit Lukaschenkos Plan, den Strukturkonservatismus weiter aufrecht zu halten, sollte das Thema wirtschaftliche Transformation für Weißrussland erstmals beendet sein.

In Polen hingegen wurden durch den vorangetriebenen EU-Beitritt auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Neben den Privatisierungen, öffnete sich das Land für Investoren von außerhalb. Zwar gab es auch in Polen, besonders Anfangs einige Probleme bei der Umsetzung, allerdings stand das Ziel des Beitritts zur EU immer im Vordergrund und ließ das Land auch schwierigere Aufgaben überwinden.

Politisch gab es sowohl in Polen, als auch in Weißrussland, nach der Unabhängigkeit eine Phase, in der die Transformation für beide Länder möglich schien. Dass es allerdings nur eines der beiden Länder schaffte, scheint besonders mit zwei Namen verknüpft zu sein. In Weißrussland konnte sich Aljaksandr Lukaschenko als alleiniger Herrscher durchsetzen, während in Polen mit Lech Wałęsa ein Präsident an die Macht kam, der versuchte das Land besonders politisch und wirtschaftlich zu transformieren. Lukaschenkos Politik hingegen war darauf ausgerichtet seine Macht zu sichern und auszubauen.

Außenpolitisch waren eben diese beiden Präsidenten Polens und Weißrussland dafür verantwortlich, dass sich Lech Wałęsa den westlichen Ländern zuwandte und Aljaksander Lukaschenko Russland.

Vergleicht man die Kulturen von Polen und Weißrussland, wird sofort deutlich, wieso sich die polnische Kultur einfacher transformieren lies. Weißrussland war über einen sehr langen Zeitraum fremdbestimmt und die Kultur nicht nur von der russischen geprägt, sondern ist teilweise auch aus ihr hervorgegangen. Ein Nationalgedanke fehlte fast vollständig und auch die eigene Sprache wurde oftmals unterdrückt oder vernachlässigt. Auch die Kirche hatte keinen so starken Einfluss auf die Kultur in Weißrussland und die Zustimmung der Bevölkerung für die Regierung, anders als in Polen, war selten ablehnend. Das Sozialwesen war besonders im Bereich der Bildung unterschiedlich in Weißrussland und Polen. Orientierte sich Weißrussland an den marxistischen und leninistischen

Ideologien und etablierte das Modell der Einheitsschule, versuchte Polen sich durch Veränderungen, die teilweise chaotisch abliefen, dem westlichen Modell der Bildung zu nähern. Die kleinen, einsetzenden Veränderungen im Sozialwesen, nach der Unabhängigkeit wurden in Weißrussland, durch die Wahl Lukaschenkos gestoppt, während in Polen auch während politischen Neuausrichtungen, daran festgehalten wurde. Die Reformschwäche, bzw. Reformdefizite sollten sich in Weißrussland auch in den Bereichen Gesundheitswesen und Sozialsystem deutlicher zeigen, als in Polen.

Zivilgesellschaftlich gab es in Polen, wie bereits erwähnt, zwei starke Akteure. Die katholische Kirche, die schon sehr lange in Polen existierte und die Gewerkschaften. In Weißrussland schaffte es vor und nach der Unabhängigkeit keine Kraft sich als Opposition herauszubilden und einen starken Rückhalt der Bevölkerung zu erhalten.

Die abgeschlossene Transformation in Polen zeigt, dass der Wandel eines ehemals kommunistisch regierten Landes, zu einer vollwertigen Demokratie möglich ist. Sie zeigt allerdings auch, dass eine Veränderung nicht nur auf der politischen Ebene stattfinden muss, sondern sich viel mehr Bereiche darauf einlassen müssen. Des Weiteren kann man festhalten, dass eine Transformation auch in einem sehr kurzen Zeitraum möglich ist, jedoch nur, wenn die Rahmenbedingung und ein vorhandener Anreiz gegeben sind und sich die Mehrheit der Bevölkerung dafür ausspricht. Ob es in Weißrussland in Zukunft zu einer Transformation des Systems kommen wird, lässt sich zu diesem Zeitpunkt nicht sagen, sollte es allerdings dazu kommen, wird mit Sicherheit die Zivilgesellschaft einen erheblichen Beitrag dazu leisten, wie es in Polen mit den Gewerkschaften und der Kirche der Fall war.

## **F Literaturnachweise**

Ahrens, Joachim (1994): Der russische Systemwandel, Reform und Transformation des (post)sowjetischen Wirtschaftssystems. Frankfurt, Berlin.

Alexander, Manfred (2008): Kleine Geschichte Polens. Stuttgart, Reclam.

Altrichter, Helmut (1993): Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. C.H.Beck.

Anatol, Ljabedzka (1998): Zur außenpolitischen Kozeption der demokratischen Opposition in Belarus (I): Belarus im postsowjetischen Kontext. (Aktuelle Analysen / BIOst 13/199)

Arnold, Markus (1994): Reform und Transformation von Wirtschaftssystemen am Beispiel der ehemaligen Sowjetunion, (Europäische Hochschulschriften: Reihe 5, Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft, Bd. 1579), Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften

Babajew, Aser (2001): Demokratieförderung zwischen Annäherung und Sanktion. Der US-amerikanische und deutsche Umgang mit dem Lukaschenko-Regime in Belarus. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) Report Nr. 3/2011

Barbian, Jan-Pieter/ Zybura, Marek (Hrsg.) (1999): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Darmstadt.

Baske, Siegfried (Hrsg.) (1992): Polen im Übergang zu den 90er Jahren, Berlin

Benecke, Werner (2001): Die weißrussischen Territorien in der Polnischen Republik. In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht

Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, 1. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Beyme, Klaus von (1996): Transition to democracy in Eastern Europe, London: Macmillan Press Ltd.

Bieder, Hermann (2001): Der Kampf um die Sprachen im 20. Jahrhundert. In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht

Biermann, Herbert/ Einig, Elisabeth/ Hesse, Frank (1996): System-Transformation: Logik und Theorie sowie Darstellung am Beispiel der muslimisch beeinflussten GUS-Republiken, München, Wien: Oldenbourg Verlag

Bingen, d./ Woycicki, K. (Hrsg.) (2002): Deutschland - Polen - Osteuropa: Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts). Harrassowitz, Darmstadt.

Bohn, Thomas/Shadurski, Viktor (Hrsg.) (2011): Ein weißer Fleck in Europa ...: Die Imagination der Belarus als Kontaktzone zwischen Ost und West, transcript Verlag

Bömelburg, Hans (2007): Frühneuzeitliche Nationen im östlichen Europa: Das polnische Geschichtsdenken und die Reichweite einer humanistischen Nationalgeschichte (1500-1700). Harrassowitz.

Borodziej, Włodzimierz (2010): Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. C.H.Beck,

- Bohnet, Armin/ Ohly, Claudia (1992): Zum gegenwärtigen Stand der Transformationstheorie – Eine Literaturstudie, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 41. Jhg, Heft 1.
- Burmeister, Holger (1995): Politische Partizipation als Element der Transformationsprozesse in Polen (1989 - 1991), Frankfurt/M.-Bern-New York-Paris.
- Chiari, Bernhard (2001): Die Kriegsgesellschaft. Weißrußland im Zweiten Weltkrieg (1939-1944). In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Dahl, Robert (1971): Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven.
- Dauderstädt, Michael (2004): Transformation und Integration der Wirtschaft der postkommunistischen Beitrittsländer. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 5-6/2004). Weg und Bilanz der Transformation in osteuropäischen Staaten
- Davies Norman (2006): Geschichte Polens. München,
- Donnert, Erich (1983): Das Kiewer Russland: Kultur und Geistesleben vom 9. bis zum beginnenden 13. Jahrhundert. Urania-Verlag,
- Dingley, Jim (2001): Sprach in Weißrussland bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Erdmann-Knutnevic, Sabine (2006): Die soziale Situation von älteren Menschen in Belarus, Russland und der Ukraine. Fonds „Erinnerung und Zukunft“, Berlin.
- Fowkes, Ben (1994): Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa. Mainz
- Francois, Etienne/Hagen Schulze (2001): „Einleitung“, In: Francois, Etienne/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, München: C.H.Beck.
- Frantz, Christian (2000): EU-Integration als Transformationsrahmen? Demokratische Konsolidierung in Polen durch die Europäische Union. Leske + Budrich, Opladen.
- Frost, Robert (2015): The Oxford History of Poland-Lithuania: Volume I: The Making of the Polish-Lithuanian Union, 1385-1569. Oxford University Press, Oxford.
- Gaber, Rusanna (2007): Politische Gemeinschaft in Deutschland und Polen: Zum Einfluss der Geschichte auf die politische Kultur. VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Garsztecky, Stefan (2002): Die Entwicklung zu Zivilgesellschaft und Bürgerengagement in Polen.
- Gieler, Wolfgang (2013): Das politische System von Belarus: Geschichte, Grundlagen und Entwicklungsperspektiven. LIT Verlag, Berlin.
- Gliński, Piotr (2008): Die Zivilgesellschaft in Polen: Genese, Entwicklung, Dilemata. In: Deutsches Polen institut Forschungsstelle Osteuropa. polen-analysen 25/08
- Götting, Ulrike, (1998): Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Ein Zwischenbilanz. Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden.
- Grotzky, Johannes (2012): Schachmatt: Die letzten Jahre der Sowjetrepublik unter Michail Gorbatschow. Books on Demand

- Gruner, Wolf/ Woyke, Wichard (Hrsg.) (2007): Europa-Lexikon: Länder, Politik, Institutionen. Beck'sche Reihe
- Haarland, Hans Peter/ Niessen, Hans-Joachim (1997): Der Transformationsprozess in Rußland: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, (Schriftenreihe zur Ordnungspolitik; 4), Bonn: Europa Union Verlag
- Helmut, Anheier (2004): Civil Society. Measurement and Policy Dialogues, London, CIVICUS.
- Herberg, Helga (1996): Strategie und Hauptergebnisse der Transformation in Polen, DIW Discussion Papers, No. 13.
- Heyde, Jürgen (2011): Geschichte Polens. C.H.Beck.
- Hildermeier, Manfred (2007b): Die Sowjetunion 1917–1991 In: Oldenbourg - Grundriss der Geschichte, Band 31. Oldenbourg, München.
- Hildermaier, Manfred (1998a): Geschichte der Sowjetunion 1917-1991: Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. C.H.Beck
- Holtbrügge, Dirk (2002): Weißrußland. C.H. Beck Verlag, München.
- Jahn, Detlef (2013): Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft. Springer VS, Wiesbaden.
- Jena, Detlef (1995): Möglichkeiten und Grenzen marktwirtschaftlicher und demokratisch-parlamentarischer Transformation in Osteuropa aus historischer Sicht: Das Beispiel Rußland. In: Bolten, Jürgen u. Dathe, Marion (Hrsg.), Transformation und Integration: Aktuelle Probleme und Perspektiven west-/osteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen, (Schriftenreihe Interkulturelle Wirtschaftskommunikation. Berlin: Verlag Wissen und Praxis
- Jens, Uwe (1993): Schocktherapie oder Gradualismus? Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft, in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jhg. 73, Heft 3
- Jerman, Tina/ Cerci, Meral (2011): Interkulturelle Öffnung der kulturellen Bildung. In: Dossier Kulturelle Bildung.
- Jung, Steffen (1998): Die Transformation des russischen Wirtschaftssystems: eine Untersuchung aufgrund einer Weiterentwicklung ökonomischer Institutionentheorien, (Studienreihe Volkswirtschaften der Welt; Bd. 11), Hamburg: Verlag Dr. Kovach
- Kischtymau, Alexander (2001): Rückständigkeit und Industrialisierung im 20. Jahrhundert. In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Kleer, Jerzy/ Laurinkari, Juhani/ Brazda, Johann (1996): Der Transformationsprozess in Osteuropa und die Genossenschaften, (Berliner Schriftenreihe zum Genossenschaftswesen; Bd. 7), Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht
- Kloten, Norbert (1991): Die Transformation von Wirtschaftsordnungen: theoretische, phänotypische und politische Aspekte, (Vorträge und Aufsätze / Walter Eucken Institut; 132), Tübingen: Mohr

- Knodt, Michele/ Finke, Barbara (Hrsg.) (2005): Europäische Zivilgesellschaft: Konzepte, Akteure, Strategien (Bürgergesellschaft und Demokratie). VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Köhler, Holm-Detlev (1993): Spaniens Gewerkschaftsbewegung. Demokratischer Übergang – Rationalismus – ökonomische Modernisierung. Münster.
- Lang, Kai-Olaf (2011): Polens Rolle in der internationalen Politik. In: Informationen zur politischen Bildung: Polen 2/2011.
- Leonhard Wolfgang (1979): Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus & Reformkommunismus. Düsseldorf/Wien,
- Lindner, Rainer (1999): Historiker und Herrschaft - Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert. Oldenburg,
- Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.) (2001): Einführung. In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Lobado, Sergej (2002): Im Spannungsverhältnis zwischen dem alten „Erbe“ und neuen Impulsen. Die Entwicklung des Hochschulwesens in Belarus in den 90er Jahren. In: Gewinner und Verlierer post-sozialistischer Transformationsprozesse: Beiträge für die 10. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten.
- Lojka, Pawel (1991a): Der Zerfall der Kiewer Rus und das Fürstentum Polozk (9. Bis 12. Jahrhundert. In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Lojka, Pawel (1991b): Die weißrussischen Territorien als Teil des Großfürstentums Litauen (13. Bis 16. Jahrhundert). In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Lösch, Dieter (1993): Der Weg zur Marktwirtschaft: Grundzüge einer Theorie der Transformationspolitik, (Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg; Bd. 4), 1. Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlags-Gesellschaft
- Mackow, Jerzy (1989a): Polen im Umbruch: Die Wahlen 1989. Politische Hintergründe, Verlauf, Analyse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 20
- Mackow, Jerzy (1992b): Polens Weg zur Dritten Republik, In: Thaysen, Uwe/ Kloth, Hans Michael (Hrsg.): Wandel durch Repräsentation - Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden
- Malerius, Stephan (2011): Opposition und Zivilgesellschaft in Belarus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Belarus (ApuZ 24-26/2011). Bonn.
- Marples, R. David (2001a): Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland (1917-1945). In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Marples, R. David (2001b): Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrussland (1945-1991). In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht

- Meissner, Boris (1974): Entstehung, Fortentwicklung und ideologische Grundlagen des sowjetischen Bundesstaates. In: Schroeder, Friedrich-Cristian/ Meissner, Boris (Hrsg.): Bundesstaat und Nationalitätenrecht in der Sowjetunion. Duncker & Humblot, Berlin.
- Melčić, Dunja (2007): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. VS Verlag, Wiesbaden.
- Merkel, Wolfgang (1996): Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: Klaus von Beyme / Claus Offe (Hrsg.), Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich, Stuttgart.
- Mironowicz, Eugeniusz (1999): Białoruś. Trio, Warschau.
- Meyer, Dagmar (2005): Belarus (Weißrussland) im Überblick. In: Der Bürger im Staat – Nach der „Orangen Revolution“. 55. Jahrgang Heft 4 2005 Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.
- Nordbeck, Ralf (2013): Internationaler Politiktransfer und nationaler Politikwandel. Ausbreitung und Effektivität des Umweltaktionsprogramms in Mittel- und Osteuropa. Springer VS, Wiesbaden.
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts: Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Frankfurt/Main: Campus Verlag
- Piekalkiewicz Janusz (1998): Polenfeldzug. Hitler und Stalin zerschlagen die Polnische Republik. Augsburg
- Pysz, Piotr (2011). Wirtschaftssystem und ordnungspolitische Prozesse seit 1990. In: : Informationen zur politischen Bildung: Polen 2/2011.
- Rainer, Linderner (2006): „Präsidentenwahl“ in Belarus. Autoritäres Regime, abhängige Staatswirtschaft, internationale Isolation. In: Stiftung Wissenschaft und Politik - SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Berlin.
- Rakowa, Elena (2011): Planwirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (24-26/2011). Belarus.
- Rohde, Horst (1979): Hitlers erster „Blitzkrieg“ und seine Auswirkungen auf Nordosteuropa. In: Maier, Klaus A./ Rohde, Horst/ Stegemann, Bernd/ Umbreit, Hans (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 2: Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, DVA, Stuttgart
- Sahm, Astrid (2001): Von der BSSR zur Republik Weißrussland – Belarus (1988-2001). In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Schüller, Alfred (1992): Ansätze einer Theorie der Transformation, in: Ordo – Jahrbuch für die Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, Band 43, Stuttgart, Jena, New York: Gustav Fischer Verlag,
- Sahanowitsch, Henads (1991): Der Eintritt des Großfürstentums Litauen in die polnische Adelsrepublik: Weißrussland im 16. Und 17. Jahrhundert. In: Lindner, Rainer (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht

- Sahm, Astrid (1991): Die Sozialistische Sowjetrepublik Weißrußland (1945-1991). In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Schneider, Eberhard (2007): Juniorpartner Russlands – Belarus. In: Informationen zur politischen Bildung – aktuell. Nachbarn im Osten: Ukraine und Belarus. Bonn
- Schybeka, Sachar (1991): Die Nordwestprovinzen im Russischen Reich (1795-1917). In: Lindner, Rainer/ Beyrau, Dietrich (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Weißrusslands. Vandenhoeck & Ruprecht
- Siedlarz, Jan (1996): Kirche und Staat im kommunistischen Polen 1945 - 1989, Paderborn.
- Siefkes, Jan: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Polen und Belarus, Institut für Internationale Politik und Regionalstudien e.V. in Zusammenarbeit mit dem Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Berlin, 2003
- Siemieńska, Renata/ Domaradzka, Anna (2008): Transformation mit Schwierigkeiten: Das polnische Wohlfahrtssystem. In: Schubert, Klaus/ Hegelich, Simon/ Bazant, Ursula (Hrsg.): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Simon, Gerhard (2002): Die Ukraine auf dem Weg – wohin? In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (1991-2001). Böhlau, Köln
- Steiner, Sonja (2011): Bildung, Wissenschaft und Hochschulen. In: Informationen zur politischen Bildung: Polen 2/2011
- Timmermann, Heinz (1997): Belarus: eine Diktatur im Herzen Europas? In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln (Berichte / BIOst 10-19)
- Timmermann, Heinz (2003): Belarus unter Lukaschenko: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und die Beziehung zu Russland. In: Schiff-Text Nr. 69 Belarus: Ein Außenseiter in der Ostseeregion
- Trommsdorff, Volker/ Schuchardt, Christian A. (1998): Transformation osteuropäischer Unternehmen: Grundlagen – Rahmenbedingungen – Strategien, mit Fallbeispielen, Wiesbaden: Gabler
- Uhl, Manfred (1999): Verfassungen in den politischen Systemtransformationen Osteuropas. Die postsozialistischen Verfassungsordnungen in der Russischen Föderation, Belarus und Lettland, Würzburg, Ergon Verlag
- Vitali Silitski, Preempting Democracy: The Case of Belarus, in: Journal of Democracy, 16 (2005) 4, S. 83-97, online: <http://muse.jhu.edu/journals/jod/summary/>
- Wagener, Hans-Jürgen (1992): Economics and Politics of transition. In: Saunders, Christopher T. (Hrsg.), Economics and Politics of transition, London: Macmillan Press Ltd.
- Waringo, Karin (1998): Die Internationalisierung der Produktion in der französischen Regulationstheorie. Univ., Diss. Frankfurt (Main). Frankfurt/Main: Campus-Verl.
- Welfes, Paul (1993): Privatisierung und externe Liberalisierung: Probleme der Systemtransformation in Polen. In: ORDO: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft Vol. 44. Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH

Wiede, Johann (2014): Politische Kultur und Zivilgesellschaft in Polen nach 1989. Schriftenreihe der GFPS e.V. Ausgabe 02/2014.

Wieck, Hans-Georg (2002): Die demokratische Zivilgesellschaft - Alternative zum autokratischen Lukaschenka-Regime in Belarus. In: OSZE-Jahrbuch 2002, Baden-Baden 2002, S. 243-261.

Wnuk-Lipinski, Edmund (1992): Polnische Paradoxien. In: Thaysen, Uwe/ Kloth, Hans Michael (Hrsg.): Wandel durch Repräsentation – Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden, Nomos.

Wulft, Annegret/Malerius, Stephan (2007): Demokratiebildung in Belarus, Russland und der Ukraine: Rahmenbedingungen und Beispiele. In: Fonds Erinnerung und Zukunft der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft.

Ziemer, Klaus/ Matthes, Claudia-Yvette (2002): Das politische System Polens. In: Ismayer, Wolfgang (Hrsg): Die politischen Systeme Osteuropas. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Ziemer, Klaus (1997): Polen hat die Maßstäbe gesetzt. Nach sieben Jahren „Dritte Republik“. In: Zeitschrift Ostmitteleuropa Heft 3/97. Der Bürger im Staat. LpB.

### **Online Artikel**

Auswärtiges Amt (2015): Belarus. Online verfügbar unter: [http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Belarus\\_node.html](http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Belarus_node.html) zuletzt geprüft am 18.12.2016

Auswärtiges Amt (2015): Polen. Online verfügbar unter: [http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Polen\\_node.html](http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Polen_node.html) zuletzt geprüft am 18.12.2016

Schneider, Eberhard (2007): Juniorpartner Russlands – Belarus. In: Informationen zur politischen Bildung – aktuell, Nachbarn im Osten: Ukraine und Belarus. Bonn. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/25094/juniorpartner-russlands-belarus> zuletzt geprüft am 18.12.2016

Schröder, Hans-Henning (2004): Vom Kiewer Reich bis zum Zerfall der UdSSR. In: Informationen zur politischen Bildung, H. 281. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/izpb/9417/vom-kiewer-reich-bis-zum-zerfall-der-udssr?p=all> zuletzt aufgerufen am 18.12.2016

## G Anhang

Abstract (deutsch)

Die kommunistischen Länder Polen und Weißrussland nahmen nach der Auflösung der Sowjetunion ganz unterschiedliche Wege. Dabei schaffte es Polen sich von einem kommunistisch regierten Ostblockstaat zu einem vollwertigen Mitglied der NATO und der Europäischen Union zu entwickeln. Allerdings gelang nicht allen Ländern des Ostblocks eine erfolgreiche Transformation. Weißrussland entwickelte sich nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 zu einem autokratisch regierten Präsidialsystem.

Besonders auffällig bei der Transformation Polens ist, dass diese nicht nur auf politischer Ebene vollzogen wurde, sondern auch wirtschaftlich, kulturell und im Bereich des Sozialwesens.

Vergleicht man Weißrussland und Polen zeigt sich, dass neben äußeren Einflüssen vor allem innen stattgefundene Veränderungen von zentraler Bedeutung waren. Bei Polen waren es die anderen EU-Mitgliedsstaaten, die einer Aufnahme nur zustimmten, wenn sich Veränderungen im Land nicht nur politisch zeigten, sondern auch in den anderen aufgeführten Bereichen. In Weißrussland versuchte Russland seinen Einfluss auszuweiten und innenpolitisch konnte man das vorherrschende System nicht überwinden.

Polen schaffte es nicht zuletzt durch seine gewerkschaftliche Tradition und der Kirche, sowie dem, nach der Unabhängigkeit gewählten Präsidenten Lech Wałęsa, das alte System zu überwinden und mit einer parlamentarischen Demokratie fortzubestehen, während Weißrussland seit 1994 autoritär von Aljaksandr Lukaschenko regiert wird und als letzte Diktatur in Europa gilt.

*Schlagwörter: Belarus, Polen, Sowjetunion, Transformation, Zivilgesellschaft, vergleichende Politikwissenschaft*

Abstract (english)

After the dissolution of the Soviet Union, the communist countries of Poland and Belarus took very different paths. Poland managed to develop from a Communist-controlled Eastern bloc to a full member of NATO and the European Union. However, not all countries of the Eastern Bloc succeeded in a prosperous transformation. After the dissolution of the Soviet Union in 1991, Belarus developed into an autocratically governed presidential system.

Particularly striking in the transformation of Poland is that it was not only carried out at the political level, but also economically, culturally and in the field of social services. Compared to Belarus and Poland, it is shown that, in addition to external influences, internal changes were of central importance. In Poland, it was the other EU Member States that only agreed to take part if changes in the country were not only political, but also in other fields. In Belarus, Russia tried to expand its influence and domestic policy could not overcome the prevailing system.

Poland was able to overcome the old system and to continue with a parliamentary democracy, not least because of its trade union tradition and the clergy, as well as Lech Wałęsa, elected after independence, while Belarus has been governed authoritatively by Aljaksandr Lukashenko since 1994 and as the last dictatorship in Europe.

*Keywords: Belarus, Poland, Soviet Union, transformation, civil society, Comparative Politics*

## Curriculum Vitae

**-----Persönliche Angabe -----**

Name: Frederic Philipp Jung

Staatsangehörigkeit: Deutsch

**-----Ausbildung -----**

- Seit 2012                    Masterstudium an der Universität Wien Fachrichtung  
Politikwissenschaft  
Studienschwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie,  
Europäische Union und Europäisierung, Osteuropastudien
- 2009-2012                Bachelorstudium an der Universität Wien Fachrichtung  
Politikwissenschaft Abschluss: Bachelor of Arts (BA)  
Studienschwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie,  
Europäische Union und Europäisierung, Osteuropastudien
- 2008-2009                Studium an der Technischen Universität Wien Fachrichtung  
Wirtschaftsinformatik
- 2007-2008                Staatliche Berufsoberschule Ausbildungsrichtung Wirtschaft  
München
- 2006-2007                Staatliche anerkannte Berufsoberschule für Kaufmännische  
Assistenten Sabel München  
Abschluss: kaufmännischer Assistent